Sachsen-Anhalt-Monitor 2015

Nichtwahl

Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.

an der
Martin-**L**uther-**U**niversität Halle-Wittenberg

Studie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe: repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: N_{Gesamt} = 1.590

$N_{Barleben}$ = 74

$N_{Landsberg}$ = 80

$N_{Halberstadt}$ = 146

$N_{Bitterfeld}$ = 135

$N_{Sachsen\text{-}Anhalt}$ = 1.155

Erhebungszeitraum: Juni/Juli 2015

Institut: Baces | Bamberger Centrum für Empirische Studien | www.uni-bamberg.de/zentren/baces

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage **2**

Inhaltsverzeichnis **3**

Abbildungsverzeichnis **5**

Tabellenverzeichnis **5**

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse **8**

Politische Handlungsempfehlungen **21**

1 Die „Partei der Nichtwähler“: ein Beteiligungsformat mit Zukunft? – Problemaufriss **25**

1.1 Schwindende Wahlbeteiligung: ein allgemeiner Trend 25

1.2 Beteiligung an Wahlen: ein wichtiger Nachweis demokratischer Legitimation im politischen System 26

1.3 Nichtwähler: immer noch unbekannte Wesen? – zum aktuellen Stand der Forschung 27

1.4 Erklärungsversuche für zunehmende Wahlenthaltung 33

1.4.1 Verlagerung von organisationsbezogener zu themenbezogener Partizipation 33

1.4.2 Politische Performanz als Schlüsselgröße: Wahrgenommene Leistungsdefizite der Politik und Wahlverweigerung 35

1.5 Politisches Vertrauen: Gradmesser für Nähe oder Distanz zu Politik 37

1.6 Der Trend zur Individualisierung: Selbstentfaltung oder Selbstverlorenheit? 37

1.7 Günstige lokale Umfelder: ein Treiber für die Wahlbeteiligung? 38

2 Methodische Anlage der Untersuchung **40**

2.1 Grundgesamtheit und Stichprobe 40

2.2 Erhebungsverfahren 40

2.3 Auswahlverfahren, Quotierung und Repräsentativität 41

3 Landespolitiker, Landespolitik und Landtagswahl im Spiegel der Bürger **42**

3.1 Beweggründe für Wahlenthaltung: mangelndes Vertrauen in Politik und geringe persönliche Bedeutung der Wahl ... 42

4 Beteiligung an Wahlen und die Sicht auf Demokratie ... 54

4.1 Wahl als Bürgerpflicht – die verinnerlichte „Wahlnorm“ ... 58

5 Politische Involvierung: das Gefühl, politisch etwas bewegen zu können ... 63

5.1 Einbindung der Bürger in die Politik ... 63

6 Die Parteiidentifikation - eine schwindende Grundlage der Wahlbeteiligung? ... 68

7 Kontexteffekte – ermutigende und verunsichernde Einflüsse des näheren Umfelds ... 75

8 Wähler und Nichtwähler – zwei zusammenfassende Profilbeschreibungen ... 78

8.1 Wähler und ihre Merkmale ... 78

8.2 Nichtwähler und ihre Merkmale ... 81

8.3 Wähler und Nichtwähler im Profilvergleich ... 83

8.3.1 Wahlbeteiligung in der Theorie des geplanten Verhaltens ... 85

9 Fragbogen „Nichtwählermonitor“ ... 87

Literaturverzeichnis ... 94

Autorenverzeichnis ... 96

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen von 1990 bis 2015 25

Abb. 2 Wahlbeteiligung bei Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen in Sachsen-Anhalt von 1990 bis 2014 26

Abb. 3 Gründe für Wahlenthaltung: kommende und vergangene Landtagswahl 42

Abb. 4 Vertrauen in verschiedene politische Ebenen und Akteure von 2007 bis 2014..... 44

Abb. 5 Vertrauen in Politiker nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Demokratieauffassung, Wahlnorm, Gerechtigkeitsempfinden, Demokratiezufriedenheit, Parteiidentifikation 46

Abb. 6 Vertrauen in Politiker nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten“ Anteils 47

Abb. 7 Vertrauen in Politiker nach Gemeinde 48

Abb. 8 Vertrauen in Politiker nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort 49

Abb. 9 Bedeutung der Landtagswahl nach Wahlabsicht, Demokratieauffassung, Politikervertrauen,Wahlnorm, Politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit, PI ... 50

Abb. 10 Bedeutung der Landtagswahl nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten“ Anteils 51

Abb. 11 Bedeutung der Landtagswahl nach Gemeinde 52

Abb. 12 Bedeutung der Landtagswahl nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort 53

Abb. 13 Demokratietypen in Sachsen-Anhalt..... 57

Abb. 14 Wahlnorm nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Politischem Interesse, Zufriedenheit mit der existierenden Demokratie, PI 60

Abb. 15 Wahlnorm nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten“ Anteils 61

Abb. 16 Wahlnorm nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort 62

Abb. 17 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl 64

Abb. 18 Entwicklung der politischen Involvierung und der Responsivität von 2007 bis 2014 .. 65

Abb. 19 Politische Involvierung nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Politische Orientierung, Gerechtigkeitsempfinden, Befürwortung der Idee der Demokratie und PI 66

Abb. 20 Politische Involvierung nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten“ Anteils 67

Abb. 21 Parteiidentifikation im Zeitverlauf 69

Abb. 22 Parteiidentifikation nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Demokratieauffassung, Politikervertrauen, Wahlnorm und politischem Interesse..... 70

Abb. 23 Nichtwähler mit PI für die drei großen Landesparteien nach ausgewählten Faktoren . 73

Abb. 24 Sicherheit der Wahlentscheidung nach Wahlbeteiligungsquote LTW ‘11 76

Abb. 25 Wahlbeteiligung Landtagswahlen nach Stadtvierteln (Auswahl) der Stadt Halle (Saale) 77

Abb. 26 Wahlabsicht LTW ‘16 nach Beteiligung an vergangenen Wahlen, Demokratieauffassung, Politikervertrauen, Wahlnorm, Politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit, und PI 79

Abb. 27 Wahlabsicht LTW ’16 nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten“ Anteils 80

Abb. 28 Wahlabsicht LTW ’16 nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort 81

Abb. 29 Wähler- bzw. Nichtwählertypen in Sachsen-Anhalt 82

Abb. 30 Modell der Wahlabsicht (Intention) 86

Tabellenverzeichnis

TAB. 1 DEMOKRATIE ALS STAATSIDEE – WERTEEBENE 54
TAB. 2 DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND – STRUKTUREBENE 55
TAB. 3 DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND – PERFORMANZEBENE 56
TAB. 4 EINE TYPOLOGIE DEMOKRATISCHER ORIENTIERUNGEN 58
TAB. 5 PARTEIIDENTIFIKATION NACH WAHLABSICHT 72
TAB. 6 WÄHLER- BZW. NICHTWÄHLERTYPEN IM VERGLEICH 84

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist kein exklusiv deutsches Phänomen, sondern ein europaweiter Trend. Der Sinkflug der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen ist für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen zu beobachten. Immerhin zeichnet sich in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren eine Stabilisierung der Wahlbeteiligung auf niedrigem Niveau ab. Doch selbst dort, wo bei Landeswahlen ein neuerlicher Anstieg erkennbar ist, wie z.B. in Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl 2011 mit einem Plus der abgegebenen Stimmen von immerhin 6,6 Prozentpunkten gegenüber 2006, bleibt die Beteiligungsquote (*Turn Out*) auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

2. Eine kritische Schwelle von niedriger Wahlbeteiligung, unterhalb welcher die demokratische Legitimation gleichsam verdunstet, lässt sich nicht auf den Prozentpunkt genau bestimmen. Auch die 50-Prozent-Grenze ist ein demokratiepolitisch kritischer Richtwert von eher symbolischer Aussagekraft. Aber nur dann, wenn die „Partei der Nichtwähler“ *nicht* die absolute Majorität der Bürgerinnen und Bürger hinter sich schart, ist sichergestellt, dass das Votum der Mehrheit der Wähler auch eine Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert.

3. Dass Nichtwählern seitens der Wissenschaft lange Zeit eine lediglich randständige Beachtung zuteilwurde, erklärt sich vornehmlich durch die Schwierigkeiten, zum Gegenstand einen Zugang zu finden. Nichtwähler sind scheue Wesen: Sie weigern sie sich überdurchschnittlich häufig, an Bevölkerungsumfragen teilzunehmen. Und wenn sie teilnehmen, geben sie sich nicht immer als Nichtwähler zu erkennen. Zumal sozial besser gestellte Nichtwähler neigen dazu, bei Befragungen ihr tatsächliches Nichtwählen zu „vergessen“. Entsprechend verzerrt fällt das Meinungsbild aus, das bei Standardumfragen für das Segment der Nichtwähler ermittelt wird.

4. Eingedenk dieser bekannten Verzerrungseffekte (soziale Erwünschtheit, Overreporting) wurde die Stichprobe für den Nichtwähler-Monitor dreistufig angelegt, um einen möglichst hohen Anteil von Nichtwählern zu erreichen: Eine erste Teilstichprobe besteht aus 568 Befragten, die repräsentativ für Sachsen-Anhalt sind. Eine zweite Teilstichprobe setzt sich jeweils hälftig aus Personen mit und ohne Wahlbeteiligungsabsicht zusammen. Für die dritte Teilstichprobe wurden weitere 400 Personen nach dem Maßstab extremer lokaler Ausschläge vom Landesdurchschnitt der Wahlbeteiligung ausgewählt, und zwar je hundert Befragte aus Gemeinden mit überdurchschnittlicher (Barleben 62,1% und Landsberg 56,1%) und unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung (Halberstadt 40,6% und Bitterfeld 38,4%).

5. Unter den Beweggründen für Wahlenthaltung wird in Sachsen-Anhalt fehlendes Vertrauen in Parteien und Politiker am häufigsten genannt. Auch die resignative Grundstimmung, dass die eigene Stimme nicht zähle und Wählen daher „zwecklos“ sei, ist hierzulande unter Nichtwählern häufig verbreitet. Erklärte Gleichgültigkeit („keine Lust“) und vorgebrachte Unabkömmlichkeit („keine Zeit“) stellen ein drittes häufig angegebenes Motivbündel dar.

6. Nichtwähler vertrauen Politikern deutlich weniger als Wähler, worin sich ein wesentlicher Grund für Nichtwählen ausdrückt. Mit zunehmender Häufigkeit der Wahlteilnahme steigt auch das Vertrauen in die Politiker. Befragte mit einer Präferenz für das repräsentative Demokratiemodell vertrauen den Politikern eher als Befragte, die der direktiven Demokratie anhängen. Auch hegt größeres Vertrauen in die Politiker, wer den Gang zur Wahlurne als eine Bürgerpflicht ansieht.

7. Generell sinkt das Vertrauen in Politiker mit geringer werdender Demokratiezufriedenheit. Auch die Parteiidentifikation (PI) übt einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen gegenüber Politikern aus. Während vor allem erklärte Anhänger der Bündnisgrünen (Mittelwert 3,23 Punkte), aber auch der CDU (3,38 Punkte) und der SPD (3,52 Punkte) Politikern überdurchschnittlich vertrauen, fällt das Vertrauen bei Parteigängern der Linken (3,65 Punkte) etwas geringer aus als der Landesdurchschnitt. Befragte, die *keiner Partei* zuneigen und in der Bevölkerung die Mehrheit stellen, setzen das geringste Maß an Vertrauen in Politiker.

8. Einstellungsprägende Effekte sozialstruktureller Faktoren fallen schwächer aus, sind jedoch nachweisbar. So geben die Daten Hinweise auf einen Zusammenhang von fehlender Vertrauensbildung und geringem Einkommen, niedrigem Bildungsgrad und auch sozialer Deprivation. Letzterer Begriff umschreibt, dass diejenigen, die sich in der Gesellschaft zu kurz gekommen oder benachteiligt fühlen, auch weniger Vertrauen in die politischen Akteure haben.

9. Das Vertrauensdefizit gilt ebenso für Arbeitslose und diejenigen, die angeben, im Vergleich mit Anderen weniger zu bekommen, als ihnen zusteht. Im Gegenzug steigt das Vertrauen in Politiker mit höherem Einkommen der Befragten *nicht* linear an. Auch Angehörige der einkommensstärkeren gesellschaftlichen Mitte liegen, was die Größenordnung des Politikern entgegengebrachten Vertrauens betrifft, nur leicht über dem Durchschnitt der Landesbevölkerung.

10. Zwischen Vertrauen in Politik(er) und der Bereitschaft zu wählen besteht ein Zusammenhang, der auch auf lokale Kontexteffekte verweist: Die Gemeinde Barleben, die bei den Landtagswahlen 2011 die höchste Wahlbeteiligung aufwies, zeigt einen vergleichsweise guten Vertrauenswert an. Hingegen fällt das aggregierte Vertrauensniveau in Bitterfeld, der Gemeinde mit der seinerzeit geringsten Wahlbeteiligung, überdurchschnittlich niedrig aus.

11. Das örtliche Wohnumfeld beeinflusst auch generell die Sicht auf Politik: Je besser das wirtschaftliche, das politische oder das soziale Klima am Wohnort bewertet werden, desto mehr Vertrauen wird den Politikern entgegengebracht.

12. Die individuelle Bedeutung der Landtagswahl für die Bürger des Landes ist eng verknüpft mit der Entscheidung für die Teilnahme an der anstehenden Wahl 2016. Wer beabsichtigt, zur Wahl zu gehen, hält die Landtagswahl für bedeutsamer als erklärte Nichtwähler. Dieses voneinander abweichende Meinungsbild spiegelt sich auch in der Demokratievorstellung wider: Diejenigen, welche das repräsentative Modell bevorzugen, halten auch in überdurchschnittlichem Maße die Landtagswahl für bedeutsam. Wer hingegen für die direkte Demokratie optiert, schätzt die Bedeutung der Wahl geringer ein.

13. Geringes Vertrauen in Politiker färbt negativ auf die der Landtagswahl beigemessene Bedeutung ab. Der gleiche Effekt geht von der Wahlnorm aus: Wer verinnerlicht hat, dass Wählen eine Bürgerpflicht ist, misst auch der Landtagswahl überdurchschnittlich große Bedeutung bei. Im Grundmuster kehrt dieses Gefälle in der Einschätzung der Bedeutung der Landtagswahl auch in Verbindung mit der Demokratiezufriedenheit wieder, allerdings mit einer aufschlussreichen Ausnahme: Es sind *nicht* die mit der Demokratie *sehr Zufriedenen*, für welche die Landtagswahl die höchste Priorität hat. Man darf vermuten, dass für diese Befragten die Parlamentswahl lediglich *ein* - wenngleich nicht unwichtiges – Element in dem Gesamtbild einer als leistungsfähig anerkannten Demokratie darstellt.

14. Dass eine vorhandene Parteiidentifikation den subjektiven Stellenwert der Landtagswahl steigert und umgekehrt eine fehlende längerfristige Bindung an eine politische Partei die Wahl weniger wichtig erscheinen lässt, ist schlüssig. Denn wer sich mit einer Partei identifiziert, sieht in dieser folgerichtig auch einen wichtigen Mitspieler auf der parlamentarischen Bühne.

15. Besserverdienende, Höhergebildete und Erwerbstätige messen der Landtagswahl vergleichsweise größere Bedeutung zu. Ebenso zeigen sich auch bei einem Vergleich der sozialen Profile Effekte von sozialer Deprivation: Diejenigen, die sich in der Gesellschaft benachteiligt fühlen, messen der Landtagswahl deutlich geringere Bedeutung bei.

16. Für in Ausbildung befindliche Befragte stellt sich die Landtagswahl durchaus als bedeutsam dar. Hierbei handelt es sich ganz überwiegend um die Altersgruppe der Jung- und Erstwähler. Dieser Befund relativiert zumindest die These eines weitgehend unpolitischen oder teilnahmslosen politischen Bewusstseins der jüngeren Generation.

17. Wechselt man abermals die Untersuchungsebene und geht vom Land auf die Gemeinden, so sticht erneut die Differenz zwischen Barleben als dem Ort mit der 2011 höchsten und Bitterfeld mit der niedrigsten Wahlbeteiligung hervor: Ein lokal als gut empfundenes wirtschaftliches, politisches und soziales Klima lässt die individuelle Bedeutung der Landtagswahl steigen.

18. Wie schon die vorangegangenen Veröffentlichungen des Sachsen-Anhalt-Monitors gezeigt haben, wird die Idee der Demokratie von fast allen Bürgern des Landes mehr oder weniger entschieden befürwortet. Nur ein marginaler Anteil von zehn Prozent der Befragten spricht sich eher oder ganz eindeutig gegen die demokratische Staatsform aus. Unter erklärten Nichtwählern liegt der demokratiekritische bzw. –feindliche Anteil mit insgesamt 17 Prozent höher. Aber auch in dieser Gruppe identifizieren sich mehr als vier von fünf Befragten mit der Idee der Demokratie.

19. Die strukturelle Demokratiefrage bezieht sich auf die spezifische Form der Demokratie, wie sie durch die Landesverfassung bzw. das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt ist. Dass sich auf der Strukturebene die Quote der Zustimmung zur Demokratie deutlich abschwächt, ist nicht überraschend. Denn auf dieser Ebene fließt auch Demokratiekritik mit ein, die zwar an bestimmten Strukturelementen des existierenden politischen Systems – etwa an der Unterausstattung mit Instrumenten direkter Demokratie auf Bundesebene – geübt wird, im Kern jedoch systemverträglich ist.

20. Es ist immer noch eine Mehrheit von 60 Prozent, die sich mit dem deutschen Demokratiemodell eher bzw. sehr zufrieden zeigt. Doch sind dies gut 30 Prozentpunkte weniger als bei der Idee der Demokratie. Überdurchschnittlich unzufrieden sind wiederum Nichtwähler und Befragte, die sich sozial benachteiligt wähnen. Überproportional hoch fällt die Abstandshaltung auch unter Befragten aus, die keine Parteiidentifikation angeben (45 %). Diese Gruppe stellt wiederum unter Nichtwählern ein starkes Kontingent.

21. Auf der Performanz-Ebene wird die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gemessen. Hier geht es um die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Demokratie in ihrer alltäglichen Ausprägung. Im vorliegenden Monitor haben wir die Frage um die mittlere und untere Bewertungsebene erweitert, nämlich die des Landes und die der Gemeinde.

22. Bei der Frage nach der Performanz der Demokratie fallen die Zustimmungsraten noch etwas negativer aus als auf der strukturellen Ebene der Demokratie. Dabei schwächt sich der Grad an Unzufriedenheit von der Bundes- zur Landesebene und abermals von dort zur kommunalen Ebene deutlich ab. Die für Nichtwähler gemessenen negativen Performanzeinschätzungen liegen für Bund, Land und Gemeinde jeweils rund zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

23. Mit Blick auf die Nichtwähler ist bedeutsam, dass diese auch die Performanz der Bundespolitik kritischer bewerten als das Gros der Landesbevölkerung. Zwischen wahrgenommenen Performanzmängeln der Politik und der Neigung zur Wahlenthaltung besteht ein Zusammenhang.

24. Eine in der Demokratieforschung entwickelte Kategorienbildung aufnehmend, haben wir vier Typen demokratischer Einstellungen gebildet, in welche die unterschiedlich ausfallenden Bewertungen für alle drei Demokratiedimensionen Eingang finden. Als „Antidemokraten“ werden jene Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Dazu zählen in Sachsen-Anhalt aktuell fünf Prozent. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber mit ihrer in Deutschland existierenden Form sowie ihrer Performanz hadern (32 %). Der „politikkritische“ Typus schließt jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind (23 %). Als „zufriedene Demokraten“ firmieren jene, die alle drei Dimensionen positiv bewerten (41 %).

25. Mit aller gebotenen Vorsicht lässt sich sagen: Die im Land derzeit weitverbreitete Grundhaltung zur Demokratie bedeutet für die Teilnahme oder Nichtteilnahme an Wahlen keine unüberwindbare Barriere. Denn auch jene gut 50 Prozent Bürgerinnen und Bürger, die systemkritisch oder politikkritisch gestimmt sind, dürften für politische Ansprache prinzipiell erreichbar und für politische Angebote grundsätzlich aufgeschlossen sein

26. Ein wichtiges Element zur Erklärung von Wahlbeteiligung ist die internalisierte (verinnerlichte) Wahlnorm. Sie beschreibt ein im Laufe der Sozialisation subjektiv angeeignetes Pflichtgefühl, demzufolge „Wählen gehen“ in einer Demokratie zu den Verpflichtungen eines guten Staatsbürgers gehört.

27. Erklärte Nichtwähler haben sich in überdurchschnittlichem Maße von der verpflichtenden Bindung dieser staatsbürgerlichen Norm abgelöst. Aber auch unter Wählerinnen und Wählern ist diese traditionelle moralische Überformung einer Wahlteilnahme insgesamt nicht besonders stark handlungsleitend.

28. Unter Nichtwählern lässt der Lenkungseffekt der Wahlnorm in dem Maße nach, wie Nichtwählen zur Gewohnheit wird. Und: Je größer das politische Interesse ausfällt, je höher die Zufriedenheit mit der in Deutschland existierenden Demokratie ist und je mehr Befragte das Gefühl haben, dass es hierzulande alles in allem gerecht zugeht, desto bereitwilliger wird die Wahl als eine Bürgerpflicht anerkannt. Das trifft ebenso auf jene Landesbewohner zu, die sich mit einer politischen Partei identifizieren. Am relativ schwächsten tritt dieser Effekt bei Parteigängern der Linken und am deutlichsten bei Anhängern der Bündnisgrünen zutage.

29. Lokale Umfeldbedingungen spielen für die Signalwirkung der Wahlnorm eine Rolle. Wer das wirtschaftliche und das politischen Klima am Wohnort günstig einschätzt, fühlt sich der Maxime, dass Wählen ein staatsbürgerlicher Akt ist, eher verpflichtet.

30. Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 hatten wir folgenden programmatischen Gedanken ausgeführt: Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der „politischen Involvierung“ beschrieben. Dieses politisch-kulturelle Muster setzt sich zusammen aus Einstellungen wie dem politischen Interesse, ferner dem Gefühl, politisch selbst etwas bewirken zu können, und politischer Diskussionsbereitschaft.

31. Politische Involvierung korreliert mit der Wahlabsicht. Nichtwähler haben deutlich weniger als Wähler das Gefühl, politisch selbst etwas bewegen zu können. Über ein solches politisches Selbstwertgefühl verfügen diejenigen am wenigsten, welchen Wahlabstinenz zur Gewohnheit geworden ist. Im Übrigen wird mit Blick auf die errechneten Mittelwerte auch deutlich, dass in der Bevölkerung allgemein – und damit ebenso unter Bürgern, die konstant zur Wahl gehen – das Bewusstsein politischer Involvierung nicht stark entwickelt ist.

32. Dass die Parteiidentifikation (PI) neben dem Kandidatenfaktor und der einer Partei zugeschriebenen Kompetenz, die wichtigen politischen Probleme des Landes lösen zu können, ein drittes wesentliches Motiv der Wahlentscheidung ist, stellt eine gesicherte Erkenntnis der Wahlforschung dar.

33. In Sachsen-Anhalt gaben im Juni/Juli 2015 mehr als 55 Prozent der Befragten an, sich mit keiner Partei zu identifizieren. Dabei liegt die Zahl der Personen ohne längerfristige Parteibindung unter erklärten Nichtwählern mit 71 Prozent deutlich höher als unter Wählern (45,5 %).

34. Aufgeschlüsselt nach Parteien zeigt sich, dass die drei größeren Parteien auch deutlich größere Kontingente an Parteigebundenen hinter sich scharen: Bezogen auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren sind dies 16,5 Prozent bei der CDU, 11,4 Prozent bei der SPD und 10,6 Prozent bei der Linken. Die Bündnisgrünen kommen auf 2,5 Prozent. Rechnet man die gut 55 Prozent ohne Parteiidentifikation heraus, bleibt trotzdem die Reihenfolge unverändert: In der Gesamtheit der Personen mit stabiler Parteibindung erreichen die CDU 37,2 Prozent, die SPD 25,6 Prozent und die Linke 23,9 Prozent. Bündnis 90/ Die Grünen liegen hier bei 5,5 Prozent.

35. Die Verteilung der Personen mit Parteineigungen auf die beiden Gruppen der Wähler und Nichtwähler ist bei den drei größeren Parteien in etwa ähnlich. Allerdings zeigen sich leichte Abweichungen. So fällt bei der SPD die Differenz zwischen den beiden Gruppen mit annähernd sieben Prozent mehr Parteigebundenen unter ihren Wählern als unter ihren Nichtwählern am größten aus. Die Linke hat unter Nichtwählern mit 23,3 Prozent hinter der CDU und vor der SPD den zweitgrößten Anteil an beständigen Anhängern.

36. Kleinere und vor allem rechtsextreme Parteien verzeichnen im Gegensatz zu den dem Landtag derzeit angehörenden Parteien unter bekennenden Nichtwählern eine größere Anhängerschaft als unter Wählern.

37. Um die motivationalen Voraussetzungen für Wählen oder Nichtwählen in Sachsen-Anhalt auszuloten, führen zwei untersuchungsleitende Fragen weiter: (1) Stellt Parteiidentifikation ein wahlaktivierendes Moment dar? (2) Gibt es, gemessen an den Anteilen von Befragten mit Parteiidentifikation, auch unter den Nichtwählern für Parteien ein Potential, das aufgrund seiner gegebenen Parteinähe als für (partei)politisches Werben nicht völlig unzugänglich eingeschätzt werden kann?

38. Frage 1 kann bejaht werden: Unter Befragten, welche sich mit CDU, SPD, Linkspartei oder Bündnis90/Die Grünen identifizieren, sind Personen mit Wahlabsicht häufiger vertreten. Dabei schöpfen vor allem Bündnis90/Die Grünen, aber auch die SPD die wahlaktivierende Schubwirkung einer vorhandenen Parteiidentifikation vergleichsweise stärker aus als CDU und Linke.

39. Genau umgekehrt stellt sich das Bild für die Kleinparteien im Mitte-Rechts-Spektrum des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt dar: Für die FDP und die AFD sowie insbesondere die extreme Rechte sind die Anteile derer, die sich zu diesen Parteien jeweils bekennen, unter Nichtwählern um ein Mehrfaches höher als unter Wählern.

40. Auch Frage 2 ist zu bejahen: Nicht nur die Kleinparteien, sondern auch CDU, SPD und Linke halten unter *Nichtwählern mit Parteibindung* nennenswerte Anteile, und zwar nach dieser Reihenfolge von 34,7 Prozent, 20,3 Prozent und 23,3 Prozent. Die Bündnisgrünen, die ihr PI-Segment schon unter ihren Wählern vergleichsweise gut mobilisieren, halten dementsprechend weniger parteigebundene Nichtwähler (3,3 %).

41. Abweichend von anderen Befunden der Wahlforschung, bestätigen unsere Daten für Sachsen-Anhalt *nicht*, dass sich die Höhe der Wahlbeteiligung – genauer gesagt: der landesweit gemessene Nichtwähleranteil - auf die Wahlchancen speziell der einen oder anderen derzeit im Landtag vertretenen Partei klar nachteilig auswirkt.

42. Für die langfristige Festigung der parlamentarischen Demokratie wie auch für die kurzfristigen Mobilisierungsstrategien der einzelnen Parteien bei kommenden Wahlen ist eine dritte Frage von Bedeutung: Unterscheiden sich die politischen Einstellungsprofile von parteigebundenen Nichtwählern je nach Partei? Und wenn ja: Inwieweit sind Parteigebundene, die laut eigener Aussage nicht wählen wollen, für die jeweilige Partei leichter oder schwieriger rückholbar, in dem Sinne, dass sie zum Wählen bewogen werden können?

43. Für die CDU sind die Voraussetzungen, unter parteinahen Nichtwählern erfolgreich „nachzufassen“, relativ am günstigsten: Im Vergleich der drei größeren Landtagsparteien sind Nichtwähler mit CDU-Identifikation mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener; ferner vertrauen sie Politikern mehr und sie stufen auch die Bedeutung der Landtagswahl am höchsten ein.

44. Am schwersten tut sich die Linke mit ihr nahe stehenden Nichtwählern: Deren Politikervertrauen ist am geringsten, und die Bindewirkung der Wahlnorm ist hier am schwächsten. Zur Linken neigende Nichtwähler schätzen außerdem das wirtschaftliche und politische Klima in ihrer Umgebung am schlechtesten und die Bedeutung der Landtagswahl subjektiv am geringsten ein.

45. SPD-Parteigänger unter Nichtwählern lassen sich auf einer Mittellage zwischen CDU und Linkspartei verorten: Mit CDU-Anhängern sind sie sich bei den Klimafragen einig, ihre Einschätzungen hinsichtlich des Politikervertrauens und der Bewertung des Funktionierens der Demokratie rücken sie wiederum nahe an Parteigänger der Linken heran. Jedenfalls lässt sich die in der Literatur zu findende Aussage, „dass die SPD-affinen Nichtwähler „politikferner" sind als diejenigen, die Affinitäten zu anderen Parteien aufweisen" (Güllner 2013: 28), in dieser Eindeutigkeit für Sachsen-Anhalt nicht bestätigen.

46. Wähler und ihre Merkmale: Wer an allen vier vorherigen Wahlen teilgenommen oder nur eine davon versäumt hat, will sich zu rund 84 bzw. 90 Prozent an der Landtagswahl im März 2016 beteiligen.

47. Personen, die der direkten Demokratie anhängen, äußern eine im Schnitt geringere Wahlabsicht (ca. 57 %) als Befürworter der repräsentativen Demokratie (79 %). Dies ist insofern bedeutsam, als die Präferenz für volksunmittelbare Demokratie in Sachsen-Anhalts Bevölkerung mit 76 Prozent die klare Mehrheitsmeinung darstellt. Erhärtet wird somit die eingangs geäußerte Vermutung, dass zumindest ein Teil der Anhänger der direkten Demokratie diese Form politischer Partizipation nicht als Ergänzung des repräsentativen Prinzips, sondern als ein Gegenmodell ansieht.

48. Wer den Wahlakt als Bürgerpflicht begreift, will zu rund 85 Prozent wählen gehen; unter denen, die eine solche moralische Bindewirkung für sich verneinen, ist nur gut jede(r) Vierte (27 %) wahlwillig.

49. Das Politikern entgegengebrachte oder verweigerte Vertrauen stützt bzw. hemmt die Wahlabsicht: Zwischen rund 84 und 92 Prozent jener Bürgerinnen und Bürger, welche den Politikern einen großen oder sehr großen Vertrauensbonus einräumen, wollen zur Wahl gehen. Unter denjenigen, welche Politikern nur gering oder gar nicht vertrauen, sinkt die Zahl der erklärten Wählerinnen und Wähler auf rund 53 bzw. 34 Prozent ab.

50. Ein vergleichbar partizipationssteuernder Effekt geht auch von einer vorhandenen Parteiidentifikation aus: Wer eine Parteibindung bekundet, will zu 75 bis 80 Prozent an der Wahl teilnehmen.

51. Auch mit zunehmender Demokratiezufriedenheit steigt die Bereitschaft, an der kommenden Landtagswahl teilzunehmen. Mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Wer mit der Demokratie „sehr zufrieden" ist, will nicht häufiger wählen gehen als jemand, der „eher unzufrieden" ist (jeweils ca. 59 %). Für diesen „Ausreißer" gibt es eine Erklärung: Hohe Zufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie kann auch bewirken, dass die Stimmabgabe als entbehrlich angesehen wird.

52. Die subjektive Wahrnehmung von Politik, Wirtschaft und sozialem Leben im Wohnumfeld wirkt sich auf die Wahlabsicht aus: Wer das wirtschaftliche und politische Klima vor Ort als gut empfindet, will zu rund 75 Prozent an der nächsten Wahl teilnehmen. Bei negativer Bewertung der lokalen Politik und Wirtschaft sinkt die Teilnahmebereitschaft auf rund 45 bzw. 53 Prozent.

53. In Gebieten mit einer stark unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung, d.h. im landesweit unteren Fünftel (Quintil), wird die Absicht, wählen oder auch nicht wählen zu gehen, von einer vergleichsweise großen Unsicherheit begleitet. Das bedeutet konkret: Personen die angeben, bei der nächsten Landtagswahl wählen zu wollen, sind sich in einem „wahlprüden" Umfeld Ihrer Entscheidung häufig nicht sicher. Die Wahrscheinlichkeit, dass infolge eines solchen kontextbedingten indirekten Anpassungsdrucks ein Entscheidungswechsel hin zu Nichtwahl erfolgt, ist hier folglich gegeben.

54. Für verunsichernde Umfeldeffekte anfällig sind Nichtwähler vergleichsweise häufiger als Wähler. Aber auch der gegenteilige, die Wahlbeteiligung stabilisierende Effekt ist möglich, dass nämlich zur Nichtwahl Neigende, die in Gebieten mit überdurchschnittlicher Beteiligung wohnen, ihre Verhaltensunsicherheit zugunsten des Zur-Wahl-Gehens auflösen.

55. Nichtwähler und ihre Merkmale: Auf der Basis unserer Daten haben wir eine Nichtwählertypologie erstellt, der vier Typen von Nichtwählern sowie als Vergleichsgruppe die Wähler zugehören.

56. Zu den *„Dauer-Nichtwählern"* gehören Personen, die sich an allen in den letzten Jahren stattgefundenen Wahlen nicht beteiligt haben. Zu dieser Gruppe von Nichtwählern gehören etwa 21 Prozent der Bevölkerung des Landes.

57. Der *„partielle Wahlverweigerer"* nimmt im Schnitt nur an 25 bis 50 Prozent der Wahlen teil. Dabei tendiert er dazu, so genannte Nebenwahlen wie Kommunal- und Europawahlen auszusparen. Eher nimmt er an Bundestags-, aber auch Landtagswahlen teil. Diese Teilgruppe von Nichtwählern macht ca. 14 Prozent der Befragten aus.

58. Der *„sporadische Nichtwähler"* hat nur eine der vier vergangenen Wahlen versäumt. In der Regel ist das die Nebenwahl mit der geringsten persönlichen Bedeutung (überwiegend die Europawahl). Diese Teilgruppe stellt unter den Nichtwählern im Land mit 16 Prozent die zweitgrößte Gruppe.

59. Der *„Erst-Nichtwähler“* umfasst mit acht Prozent aller Befragten zwar die kleinste, aber auch eine aus der Sicht wahlkämpfender Parteien bedeutsame Gruppe. Handelt es sich doch zum einen um Personen, die bisher immer wählen gegangen sind, dies in Zukunft – also bei der kommenden Landtagswahl – aber nicht mehr tun wollen. Zum anderen gehören zu dieser Teilgruppe Erstwähler, welche seit der letzten Landtagswahl wahlberechtigt geworden sind und bei der kommenden Landtagswahl zur Wahlenthaltung neigen.

60. Wähler und Nichtwähler im Profilvergleich: Nichtwähler sind jünger als Wähler und häufiger als diese im einkommensschwachen Bevölkerungssegment angesiedelt. Unter Nichtwählern aller Typen sind häufiger Hauptschulabsolventen anzutreffen. Mit einer Ausnahme: Unter Erst-Nichtwählern hat etwa jeder fünfte Abitur bzw. einen Universitätsabschluss.

61. Nichtwähler sind häufiger erwerbstätig und seltener als Wähler bereits im Rentenalter. Unter *Dauernichtwählern* sind Arbeiter überrepräsentiert. In derselben Typusgruppe fühlen sich die meisten (59 %) „ungerecht behandelt“.

62. Jeder zweite Wähler zählt zum Typus der „zufriedenen Demokraten“. Unter *Dauernichtwählern* dominieren hingegen die „systemkritischen“ und „politikkritischen Demokraten“. Unter *Wahlverweigerern* ist der Typus des „systemkritischen Demokraten“ noch häufiger anzutreffen. Unter *Erst-Nichtwählern* halten sich „systemkritische“ und „zufriedene Demokraten“ mit jeweils 38 Prozent die Waage. Zumindest letztere dürften für die (Rück)Verwandlung zu Wählern nicht von vornherein verloren sein.

63. Mehr als ein Drittel der Wähler bevorzugt die repräsentative Demokratie, Nichtwähler aller typisierten Varianten tun dies nur zwischen zehn und 20 Prozent.

64. Dass die Wahlnorm eine individuelle Bindewirkung entfaltet, wird von Nichtwählern aller Typen häufiger abgelehnt als von Wählern. Vor allem *Dauernichtwähler* (54 %) und *Erst-Nichtwähler* (44 %) distanzieren sich von der Maxime, Wählen sei eine Bürgerpflicht.

65. Personen mit einer Parteibindung sind unter Wählern mehrheitlich anzutreffen. Unter Nichtwählern aller Typen, mit Ausnahme der *sporadischen Nichtwähler*, stellen Befragte, die eine Parteiidentifikation bejahen, eine Minderheit dar.

66. Für Wähler ist die Landtagswahl bedeutsamer als für Nichtwähler. Am wenigsten Bedeutung messen *Dauernichtwähler* der Landtagswahl bei.

67. Nichtwähler haben geringeres Vertrauen in Politiker sowie weniger das Gefühl, selbst politisch etwas bewirken zu können (politische Involviertheit).

68. Nichtwähler bewerten das politische, wirtschaftliche und soziale Klima in ihrem Wohnumfeld durchwegs schlechter; einzig *Erst-Nichtwähler* ziehen bei der Frage nach dem sozialen Klima mit Wählern gleich.

Politische Handlungsempfehlungen

1. Aus Sicht der Parteien stellt sich vor dem Hintergrund der Daten, die auch für Nichtwähler viele Personen mit Parteibindung ausweisen, die Frage, wie sie „ihre“ Nichtwähler zur Wahlteilnahme bewegen können: Soll eher auf die Zugkraft der Kandidaten gesetzt oder stärker auf die Problemlösungskompetenz der Partei abgehoben werden? - Hierüber geben die Daten selbst zwar keine schlüssige Auskunft. In jedem Fall aber ist die bei einem Teil der Nichtwähler nachweisbar vorhandene Parteiidentifikation ein möglicher Ansatzpunkt für strategische Überlegungen: Wenn man unterstellt, dass eine längerfristige Parteibindung grundsätzlich vornehmlich auf der *Werteebene* verankert ist, dann spricht dies dafür, Wahlkampagnen so anzulegen, dass Parteien sich ganz bewusst auch als politische Wertegemeinschaften präsentieren – dergestalt, dass sie ihre jeweilige und in der allgemeinen Wahrnehmung vertraute wertbezogene spezielle „Kennung“ (als Ordnungskraft, als Sachwalterin einer florierenden Wirtschaft, als Garantin sozialer Gerechtigkeit, als Sprachrohr von Bildung, als Anwältin von Bürgerrechten etc.) in den Vordergrund rücken und mit entsprechenden programmatischen und personellen Angeboten verknüpfen.
2. Unsere Daten zeigen, dass Nichtwähler in überdurchschnittlichem Maße sich für direkte Demokratie aussprechen. Die häufige Koinzidenz von Nichtwählen und direktdemokratischer Präferenz stützt die Annahme, dass hierbei direkte Demokratie nicht als *Ergänzung* der repräsentativen Demokratie verstanden wird, sondern als *Alternative* zum parlamentarischen System, dessen Akteuren wenig vertraut und dessen periodische Legitimation durch Wahlen als eher unbedeutend eingeschätzt wird. Wenn dies so zutrifft, dann bergen Wahlversprechen, die eine Erweiterung direktdemokratischer Instrumente transportieren, das Risiko, die verbreitete Abstandshaltung zum System der repräsentativen Demokratie tendenziell noch zu vertiefen.
3. Unsere Daten bestätigen, dass lokale Kontexteffekte die Bereitschaft wählen zu gehen bzw. die Wahlverweigerung beeinflussen. So steigt die Zahl der Befragten, die in ihrem Wohnort ein lebendiges Vereinsleben wahrnehmen, mit der Wahlbeteiligung zwar an. Aber auch fast jeder zweite erklärte Nichtwähler bewertet das Vereinsleben im Wohnumfeld positiv. Dieser Befund lässt es zweckmäßig erscheinen, möglichst viele Vereine in Initiativen, die auf eine Stärkung der Wahlbeteiligung hinzielen, mit einzubeziehen. Wenn es gelingt, die Vereine, welche ein Element lokaler sozialer Vertrautheit verkörpern, für solche Initiativen zu gewinnen, könnte dies ein Weg sein, die Lücke zwischen zivilgesellschaftlichem („unpolitischen“) und politischem Engagement (wozu die Beteiligung an Wahlen gehört) partiell zu schließen.

4. Unsere Daten belegen, dass in Gemeinden, wo das politische und wirtschaftliche – und mit schwächerem Grad auch das soziale – Klima als günstig wahrgenommen wird, die Wahlbeteiligung höher liegt. Dabei haben Nichtwähler durchwegs eine kritischere Sicht als Wähler. An den genannten örtlichen „Klimavorteilen" kann eine politische Ansprache von Wählern und Nichtwählern in der Weise anknüpfen, dass politische Leistungsbilanzen – vor Wahlkämpfen wie auch in wahlkampfstillen Zeiten sowie ebenso bei überlokalen Wahlen - lokale wirtschaftliche Erfolge und lokale politische Aktivitäten explizit thematisieren.
5. Unsere Daten zeigen einen signifikanten Zusammenhang von niedriger/ hoher Wahlbeteiligung und verbreiteter Unsicherheit der Wahlabsicht auf. Demnach können gerade Gebiete mit unterdurchschnittlicher und ebenso überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung als ein Feld für wahlaktivierende Maßnahmen erschlossen werden. Hier stellen sich (Nicht)Wahlabsichten weniger verfestigt dar und sind somit empfänglicher für externe Ansprachen. Solche dürften umso wirksamer sein, wie sie sich den gegebenen sozialräumlichen Anpassungsdruck kreativ zunutze machen und auf lokale Wiedererkennungseffekte setzen, beispielsweise mittels Spots oder Plakaten mit Wahlabsichts-Bekundungen („testimonials") stadtviertel- bzw. quartiersbekannter Sympathieträger und nicht zuletzt auch „einfacher Leute".
6. Unseren Daten lässt sich entnehmen, dass sich hinter der vielzitierten und oftmals verschwommenen Chiffre „Politikverdrossenheit" konkret ein mangelndes Vertrauen in Parteien und Politiker verbirgt. Hiermit wird ein wichtiges Feld für die politische Bildung markiert. Der Vertrauensmalus resultiert unseres Erachtens weniger aus angebbaren Fehlleistungen oder Verfehlungen politischer Akteure, sondern daraus, dass für viele Menschen die spezielle Handlungslogik des politisch-administrativen Betriebs nach wie vor unentschlüsselt bleibt. Bereits existierende Bemühungen, den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen, wie Politik, wie insbesondere die Abläufe parlamentarischer Willensbildung funktionieren, sollten im schulischen wie außerschulischen Bereich konsequent ausgebaut und verstärkt werden.

7. Unabhängig von der Auswertung unserer Daten werden aktuell oder schon seit längerem vor allem folgende Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung diskutiert: Zusammenlegen von Wahltagen, Herabsetzen des Wahlalters, Einführung einer Wahlpflicht. Das bei weitem und sofort wirksamste Mittel zur Steigerung der Wahlbeteiligung wäre ohne Zweifel eine gesetzliche Wahlpflicht. Doch von den Chancen ihrer politischen Durchsetzbarkeit einmal abgesehen: Ein per Gesetz erzwungener Akt des Wählens würde die tiefer liegenden psychologischen Vorbehalte, die Wahlabstinenz erklären, also mangelndes Vertrauen in Politiker, gering geschätzte Bedeutung der Wahl, das Gefühl, politisch selbst nichts bewirken zu können, u.a.m., ja nicht aus der Welt schaffen. Die Kluft zwischen Volk und Politikern bliebe unverändert.

8. Eine Herabsetzung des Wahlalters hat nach bisherigen Erkenntnissen keinen nachhaltigen Effekt. Das zeigen die Ergebnisse der brandenburgischen Landtagswahlen 2014 und der Bürgerschaftswahlen dieses Jahres in Bremen und Hamburg: In Brandenburg betrug die Wahlbeteiligung der 16- und 17jährigen Erstwähler 41,5 Prozent, mithin 6,4 Prozent weniger als der Landesdurchschnitt. Bei den 18- bis 21Jährigen sackte die Wahlbeteiligung auf 34 Prozent ab. In Bremen beteiligte sich die Gruppe der Erstwähler/innen ebenfalls unterdurchschnittlich, stellt aber nicht die geringste Quote der Wahlbeteiligung. In Hamburg beteiligten sich von den 16- und 17Jährigen, die erstmals bei einer Bürgerschaftswahl an die Urnen gerufen wurden, mit rund 52 Prozent knapp fünf Prozent weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Die Wahlbeteiligung der nächstfolgenden Altersgruppe liegt jedoch schon um zehn Prozentpunkte niedriger.

9. Die Effekte auf die Wahlbeteiligung bei einer Zusammenlegung von Wahlen verschiedener Ebenen fallen nicht eindeutig aus. Es kann der Fall eintreten, dass eine übergeordnete Wahl (Bundestags- oder Europawahl) auf die Wahlbeteiligung der nachgeordneten Ebenen („Nebenwahlen“ zu Landtag oder Kommunen) einen beteiligungssteigernden Mitzieheffekt auslöst. Ein solcher Effekt tritt in Ost- wie Westdeutschland seit 1994 regelmäßig zutage, wenn die Auswirkungen von Kommunalwahlen auf eine gleichzeitig stattfindende Europawahl verglichen werden. Jedoch ist der Saldo – im Osten Deutschlands – negativ, wenn umgekehrt der Effekt zeitgleicher Europawahlen auf Kommunalwahlen untersucht wird.

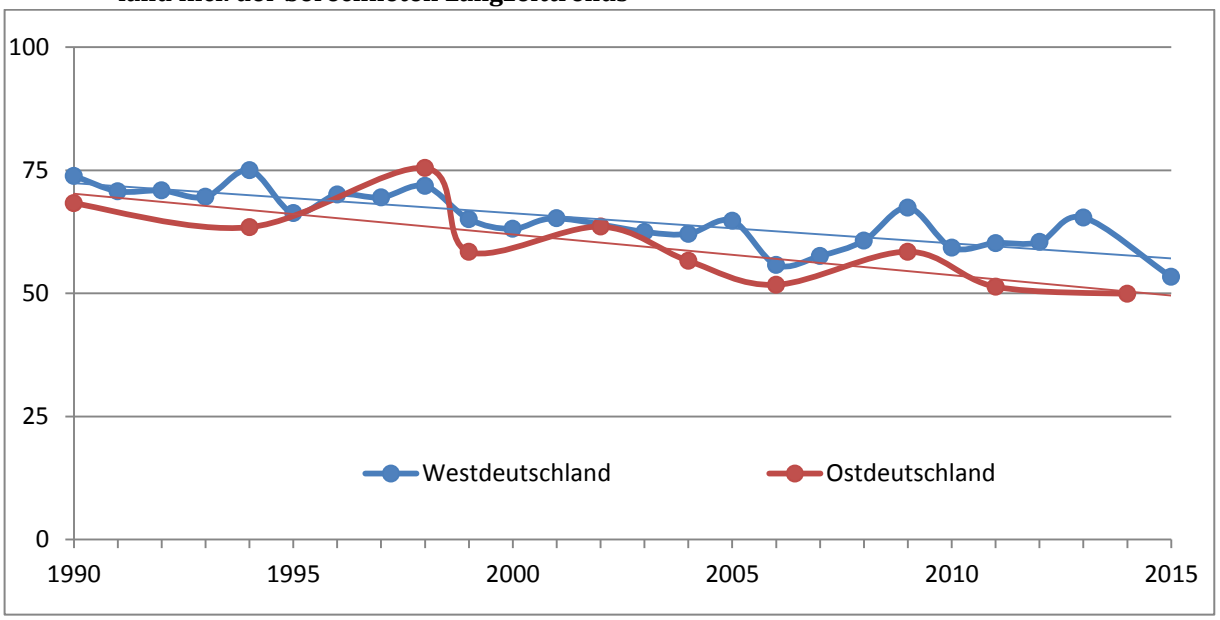
10. Mit dem Vorbehalt, dass wahlpsychologische Mechanismen, die sich in einem präsidentiellen System entfalten, nicht identisch mit denjenigen in einem parlamentarischen System sind, sind gleichwohl Erfahrungswerte mit speziellen Techniken sozialer Ansprache aufschlussreich, die auf dem Experimentierfeld US-amerikanischer Wahlkampagnen gewonnen worden sind. So hat die Verbreitung der Information „die Mehrheit der Bürger geht wählen“, einen um mehrere Prozentpunkte gesteigerte Wahlbeteiligung zur Folge gehabt als die gegenteilige Information „Viele Bürger gehen nicht wählen“ („positives Framing“). Noch größere Wirkung erzielen persönliche schriftliche Danksagungen, dass sich die angeschriebene Person und deren Nachbarn an der Wahl beteiligt haben (einer solchen Direktansprache steht hierzulande möglicherweise der Datenschutz entgegen). Und eine nachgerade durchschlagende Wirkung hatte die personifizierende Aufforderung „Wähler sein!“ statt „Wählen gehen!“.

1 Die „Partei der Nichtwähler“: ein Beteiligungsformat mit Zukunft? – Problemaufriss

1.1 Schwindende Wahlbeteiligung: ein allgemeiner Trend

Seit den 1980er Jahren ist die Beteiligung an allgemeinen Wahlen in Deutschland deutlich und zum Teil dramatisch zurückgegangen. Zuletzt wurde dies bei den Landeswahlen im Jahr 2015 sichtbar: In Hamburg fiel die Wahlbeteiligung von 57,3 Prozent (2011) auf nunmehr 56.6 Prozent (2004 hatte sie noch 68.7 % betragen). In Bremen sank sie von 55,5 Prozent (2011) auf jetzt 50,2 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit Kriegsende (2003 hatte sie bei 61,3 % gelegen). Selbst dort, wo bei Landeswahlen ein neuerlicher Anstieg erkennbar ist, wie z.B. in Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl 2011 mit einem Plus der abgegebenen Stimmen von immerhin 6,6 Prozentpunkten gegenüber 2006, bleibt die Beteiligungsquote (Turn Out) auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Der Sinkflug der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen ist für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen zu beobachten. Im Zeitverlauf liegen die Trendlinien beider Teile des Landes eng beeinander (Abb. 1).

Abb. 1 Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen von 1990 bis 2015[1], nach Ost- und Westdeutschland incl. der berechneten Langzeittrends

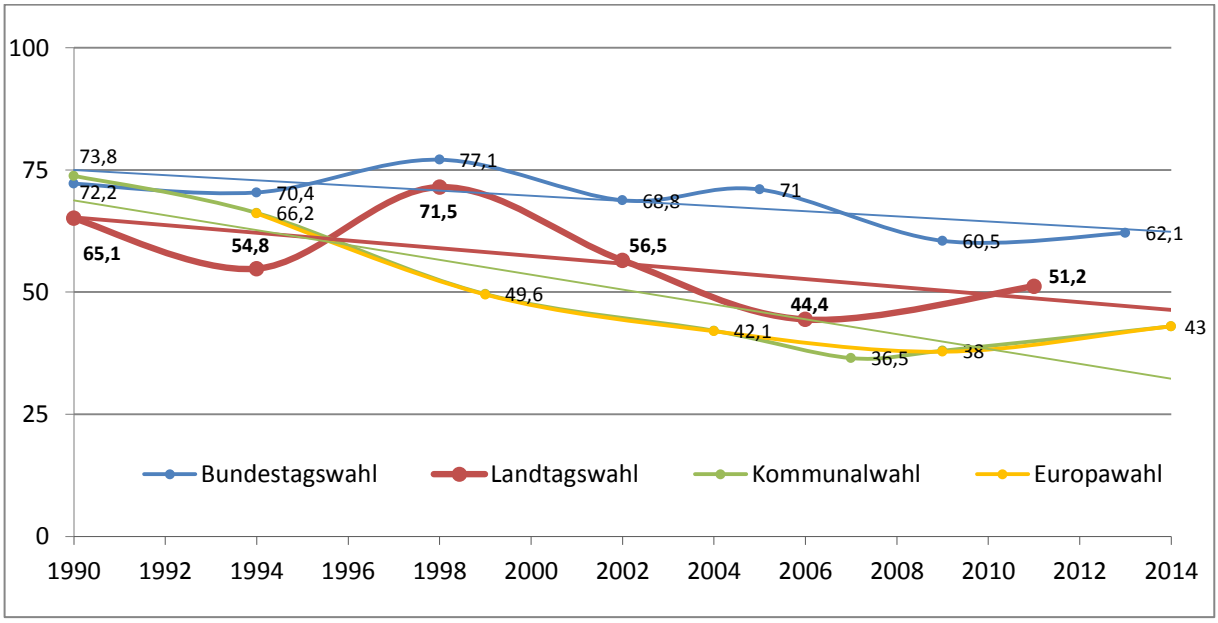


Quelle: Statistisches Bundes- und Landesamt

1 Da die Landtagswahlen in den Bundesländern nicht synchron durchgeführt werden, stehen die einzelnen Erhebungszeitpunkte nicht immer für ganz Ost bzw. Westdeutschland. So wird Westdeutschland 2015 faktisch nur durch Hamburg und Bremen repräsentiert und Ostdeutschland 2014 durch Sachsen, Brandenburg und Thüringen usw.. Über alle Jahre und Bundesländer hinweg ergibt sich eine Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West von ca. fünf Prozentpunkten.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist zwar kein exklusiv deutsches Phänomen, sondern europaweit zu beobachten. Dennoch besteht zweifelsfrei hierzulande ein akuter Handlungsbedarf, der nachlassenden Beteiligungsbereitschaft nach Kräften gegenzusteuern. Denn längst hat die Wahlmüdigkeit die Wahlen für Vertretungskörperschaften aller Ebenen, also in Kommunen, Land, Bund und Europäischer Union, erfasst. Allerdings zeichnet sich in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren eine Stabilisierung der Wahlbeteiligung auf niedrigem Niveau ab (Abb. 2).

Abb. 2 Wahlbeteiligung bei Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen in Sachsen-Anhalt von 1990 bis 2014



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

1.2 Beteiligung an Wahlen: ein wichtiger Nachweis demokratischer Legitimation im politischen System

Da das Grundrecht freier Wahlen, dem klassischen liberalbürgerlichen Verständnis zufolge, ein Recht *freiwilliger* Teilnahme konstituiert, ist auch Nichtwählen prinzipiell legitim (und stellt einen Rechtsverstoß allenfalls dort dar, wo der Gesetzgeber eine allgemeine Wahlpflicht vorgegeben hat). Andererseits stärkt eine hohe Wahlbeteiligung die Legitimation demokratisch gewählter Vertretungskörperschaften. Je mehr sich beteiligen, umso klarer spiegelt das aggregierte Wählervotum, das im Parlament die Regierungs-mehrheit trägt sowie der Opposition Ausdruck und Stimme verleibt, eine breite Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung wider.

Sinkt umgekehrt die Wahlbeteiligung stark ab und unterschreitet sie gar die symbolisch bedeutsame 50-Prozent-Marke, so wird die demokratische Legitimationskette, die vom Volk über die mit einem gesellschaftlichen Mandat ausgestatteten gewählten Volksvertreter bis zur Regierung reicht und über die Rückkopplungsschleifen einer bürgernahen („responsiven“) Politikvermittlung von den Regierenden zu den Regierten

wieder zurückführt, zwar nicht zerrissen, aber jedenfalls an einer wichtigen Gliedstelle verdünnt.

Klar ist: Eine kritische Schwelle von niedriger Wahlbeteiligung, unterhalb welcher die demokratische Legitimation gleichsam verdunstet, lässt sich nicht präzise, d.h. auf den Prozentpunkt genau bestimmen. Auch die 50-Prozent-Grenze ist unbeschadet dessen, dass ihr Unterschreiten ein politisches Warnsignal aussendet, ein kritischer Richtwert von eher symbolischer Aussagekraft, da sich Legitimation durch Wahlbeteiligung exakten Prozentangaben entzieht. Da jedoch– bei angemessener Beachtung der Rechte von Minderheiten – das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einen Leitwert der Demokratie darstellt, zählt es zum Pflichtenkanon demokratischer Institutionen und Akteure darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Nur dann, wenn die „Partei der Nichtwähler“ *nicht* die absolute Majorität der Bürgerinnen und Bürger hinter sich schart, ist sichergestellt, dass das Votum der Mehrheit der Wähler auch eine Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert.

1.3 Nichtwähler: immer noch unbekannte Wesen? – zum aktuellen Stand der Forschung

Einem geflügelten Bonmot der Wahl- und Umfrageforschung zufolge, ist der Nichtwähler „nach wie vor ein weitgehend unbekanntes Wesen“ (Güllner 2013: 13). Die randständige Beachtung, die Nichtwählern seitens der Wissenschaft lange Zeit zuteilwurde, erklärt sich vornehmlich durch die Schwierigkeiten, zum Gegenstand einen Zugang zu finden. Nichtwähler sind scheue Wesen: An Bevölkerungsumfragen teilzunehmen, weigern sie sich überdurchschnittlich häufig. Und wenn sie mitwirken, geben sie sich nicht immer als Nichtwähler zu erkennen. Zumal sozial besser gestellte Nichtwähler neigen zum „Overreporting“, d.h. dazu, bei Befragungen ihr tatsächliches Nichtwählen zu „vergessen“. Entsprechend verzerrt fällt das Meinungsbild aus, das bei Standardumfragen für das Segment der Nichtwähler ermittelt wird.

Der – verglichen mit ungleich zahlreicher existierenden Analysen des *Wähler*verhaltens - immer noch schmale Forschungsstand zu Nichtwählern wird bis in die Gegenwart fortgeschrieben. Informationen über Gründe für die Nichtteilnahme an einer Wahl, die in Vorwahlumfragen erhoben werden, finden sich in den Wahlreports der Forschungsinstitute nur sporadisch, und wenn doch, dann selektiv. So weist beispielsweise der Wahlreport von Infratest für die Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt aus, dass als Motiv für die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, bundespolitische Überlegungen schwerer wogen (44 %) als die Landespolitik (24 %) (Infratest WahlREPORT Sachsen-Anhalt 2011: 34).

Auch weitere Wahlanalysen der letzten Jahre sind mit Informationen hinsichtlich der erhobenen Motive von Nichtwählern vergleichsweise sparsam. Allenfalls erfahren wir stichwortartig etwas darüber, weshalb Bürgerinnen und Bürger den Wahlurnen fernbleiben: kein Interesse, keine Zeit, keine Lust; Enttäuschung über Politik („nach der

Wahl sind den Politikern die Wähler egal“); kein Einfluss auf Politik („die Bürger können mit ihrer Stimme ohnehin nichts bewirken“); inhaltliche Gleichförmigkeit der Parteien; aktuelle Unzufriedenheit mit der Partei, mit der man eigentlich sympathisiert (Infratest WahlREPORT Nordrhein-Westfalen 2010 und Niedersachsen 2011). Unter jenen Bürgern, die sich nach der Bundestagswahl 2009 als Nichtwähler zu erkennen gaben, waren überdurchschnittlich viele mit einfachem Bildungs- und Berufsstatus (Infratest dimap ARD DeutschlandTrend Oktober 2009). Insgesamt blieben die Informationen über das soziale Profil von Nichtwählern jedoch sporadisch.

Einzig über Geschlecht und Alter von Nichtwählern gibt es genaue Kenntnisse auf einer soliden statistischen Basis, seitdem Bundesländer dazu übergegangen sind, zu Zwecken der repräsentativen Wahlstatistik in ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel auszuzugeben, die nach Geschlecht und Altersgruppen verschieden markiert sind (vgl. Habig 2015). Dabei wurden beispielsweise bei der letzten Bürgerschaftswahl in Bremen (am 10. Mai 2015) folgende Verteilungen erkennbar:

- Die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung von Frauen und Männern sind gering. Lediglich in der ältesten Generation (70 Jahre und mehr) sind Frauen leicht wahlaktiver.
- Die Gruppe der Erstwähler/innen beteiligt sich unterdurchschnittlich, stellt aber nicht unbedingt die geringste Quote der Wahlbeteiligung.
- In Teilen der mittleren Altersgruppen der sogenannten berufsaktiven Jahrgänge zwischen 30 und 59 Jahren fällt die Wahlmüdigkeit am größten aus. Bei den 25- bis 30-Jährigen etwa lag die Wahlbeteiligung bei 36,5 Prozent und damit um 5,6 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. „Insbesondere in den mittleren Altersgruppen ist die Beteiligung regelrecht eingebrochen, am stärksten in der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (-9,2 Prozentpunkte“ (Habig 2015: 36).
- Die ältesten Altersgruppen (60 Jahre und älter) gehen überdurchschnittlich häufig zur Wahl.

Gewiss spiegeln sich in diesen Berechnungen landestypische Gegebenheiten und nicht zuletzt auch die besonderen Bedingungen eines Stadtstaates wider. Dennoch bilden die Bremer Zahlen Entwicklungstendenzen der Wahlbeteiligung ab, die tendenziell verallgemeinerbar und daher in ihrem Grundmuster auch auf andere Regionen übertragbar sind.

Während wir zu Alter und Geschlecht der Wähler – und damit mittels Auswertung der Wählerverzeichnisse auch für Nichtwähler – also inzwischen repräsentative Daten besitzen, hatten wir zu weiteren sozialstrukturellen Merkmalen von Nichtwählern sowie zu den Motiven ihrer Wahlabstinenz bis vor kurzem kaum ein frei zugängliches gesichertes Wissen. In den letzten Jahren sind immerhin mehrere empirische Untersuchungen erschienen, die geeignet sind, das chronische Wissensdefizit über Nichtwähler ein Stück weit abzubauen. Zu nennen sind hier eine Studie der Konrad-Adenauer-

Stiftung/KAS (Neu 2012), ferner eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung/FES (Güllner 2013) sowie die Analysen des Politikwissenschaftlers Armin Schäfer (Schäfer 2012, Schäfer u.a. 2013). Zu diesem bescheidenen „Boom“ der Nichtwählerforschung hat sicherlich die Erkenntnis beigetragen, dass „die Wahlabstinenz auf allen Wahlebenen [steigt], wenn auch nicht kontinuierlich und gleichförmig“ (Neu 2012: 5).

Für die KAS-Studie wurden Ende 2011 rund 1500 Personen, die in Nachwahlumfragen unmittelbar nach den Bundestagswahlen 2005 und 2009 angegeben hatten, nicht gewählt zu haben, abermals befragt. Für die FES-Studie wurden im Oktober/November 2012 insgesamt rund 3500 selbsterklärte Nichtwähler befragt, und zwar je 700 für die zurückliegenden Bundestagswahlen 1998, 2002, 2005 und 2009 sowie weitere 700 mit Nichtwahlabsicht für die damals bevorstehende Bundestagswahl 2013.

Unbeschadet des genauen Repräsentativitätsgrades dieser speziellen Grundgesamtheiten, der von den Autoren der beiden Studien selbst unterschiedlich eingeschätzt wird[2], dürften beide Stichproben in der Tat einen wesentlichen Teil der Gruppe der Nichtwähler erfassen. Entsprechend aussagekräftig sind auch die Angaben einesteils über sozialstrukturelle Merkmale und anderenteils über Motive der Nichtwahl, die in beiden Studien auf der Basis von Umfragen erstmals differenziert herausgearbeitet werden. Diese Befunde werden im Folgenden knapp zusammengefasst.

(1) *Motivlagen für Nichtwahl:* Nichtwähler sind insgesamt nicht weniger politisch interessiert als Wähler (KAS 2012: 25). Die Parteipräferenzen sind unter Wählern und Nichtwählern in etwa gleich verteilt (Ebenda: 29). Erkennbar wird bei Wahlverweigerern eine Neigung zur wiederholten Nichtwahl. So gaben in der KAS-Studie 41 Prozent der Nichtwähler von 2005 an, auch 2009 der Urne ferngeblieben zu sein (Ebenda: 30). Ein wichtiger bei Wahlen mobilisierender Effekt geht, Erkenntnissen der Wahlforschung zufolge, von der Parteibindung bzw. Parteiidentifikation (PI) aus. Hierunter wird eine längerfristige ´gefühlte` Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei verstanden. Bestätigt wird in der KAS-Studie, dass deutlich weniger – genau genommen nur eine Minderheit – der Nichtwähler als Wähler über eine derartige ´psychologische Parteimitgliedschaft` verfügen (Ebenda: 34, 36).

Die sogenannte Wahlnorm („Wählen ist Bürgerpflicht“) ist in der Gruppe der Nichtwähler weniger häufig verinnerlicht. Während im Durchschnitt der Bevölkerung rund zwei Drittel die Wahl als einen demokratischen Pflichtakt ansehen, sind dies unter Nichtwählern weniger als 50 Prozent (Ebenda: 36). Nichtwähler sind doppelt so häufig mit der Demokratie unzufrieden wie die Gesamtbevölkerung. Und: „Schwache Involviertheit in das politische Geschehen“, also der Grad politischer Anteilnahme, der sich aus Interesse, Informiertheit und der Bereitschaft, sich selbst aktiv einzuschalten, zu-

2 Während Neu die KAS-Studie als „für Nichtwähler repräsentativ“ erachtet (2012: 18), können die für die FES-Studie Befragten lt. Güllner aufgrund der mutmaßlichen Untererfassung des tatsächlichen Nichtwähleranteils„ nicht im lupenreinen Sinne als repräsentativ für alle Nichtwähler“ der vier Wahlen von 1998 bis 2009 angesehen werden (2013: 14).

sammensetzt, sowie „das Gefühl, keinen Einfluss auf das politische Geschehen zu haben“, also jene Disposition, die in der Literatur „external-efficacy“ genannt wird, „bilden das Hauptmotivbündel, der Wahl fern zu bleiben“ (Ebenda: 37).

Ein vorherrschendes Motiv, das Wahlabstinenz erklärt, ist das Gefühl politischer Entfremdung: Zur gefühlten Ohnmacht, selbst etwas bewirken zu können, gesellt sich der Eindruck, „die Politik“ vernachlässige die Anliegen der „kleinen Leute“ – wobei letztere Wahrnehmung nicht automatisch mit Merkmalen von Armut einhergeht, sondern ein sozial diffuses Empfinden der Vernachlässigung jener „hier unten“ durch „die da oben“ widerspiegelt (Ebenda: 38, 40).

Die Befunde der FES-Nichtwähleranalyse erhärten zum einen diejenigen der vorangegangenen KAS-Studie und ergänzen bzw. vertiefen diese in mancherlei Hinsicht. Bekräftigt wird die Beobachtung einer Tendenz zur wiederholten Nichtwahl; zugleich werden die mit dieser Neigung einhergehenden prekären sozialen Merkmale und einer Disposition der Abwendung von Politik klarer benannt:

> *„Die Untersuchungsergebnisse bestätigen, dass es durchaus eine Gruppe von dauerhaften Nichtwähler/innen gibt, die erhebliche Politikdistanz und durchaus erkennbare Demokratiedistanz aufweisen. Dass sich diese „Dauer-Nichtwähler“ überproportional stark unter Angehörigen der Gesellschaftsschichten mit niedrigerem Einkommen und kürzerer Bildungsbiografie finden, führt zu einer verstärkten Schieflage der gesellschaftlichen Repräsentanz der Wählenden – kurz gesagt: Eine niedrige Wahlbeteiligung ist sozial ungerecht“ (FES: 7).*

Auch Nichtwähler finden, der FES-Studie zufolge, größtenteils die Idee der Demokratie und mehrheitlich auch die demokratische Ordnung, wie sie in der Bundesrepublik existiert, gut. Dabei fallen die Zustimmungsraten in Ostdeutschland allerdings niedriger aus. Mit der „tatsächlichen Politik in Deutschland“ ist jedoch in Ost (15%) wie West (23%) nur eine Minderheit zufrieden. Wiederum bei Dauer-Nichtwählern fällt die Distanz zum politischen System höher als in den beiden anderen Nichtwähler-Kategorien aus (Ebenda: 22f.).

Ein starkes politisches Interesse bekunden, insoweit stimmen die Befunde von KAS und FES überein, über 60 Prozent der Nichtwähler. Für das Geschehen in ihrem Bundesland sowie ihrer Gemeinde haben sogar 75 Prozent Auge und Ohr. Allerdings unterhalten sich nach eigenen Angaben 39 Prozent nur gelegentlich und weitere 18 Prozent nie über Politik. „Über Politik unterhalten sich die jüngeren Nichtwähler, die Arbeiter und Hauptschulabsolventen sowie diejenigen, die eine große Distanz zur Politik haben bzw. ein geringes Interesse am politischen Geschehen zeigen, in deutlich geringerem Maße als der Durchschnitt aller Nichtwähler“ (Ebenda: 39f.). Eine solche selbst aufrechtgehaltene Kommunikationsbarriere dürfte die Abstandshaltung zur Politik verstärken.

„Unmut über die politischen Akteure“, so fasst die FES-Studie die Angaben von Nichtwählern über die Gründe ihrer Wahlabstinenz zusammen, d.h. „in erster Linie das Gefühl, mit den eigenen Sorgen, Ängsten und Nöten von der Politik nicht mehr ernst genommen zu werden, und Unzufriedenheit mit dem programmatischen und personellen Angebot der Parteien“ können als wichtigste Ursachen für die Entscheidung gelten, Wahlen fernzubleiben (Ebenda: 72).

(2) *Sozialstrukturelle Merkmale der Nichtwahl*: Zur Sozialstruktur der Nichtwähler finden sich in der KAS-Studie nur wenige Hinweise. Demnach ist in dieser Stichprobe von Nichtwählern keine klare Tendenz der Verteilung niedriger und höherer Bildungsabschlüsse erkennbar (KAS: 45).

Mehr Information zur Struktur der Nichtwähler liefert die FES-Studie. Hier wird der Sozialprofil-Analyse eine Dreier-Klassifikation von Nichtwählern zugrunde gelegt: Unterschieden wird nach *Dauer-Nichtwählern* (die allen vier Bundestagswahlen fernblieben), diese stellen insgesamt 14 Prozent der befragten Nichtwähler; ferner *Wahlverweigerern* (die sich an ein oder zwei Wahlen beteiligten), zu denen 24 Prozent gerechnet werden, und schließlich *sporadischen Nichtwählern* (die nur einmal nicht zur Wahl gingen), die den weitaus größten Anteil der untersuchten Nichtwähler ausmachen (FES: 16).

Die Strukturanalyse ergibt folgendes: Demzufolge „sind in allen Nichtwählergruppen die Ostdeutschen deutlich überrepräsentiert – vor allem in der Gruppe der Dauer-Nichtwähler“ (Ebenda: 17f.). Nur in dieser Kategorie sind weibliche Wahlberechtigte leicht überdurchschnittlich vertreten. Auch ein Alterskohorteneffekt ist nachweisbar: „In allen Nichtwählergruppen (mit Ausnahme der Erst-Nichtwähler) ist der Anteil der mittleren Altersgruppen (45- bis 59-Jährige) größer als bei den Wählern“. Ebenso sind in allen Nichtwähler-Kategorien – und besonders ausgeprägt bei Dauer-Nichtwählern – Geringverdiener häufiger anzutreffen als unter denen, die an Wahlen teilnehmen (Ebenda: 18). Arbeiter sowie Haupt- bzw. Realschulabsolventen sind im Vergleich mit Wählern unter Nichtwählern überdurchschnittlich vertreten, insbesondere bei Dauer-Nichtwählern.

Deutlich erkennbar wird damit eine **schichtspezifische Disparität zwischen Wählern und Nichtwählern**: „Der Vergleich der Sozialstruktur der Wähler mit der der Nichtwähler zeigt, dass sich unter den Nichtwählern überproportional die unteren sozialen Schichten (geringe Schulbildung, geringes Einkommen, geringer sozialer Status) finden“ (Ebenda: 20).

(3) *Sozial selektives Wahlverhalten und örtliches Umfeld:* Einen methodisch anders angelegten Untersuchungsweg zur Erforschung des Nichtwählens beschreitet der Politikwissenschaftler Armin Schäfer. Er geht von der Annahme aus, dass die Sozialstruktur des Ortsteils, in dem Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben, ihre Wahlbeteiligung beeinflusst. Mithilfe der statistischen Verknüpfung von kleinräumigen Beteiligungsraten (hier der Wohnquartiere bzw. Stimmbezirke) mit ausgewählten Indikatoren der teilörtlichen Sozialstruktur, wie Arbeitslosigkeit, Zahl der Alleinerziehenden, Kauf-

kraftniveau, Anteil der Menschen mit und ohne (niedrigeren oder höheren) Schulabschluss, der Art der Bebauung u.a.m., kann Schäfer nachweisen, dass die **unterschiedliche soziale Lage in örtlichen Quartieren** mit einem **sozial selektiven Wahlverhalten** einhergeht. Dieser Zusammenhang ist inzwischen wiederholt bei Wahlen bestätigt worden[3]. Dazu führt Schäfer exemplarisch für die Bundestagswahl 2013 am Beispiel der Stadt Halle (Saale) aus:

> *„Je prekärer die Lebensverhältnisse vor Ort, desto weniger Menschen haben sich an der Bundestagswahl 2013 beteiligt. Der soziale Status eines Stadtteils bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung. Nichtwählerhochburgen befinden sich vor allem in Gegenden, in denen die sozial schwächeren Milieus überdurchschnittlich stark vertreten sind. Besonders drastisch zeigt sich die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung bei der Arbeitslosigkeit […] Ähnlich negative Zusammenhänge mit der Wahlbeteiligung zeigen sich für das Niveau der Schulabschlüsse, die Qualität der Wohnlagen und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte“ (Bertelsmann 2013).*

Die Befunde Schäfers führen die Nichtwählerforschung einen wichtigen Schritt weiter, indem sie für den in der FES-Studie dargelegten überproportionalen Nichtwähleranteil gerade bei Angehörigen unterer sozialer Schichten mit dem Verweis auf mögliche **lokale Kontexteffekte** einen erklärenden Faktor anbietet. Die entsprechende Annahme lautet: Je größer die (sub-)regionale Verdichtung von Merkmalen des sozialräumlichen Umfelds ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass solche Kontextmerkmale das individuelle Verhalten beeinflussen (Schäfer 2012: 252).

Ob solche Kontexteffekte tatsächlich auftreten, ist bisher jedoch noch nicht empirisch nachgewiesen worden. Schäfer räumt selbst ein, dass hierfür „im Idealfall eine Kombination von Informationen auf individueller und auf Stadtteilebene notwendig“ ist (Ebenda). Die Frage ist: „Lassen sich die Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse mit Hilfe von Individualdaten untermauern?“ (Ebenda: 262).

Diesen Hinweis nimmt der Nichtwahl-Monitor 2015 für Sachsen-Anhalt in seiner konzeptionellen und methodischen Anlage mit auf. Bevor dieser spezielle Aspekt näher erläutert wird, sollen ausgewählte Erklärungsversuche des Wahlverhaltens, die für die Untersuchung des Verhaltensmuster des Nichtwählens fruchtbar gemacht werden können, in gebotener Kürze vorgestellt werden. Anhand dieser Erklärungsversuche, die teils in der einschlägigen Literatur diskutiert werden, teils von den Autoren dieser Studie selbst entwickelt worden sind, werden zugleich Hauptlinien des analytischen Teils des hier vorgelegten Nichtwahl-Monitors ausgezogen.

3 Siehe zuletzt Statistisches Landesamt (Hrsg.), Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 in Bremen (Statistische Mitteilungen 119), Bremen 2015.

1.4 Erklärungsversuche für zunehmende Wahlenthaltung

1.4.1 Verlagerung von organisationsbezogener zu themenbezogener Partizipation

Für die Zeit seit den späten 1960er Jahren wird in der sozialwissenschaftlichen Partizipationsforschung eine Verlagerung von *organisationsbezogener* hin zu *themenbezogener* Partizipation registriert. Dies meint: Wenn sich Bürger für oder gegen konkrete Probleme, Anliegen und strittige Projekte engagieren, tun sie dies seither mit steigender Häufigkeit außerhalb des Organisationsradius, den eine Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder einer anderen traditionellen Großorganisation bietet. Diese neue Form der Beteiligung erfolgt anlassbezogen, unregelmäßig, punktuell sowie infolge spontaner Mobilisierungsanreize, die häufig einen lokalen Bezug haben (vgl. Kaase/ Marsh 1979: 41). Sie ist Teil des kulturellen Wertewandels, der sich Ende der 1960er Jahre in den westlichen Demokratien anbahnte und unter anderem Präferenzen individueller Selbstverwirklichung an orientierender Bedeutung gewinnen ließ.

Der Politologe Oscar Gabriel beschreibt diese beiden Optionen politischer Beteiligung wie folgt: Organisationsbezogene Partizipation äußert sich neben der Mitarbeit in Parteien und Verbänden vor allem in der *Teilnahme an allgemeinen Wahlen*. Hingegen ist themenbezogene Partizipation auf *direktdemokratische Sachentscheidungen* hin ausgerichtet, wie Volksbegehren und Volksentscheid. Ihr leitendes Motiv ist es, auf Einzelentscheidungen über politische Sachfragen unmittelbar und zeitlich befristet Einfluss zu nehmen. „Nach der Erreichung des Ziels wird die Aktivität eingestellt“ (Gabriel, in Ders./Klemeyer/ Strohmeier 1997: 65).

Gabriel sieht diese beiden Partizipationsformen „eher in einem Ergänzungs- als in einem Konkurrenzverhältnis“ (Ebenda). Themenbezogenes Engagement kann, das sehen auch erklärte Befürworter einer Ausweitung der Möglichkeiten volksunmittelbarer Beteiligung in der Regel nicht anders, kein Ersatz für organisationsbezogene Beteiligung sein– schon deshalb nicht, weil Referenden und Plebiszite weder die Allgemeinverbindlichkeit parlamentarischer Entscheidungen beanspruchen können noch eine vergleichbar breite politische Legitimation wie Parlamentswahlen haben.

Wie aktuelle Umfragen zeigen, zieht eine seit 1990 in Westdeutschland auf 60 Prozent angewachsene und in Ostdeutschland bei etwa 65 Prozent stagnierende Bevölkerungsmehrheit die direkte der repräsentativen Demokratie vor (Holtmann u.a. 2015: 190).[4] Ungeklärt ist indessen weitgehend, welche Folgen die Aufwertung von Möglichkeiten volksunmittelbarer politischer Beteiligung für die Demokratiepraxis hat. Nach-

4 Bemerkenswerterweise ist im Osten Deutschlands zugleich die Anzahl der Befürworter der repräsentativen Demokratie von 18 Prozent (1991) auf 33 Prozent (2014) gewachsen (Ebenda). Nach 1990 geborene Ostdeutsche bevorzugen, anders als die älteren Generationen, sogar in ihrer Mehrheit (41 %) die repräsentative Demokratie (Holtmann u.a. 2015: 197).

weisbar ist, dass Instrumente direkter Demokratie dort, wo sie verfügbar sind und Anwendung finden (und das ist überwiegend die kommunale Ebene), von den Bürgerinnen und Bürgern auch angenommen werden. In dem Jahrzehnt von 2002 bis 2012 haben sich mit einer Quote zwischen 15 und 25 Prozent vergleichsweise viele Bürgerinnen und Bürger an diesen Verfahren beteiligt (Ebenda: 214).

Das Risiko, dass ein wachsender Teil der Wahlbevölkerung sich der repräsentativen Demokratie entfremdet und sich stattdessen ersatzlos der direkten Demokratie zuwendet, wird seitens der Partizipationsforschung eher gering eingeschätzt. Gestützt wird diese Sicht durch empirische Daten, denen zufolge in beiden Teilen Deutschlands ein größerer Teil der Bevölkerung alternative *und* traditionelle Formen politischen Engagements gleichermaßen wahrnimmt.[5] Allerdings dürfte es sich bei diesem Typus des „vollaktiven“ Bürgers vornehmlich um ressourcenstarke, d.h. gut gebildete Personen mit höheren Einkommen und gehobenem sozialen Status handeln. Insbesondere diese sind es, die ihren Partizipationsradius in das geöffnete Feld direkter Demokratie hinein erweitern. Zu denken geben muss, falls sich erweisen sollte, dass Nichtwähler überdurchschnittlich häufig die direktdemokratische Karte spielen. Denn ein solcher Befund spräche sehr wohl für Entfremdung vom existierenden System der repräsentativen Demokratie.

Auf sozial verzerrende Effekte von angewandter direkter Demokratie hat Oscar Gabriel jedoch schon vor Jahren hingewiesen: An kommunalen Plebisziten nähmen bevorzugt solche Bürger teil, die überdurchschnittlich politisch interessiert und aktiv sowie höher gebildet seien und über ein stark ausgeprägtes politisches Selbstbewusstsein („political efficacy“) verfügten. Umgekehrt dürften, so Gabriel, jene Bevölkerungsgruppen, die bisher im politischen Abseits verblieben oder sich mit einem Votum bei Wahlen begnügten, auf die neuen Beteiligungsangebote kaum anspringen (Gabriel 1999, 79).

Neuere Forschungsergebnisse bestätigen diese Selbstselektion. Für den Hamburger Volksentscheid zur Schulreform im Jahr 2010 beispielsweise wurde ein positiver Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Abstimmungshäufigkeit nachgewiesen (vgl. Jungherr/Jürgens 2011, 522). Dies lässt in der Tat darauf schließen, „dass der Aufstieg unkonventioneller Beteiligungsformen zu Lasten sozial Schwacher geht, die diese viel seltener nutzen“ (Schaefer 2010: 140).

Gewiss: Dieser Effekt sozialer Verzerrung tritt auch bei allgemeinen Wahlen auf. Denn die Beobachtung, dass ein höheres Einkommen und eine bessere Bildung mit erhöhter politischer Beteiligung einhergehen, trifft grundsätzlich für alle Angebote und Formen politischer Partizipation zu (vgl. Bödecker 2012).

Allerdings geht, verglichen mit Volksbegehren und Volksentscheiden, bei Wahlen die Teilnahmeschere zwischen gering gebildeten Niedrigverdienern einerseits und gut

5 In Ostdeutschland können im Jahr 2014 zu diesen „Vollaktiven“ 31 Prozent und in Westdeutschland 41 Prozent gerechnet werden (Ebenda: 220).

Gebildeten mit höheren Einkommen andererseits weniger weit auf (Schäfer 2010: 140). Wenn nun aber Wahlen zu Bundestag und Landtagen (und desgleichen auf kommunaler und europäischer Ebene) tatsächlich „weiterhin das verlässlichste Instrument“ darstellen, um „eine sozial nur gering verzerrte politische Teilhabe zu gewährleisten“ (Ebenda: 133), dann spricht dies dafür, die politischen Energien dahingehend zu bündeln, die „Partei der Nichtwähler“ vorrangig bei allgemeinen Wahlen möglichst klein zu halten. Denn für das Parlament vor allem, auf der Ebene des Landes mithin für den Landtag, stellt sich, wenn sich im Ergebnis von Wahlen soziale Ungleichheit in dieses gewählte Repräsentativorgan hinein verlängert, das Problem hinreichender Legitimität demokratischen Regierens: „Die ungleiche Teilhabe an politischen Prozessen untergräbt das demokratische Ideal politischer Gleichheit, das die gleiche Berücksichtigung von Interessen der Bevölkerung fordert“ (Bödeker 2012: 6).

1.4.2 Politische Performanz als Schlüsselgröße: Wahrgenommene Leistungsdefizite der Politik und Wahlverweigerung

Die soeben beschriebene Verlagerung bei den Vorlieben der Bürgerinnen und Bürger für bestimmte Formen politischer Beteiligung ist, legt man eine auf David Easton zurückgehende, gängige Modellvorstellung von politischen Systemen zugrunde (Easton 1967), dem sogenannten Input-Bereich zuzurechnen, d.h. jenem Sektor innerhalb des systeminternen Kreislaufs, wo einerseits Erwartungen und Wünsche (*Demands*) artikuliert und an Parlament, Regierung und Verwaltung adressiert werden und wo andererseits diesen Akteuren Unterstützung (*Support*) gewährt oder verweigert wird. Ein Gradmesser für Unterstützung ist die Leistung (*Performanz*), die aus Sicht der Bevölkerung seitens der politischen Akteure und Institutionen in deren Tätigkeitsbereich, dem sogenannten Output-Bereich, erbracht wird.

Auf diesen Output-Sektor des Staates vor allem richten sich folglich Erwartungen des Volkes, die konkrete individuelle Leistungsansprüche transportieren (z.B. in der Steuer- oder Familienpolitik). Einher gehen diese Anforderungen stets auch mit hohen moralischen Vorstellungen. Erwartet wird „die sachliche Qualität der Politik und die Effektivität der Orientierung auf das Gemeinwohl“ (Scharpf 1993: 27). Dieser Vorstellung korrespondiert häufig ein Idealbild des Politikers, der „Fachmann“ ist, uneigennützig, also frei von Eigeninteressen handelt, aber die Interessen derer, die er vertritt, möglichst ungefiltert durchsetzt. Es ist unschwer nachzuvollziehen, dass einzelne Komponenten dieser Erwartungshaltung objektiv unvereinbar sind und in der politischen Praxis mithin nicht erfüllt werden können.

Wenn die Messlatte an die Performanz der Politik desungeachtet so hoch gelegt wird, dann sind angesichts der Komplexität des Politischen Enttäuschungen unweigerlich programmiert. Obwohl die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik allgemein und persönlich weithin zuversichtlich eingeschätzt wird, ist gleichwohl gut die Hälfte der Bundesbürger davon überzeugt, dass es in Deutschland „alles in allem eher unge-

recht zugeht“ (ARD-DeutschlandTrend 1/2013, 4/2013). Spiegelbildlich fällt die Diagnose in Sachsen-Anhalt aus: Im Sommer 2014 bewerteten je 47 Prozent der Landesbewohner die Verhältnisse in Deutschland als „gerecht“ bzw. „ungerecht“ (SAM 2014: 70). Das Urteil hängt bundesweit „in starkem Maße vom sozialen Status des Befragten ab: Je besser die Schulbildung und je höher das Einkommen, desto seltener wird über Ungerechtigkeiten geklagt“ (ARD-DeutschlandTrend 1/2013, 4/2013: 17 und 15). Auch diese Beobachtung lässt sich für Sachsen-Anhalt bestätigen.

Das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden hat neben dem systemischen auch einen individuellen Bezugspunkt. Dass sie „persönlich ihren gerechten Anteil“ erhalten, glaubten im Herbst 2014 insgesamt 60 Prozent der Bundesbürger, 32 Prozent verneinten dies (Bevölkerungsumfrage Deutschland 2014). Auch diese Antwortverteilung entspricht ziemlich genau dem im gleichen Jahr in Sachsen-Anhalt erhobenen Meinungsbild.[6] Aus der Perspektive gefühlter Gerechtigkeit gruppiert sich Deutschland – und diesem zugehörig das Bundesland Sachsen-Anhalt - zu einer Zweidrittel-Gesellschaft. Auch das subjektiv wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizit weist den nun schon geläufigen sozialstrukturellen Hintergrund auf: Männer, Befragte mit Haupt- oder Volksschulbildung sowie Arbeitslose und leicht ebenso Erwerbstätige sind überrepräsentiert (Ebenda).[7]

Festzuhalten ist: *Leistungsfähige* Politik und *gerechte* Politik sind in der Wahrnehmung der Bevölkerung zwei Seiten einer Medaille. Werden diese Erwartungen enttäuscht, sind Unzufriedenheit mit der Politik und Entfremdung vom politischen „Betrieb“ zwangsläufige Folgen. Aus einer solchen psychologischen Enttäuschungslage speist sich, wie die oben referierten Befunde der bisherigen Forschung zeigen, auch wesentlich das Motiv, den Wahlen fernzubleiben.

Anzunehmen ist: Für jene die meinen, dass sie „weniger als ihren gerechten Anteil“ bekommen, dass es „hierzulande im Großen und Ganzen nicht gerecht zugeht“, dass die Demokratie *nicht* „alles in allem gut funktioniert“ und dass die Politiker „zuerst an sich selbst denken“, dass sie „ihre Sache nicht ordentlich machen“ und sich nicht „um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen“, fügen sich solche gesammelten negativen Eindrücke zu einem subjektiven Bild defizitärer Performanz der Politik zusammen. Dies ist der Stoff, aus dem sich das Verhaltensmuster des Nichtwählens zusammensetzt. Wir werden im Folgenden anhand dieser (und weiterer) Indikatoren die Motive genauer ausleuchten, welche geeignet sind, Nichtwählen zu erklären.

6 45 Prozent bestätigten einen „persönlich gerechten Anteil“, weitere 16 Prozent bekundeten, „etwas“ bzw. „sehr viel mehr“ als einen gerechten Anteil zu erhalten. Ungerecht bedacht sahen sich demgegenüber 37 Prozent (SAM 2014: 73).

7 Für die Indikatoren Beruf und Bildung ebenso SAM 2014: 73f.

1.5 Politisches Vertrauen: Gradmesser für Nähe oder Distanz zu Politik

Politisches Vertrauen (*Political* Trust) ist, wie wir an anderer Stelle (Holtmann u.a. 2015: 198) ausführen, für das Funktionieren einer Demokratie von hoher Bedeutung. Politisches Vertrauen gründet auf der eingelösten Erwartung, dass die politisch verantwortlich Handelnden sich in Ausübung ihres Amtes angemessen verhalten.[8] „Grundlage dieser Vertrauensbeziehung ist, dass die politischen Führungsgruppen ihre öffentlichen Aufgaben integer, kompetent und unparteiisch erledigen, und zwar auch dann, wenn die Öffentlichkeit sie nicht permanent kontrolliert“ (Ebenda: 199).

Umgekehrt kommt ein eingetretener Vertrauens*verlust* der Politik zum einem einer Einbuße an politischer Handlungsfähigkeit gleich, weil Politiker dann nicht mehr auf einen selbstverständlich gewährten Vertrauens*vorschuss* der Bevölkerung bauen können. Zum anderen schwindet gleichzeitig die Gewissheit, „dass die Bürger und die politische Führung zu einer politischen Gemeinschaft gehören und durch gemeinsame Werte, Normen und Identitäten miteinander verbunden sind“ (Ebenda). Anders gesagt: Aus Sicht der Bürger gibt es dann nurmehr „wenig Grund dafür, die sozialen Normen und Gesetze des Landes einzuhalten“.[9]

Politisches Vertrauen hat im Sektor der Politik zwei Bezugspunkte, nämlich politische *Institutionen* und politische *Akteure*. Wie wir im Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 zeigen konnten, ist das Institutionenvertrauen der Landesbevölkerung seit 2007 für jedes abgefragte Organ kontinuierlich gestiegen (SAM 2014: 46f.). Bundesweit sind im Übrigen im Jahr 2014, was den Grad des Institutionenvertrauens betrifft, kaum noch Unterschiede zwischen Ost und West feststellbar (Holtmann u.a. 2015: 200ff.).

Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 wird gleichfalls dokumentiert, dass das Institutionenvertrauen bei *Nichtwählern* (mit einem Mittelwert von -25) signifikant schwächer ausgeprägt ist (SAM 2014: 49). Um die im Einzugsbereich des Faktors Vertrauen angesiedelten Einstellungen für die Gruppe der Nichtwähler weiter zu erhellen, fragen wir die Befragten in der hier vorliegenden Studie nicht nur nach perzipierten persönlichen Fähigkeiten der Politiker, sondern auch nach der individuellen Akzeptanz sozialer Normen, die, wie Gesetzestreue, Wahlpflicht und Gemeinwohlorientierung, gemeinhin das Bild des „guten Staatsbürgers“ ausmachen.

1.6 Der Trend zur Individualisierung: Selbstentfaltung oder Selbstverlorenheit?

In der politischen Kulturforschung wird als ein kennzeichnendes Merkmal des Wertewandels, der seit den späten 1960er Jahren in den westlichen Industriegesellschaften

8 „political trust […] should rather be seen as the expectation that political actors generally behave in a fair manner” (Zmerli/ Hooghe 2011: 3).

9 „…there is less reason to comply with social norms or with the laws of the country” (Ebenda: 2).

zu beobachten ist, ein Trend zur Individualisierung festgestellt (vgl. Gabriel 2005). Darunter wird gewöhnlich eine Aufwertung des „Selbst“, d.h. eine stärkere Hinwendung zu persönlicher Freiheit, Selbstverwirklichung und Autonomie verstanden. Eine höher ausgeprägte Bereitschaft, sich politisch zu „involvieren“ sowie eine größere Selbstzuschreibung der Fähigkeit, auf Politik Einfluss zu nehmen, lassen sich diesem Autonomieverständnis als politische Attribute zuordnen.

Wohlgemerkt: Ein so verstandener (und gelebter) Individualismus bewirkt nicht automatisch eine vertrauensvolle Zuwendung zur Politik und eine rückhaltlose Zufriedenheit mit der Demokratie oder die selbstverständliche Teilnahme an allgemeinen Wahlen. Der in der neueren politikwissenschaftlichen Literatur herausgearbeitete Typus des „kritischen Demokraten“ (vgl. Norris 1999 und 2011), der zwar die Idee der Demokratie gutheißt, aber häufig mit dem aktuellen Zustand des demokratischen Systems unzufrieden ist, stellt insoweit einen Grenz- oder Sonderfall systemkonformen Verhaltens dar. Je nachdem, wieviel Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Politik ihm abhandenkommt, kann auch der „kritische Demokrat“ mit Wahlverweigerung reagieren (vgl. Zmerli/ Hooghe 2011: 1).

„Individualismus“ hat jedoch auch noch eine andere Seite, die als *Selbstverlorenheit* umschrieben werden kann. Gemeint ist damit ein Zustand, der durch Statusmerkmale wie geringes Eingebundensein und mangelndes Vertrauen in die nähere soziale Umgebung (Nachbarn zumal), seltene oder gänzlich fehlende Beteiligung an politischen Diskussionen im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis sowie Nichtteilnahme am Vereinsleben und Desinteressen an lokalen Angeboten bürgerschaftlicher Mitwirkung gekennzeichnet ist. In diesem Fall ist Individualisierung eine Chiffre für eine – gewollte oder unfreiwillige - gesellschaftliche Isolierung. Wer sich in diesem Zustand befindet, entbehrt jener Erklärungshilfen des sozialen Umfelds, die hilfreich sein können, um undurchschaubare Problemlagen zu entschlüsseln und Herausforderungen von auftretender Unsicherheit zu bestehen. Wir werden im empirischen Teil unserer Studie prüfen, ob zwischen einzelnen Indikatoren, die für Selbstverlorenheit sprechen, und der Neigung zum Nichtwählen ein Zusammenhang besteht.

1.7 Günstige lokale Umfelder: ein Treiber für die Wahlbeteiligung?

Es erscheint ferner sinnvoll, die oben skizzierte Zielrichtung der Untersuchung zusätzlich umzukehren: Nicht die Beschreibung des Status der Selbstverlorenheit und seiner Merkmale steht dann im Blickpunkt der Betrachtung, sondern die Frage, inwieweit ein wirtschaftlich, kommunal und gemeinschaftlich günstiges bzw. als solcherart günstig wahrgenommenes lokales Umfeld die Engagementbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern stärkt und sich speziell auf die Wahlabsicht positiv auswirkt.

Wir sind diesen Fragen in einem anderen laufenden Forschungsprojekt bereits allgemein nachgegangen.[10] Den bisher vorgenommenen Auswertungen der Daten zufolge, kristallisieren sich folgende Erkenntnisse heraus, die auch für die Frage nach den Gründen für Wählen/Nichtwählen Fingerzeige geben können:

- Persönliche Ortsverbundenheit fördert Engagement.
- Das Gefühl kollektiver Wirksamkeit, also die Einschätzung, gemeinsam mit anderen – etwa durch lokale Vereine – etwas bewegen zu können, fördert Engagement.
- Eine durch Familie und Freunde erfahrene Unterstützung scheint hingegen weniger oder sogar eine negative Rolle für Engagement zu spielen.
- Für die Bereitschaft, ein Engagement fortzusetzen, sind positive Erfahrungen mit bisherigem Engagement sehr wichtig.

Einige Fragen, die auf den Grad der Verbundenheit in der Gemeinde, auf den sozialen Zusammenhalt dort, auf die wahrgenommene Lebensqualität vor Ort sowie die Einbettung in die Beziehungen mit Familie und Freunden abzielen, haben wir in die hier vorliegende Studie übernommen um auszuloten, inwieweit die Bewertung der Bedingungen, die in der näheren Lebenswelt herrschen, mit größerer Bereitschaft zur Beteiligung an Wahlen oder mit erhöhter Wahlabstinenz einhergehen.

10 Das im ZSH angesiedelte, aus Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt finanzierte Projekt unter der Bezeichnung „Transferzentrum Demokratie – Lokale Umwelt, individuelle Entwicklungsguthaben und örtliche Potentiale ziviler Partizipation“ hat im Sommer 2013 in 60 ausgewählten Gemeinden des Landes auf der Basis einer mehrstufigen Zufallsauswahl eine Bevölkerungsumfrage durchgeführt, an welcher sich rd. 3300 Personen beteiligten (Abschlussbericht in Arbeit).

2 Methodische Anlage der Untersuchung

2.1 Grundgesamtheit und Stichprobe

Da das zentrale Erkenntnisinteresse der Untersuchung dahin zielt, ein möglichst aussagekräftiges politisches „Psychogramm“ von Nichtwählern zu erhalten, andererseits aber in normalen repräsentativen Umfragen genau dieser Bevölkerungsteil aufgrund bekannter Verzerrungseffekte (soziale Erwünschtheit, Overreporting) regelmäßig unterrepräsentiert ist, wurde die Stichprobe dreistufig angelegt, um einen möglichst hohen Anteil von Befragten zu erreichen, die beabsichtigen, an der bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016 nicht teilzunehmen.

Die Gesamtstichprobe teilt sich in drei unterschiedliche Teilstichproben auf:

Die erste Teilstichprobe besteht aus 568 Befragten, die repräsentativ für Sachsen-Anhalt sind. In dieser Teilstichprobe macht der Anteil der Befragten mit Wahlteilnahmeabsicht 80,4 Prozent aus und wird damit erwartungsgemäß deutlich überschätzt.

Für die zweite Teilstichprobe, die 500 Fälle umfasst, gab es für die Auswahl der Befragten eine Quotenvorgabe, die sich an der Wahlbeteiligung der letzten Landtagswahl von 2011 orientiert. Seinerzeit hatten 51,2 Prozent der Bürger gültige Stimmen abgegeben. Dementsprechend setzt sich diese Teilstichprobe jeweils hälftig aus Personen mit und ohne Wahlbeteiligungsabsicht zusammen.

Für die dritte Teilstichprobe wurden weitere 400 Personen nach dem Maßstab extremer lokaler Ausschläge vom Landesdurchschnitt der Wahlbeteiligung ausgewählt, und zwar je hundert Befragte aus Gemeinden mit überdurchschnittlicher (Barleben 62,1% und Landsberg 56,1%) und unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung (Halberstadt 40,6% und Bitterfeld 38,4%).

Insgesamt wurden 1590 Interviews durchgeführt. Diese teilen sich auf 1043 Personen mit Wahlabsicht und 426 Nichtwähler auf (ohne Gewichtung, fehlende Fälle „keine Angabe“).

2.2 Erhebungsverfahren

Die Befragung erfolgte telefonisch und computergestützt anhand eines standardisierten Fragebogens, der insgesamt 68 (Teil)Fragen enthielt. Der Erhebungszeitraum dauerte vom 29. Mai bis zum 28. Juli 2015. Vor dem Start der Haupterhebungsphase wurde ein Pretest mit 100 Personen durchgeführt. Die durchschnittliche Interviewlänge betrug 17 Minuten.

2.3 Auswahlverfahren, Quotierung und Repräsentativität

Da es sich im Laufe der Feldphase als schwierig erwies, die angestrebten anteiligen Quoten von 875 Wählern und 525 Nichtwählern zu realisieren, wurde nach dem 26. Juni eine zusätzliche Filterführung in den Fragebogen aufgenommen, die es gestattete, gezielt Nichtwähler zu interviewen.

Um repräsentative Stichproben zu erhalten, wurden mehrere Gewichtungen vorgenommen, welche die Verteilungen nach Geschlecht, Alter, Bildung und wahlweise nach Ort (um die Überrepräsentation der vier zusätzlich einbezogenen Gemeinden auszugleichen) in der Grundgesamtheit für Sachsen-Anhalt berücksichtigen.

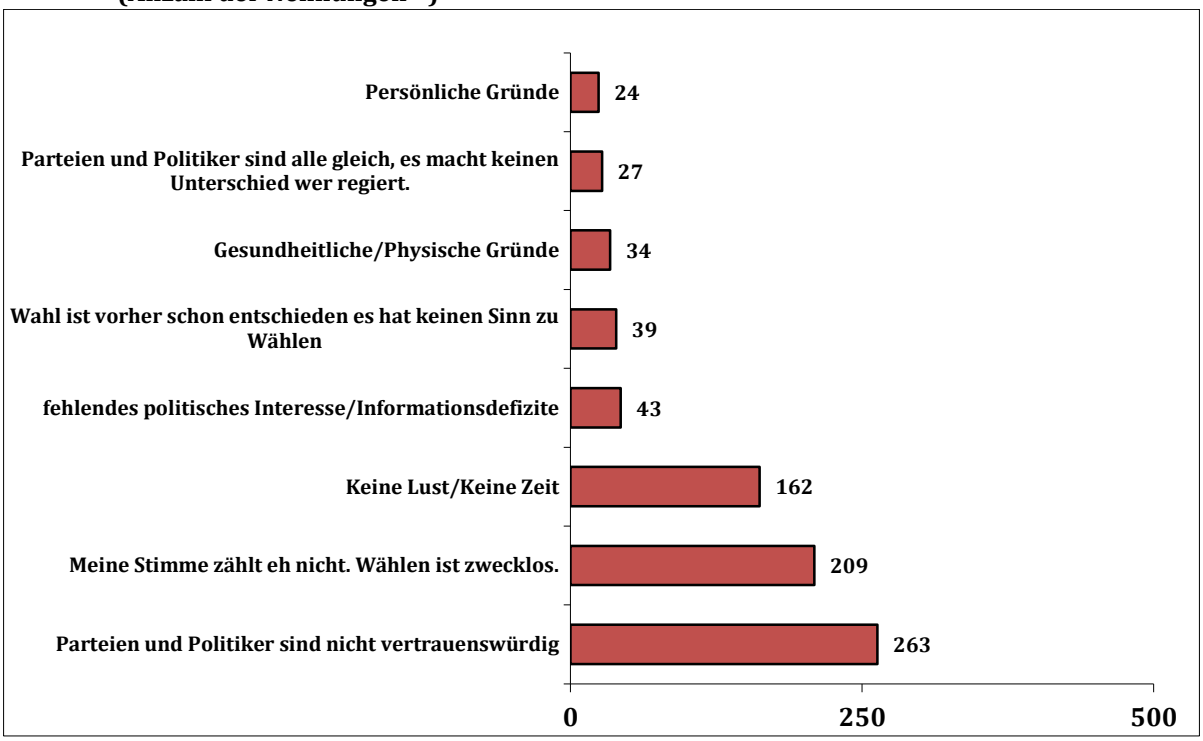
3 Landespolitiker, Landespolitik und Landtagswahl im Spiegel der Bürger

3.1 Beweggründe für Wahlenthaltung: mangelndes Vertrauen in Politik und geringe persönliche Bedeutung der Wahl

Wir haben im Rahmen der Studie die Beweggründe für Wahlenthaltung für die kommende sowie die vergangene Landtagswahl zunächst getrennt abgefragt. Die ersten kategorisierenden Analysen machten allerdings schnell deutlich, dass die Befragten selbst diese Unterscheidung nicht vornehmen. Deshalb werden die individuellen Motive für Nichtwahl im Folgenden insgesamt betrachtet und dargestellt.

Es war nicht immer möglich die Motive für Nichtwahl klar einer Kategorie zuzuordnen (vgl. Abb. 3). Beweggründe, die den Bereich Politikverdrossenheit und Politikkritik betreffen und im weiten Sinne ebenfalls Eastons Vertrauensdimension zugeordnet werden können, sind hier getrennt aufgeführt.

Abb. 3 Gründe für Wahlenthaltung: kommende und vergangene Landtagswahl (Anzahl der Nennungen[11])



Frage 3 & 18: Sie sind sich unsicher, ob Sie bei der kommenden Landtagswahl Ihre Stimme abgeben wollen. Was sind die Gründe dafür? Bzw. Sie wollen bei der kommenden Landtagswahl Ihre Stimme nicht abgeben. Was sind die Gründe dafür? Sie sind bei der letzten Landtagswahl nicht wählen gegangen. Was waren denn die Gründe dafür?

11 Die Antworten auf die offene Frage wurden kategorisiert und zu übergeordneten Gründen der Wahlenthaltung zugeordnet wie z. B. einem fehlenden Vertrauen in die Landespolitik und deren Akteure.

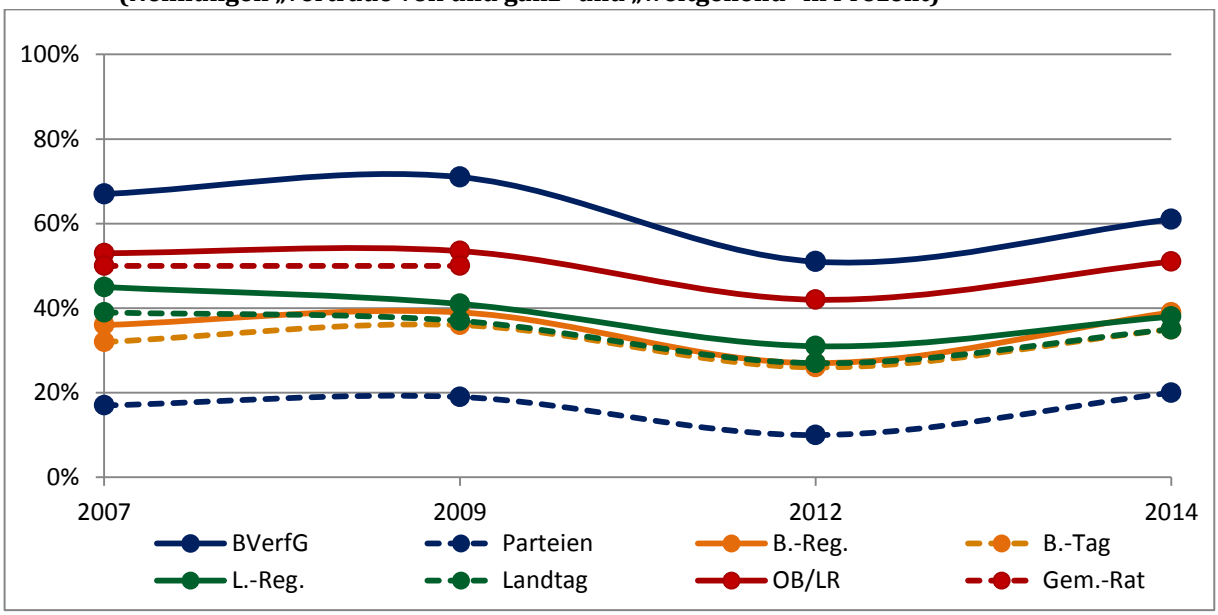
Das fehlende Vertrauen in Parteien und Politiker ist der am häufigsten genannte Beweggrund für Wahlenthaltung (vgl. Abb. 3). Auch die resignative Grundstimmung, dass die eigene Stimme nicht zähle und Wählen daher „zwecklos“ sei, ist unter Nichtwählern häufig verbreitet. Erklärte Gleichgültigkeit („keine Lust“) und vorgebrachte Unabkömmlichkeit („keine Zeit“) stellen ein drittes häufig angegebenes Motivbündel dar. Die weiteren in Abbildung 3 dargestellten Beweggründe, sich der Wahl zu enthalten, werden sämtlich weit weniger oft genannt.

Als (sonstige) Gründe für Nichtwahl werden explizit bekundet:

- war noch nicht/nie wählen
- Politik(-er)verdrossenheit
    - Kritik Sozialpolitik
    - Unzufriedenheit
    - Schlechte Wirtschaftspolitik
    - Fehlende Förderung von Jugendarbeit
    - Kritik am politisches System
    - Unfähige Kandidaten fehlendes zutrauen
    - Ungerechte Behandlung / Rente
- Fehlendes politisches Interesse
    - noch zu wenig informiert/ nicht mitbekommen
    - Unsicherheit Uninformiertheit
- Noch viel Zeit bis dahin, es kann sich noch viel ändern
- Die Parteien finden keine Richtung. Es geht nur um Geld.
- Es wird sich eh nichts ändern
- Zeichen setzen durch Nichtwahl
- Religion (Bspw. Zeugen Jehovas)

Die folgende Abbildung 4 stellt das Institutionenvertrauen dar, wie es sich seit 2007, dem Jahr des Erscheinens des ersten Sachsen-Anhalt-Monitors, in der Bevölkerung des Landes entwickelt hat.

Abb. 4 Vertrauen in verschiedene politische Ebenen und Akteure von 2007 bis 2014 (Nennungen „vertraue voll und ganz“ und „weitgehend“ in Prozent)



Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor, 2007 bis 2014

Ersichtlich ist, dass sich die Rangfolge der Institutionen hinsichtlich des ihnen gegenüber bekundeten Vertrauens der Befragten in einem Zeitraum von sieben Jahren kaum verändert hat. Das Vertrauen unterliegt bezüglich aller institutionenbezogenen Ausprägungen Schwankungen, wobei es 2012 einen Vertrauenseinbruch gab, der sich bis 2014 jedoch wieder ausglich. Am meisten vertrauen die Befragten dem Bundesverfassungsgericht und am wenigsten den Parteien. Dieser Vertrauensbonus für „neutrale“ bzw. überparteiliche Verfassungsorgane und ebenso der entsprechende Vertrauensmalus für Institutionen, die mit Interessen(konflikten) verbunden werden, kehrt in Bevölkerungsumfragen regelmäßig wieder. Das Vertrauen der Sachsen-Anhalter in den Bundestag, die Bundesregierung, den Landtag sowie die Landesregierung näherte sich im Zeitverlauf immer weiter an und liegt im Jahr 2014 bei ca. 35-40 Prozent. Der kommunalen Ebene (Oberbürgermeister, Landrat, Gemeinderat) hingegen wird mit etwa 50 Prozent der Befragten mehr vertraut als der Landes- und Bundesebene.

Es gibt keine politische Institution neben den politischen Parteien, der noch weniger vertraut wird. Das Spektrum der landläufigen Verdächtigungen reicht von Selbstbegünstigung und Inkompetenz bis hin zu Abgehobenheit, also fehlender Rückkopplung an die Bürger. Die empfundene fehlende Rückkopplung wird in der Literatur als Responsivitätslücke bezeichnet. Diese Mängelrüge ist, sofern sich die Bevölkerung diese zu eigen macht, insofern problematisch, als in einer repräsentativen Demokratie eine als hinreichend empfundene Verbindung von Wähler und Regierung eine notwendige Bedingung für die Generierung von Vertrauen darstellt.

Nichtwähler vertrauen Politikern deutlich weniger als Wähler, worin sich ein wesentlicher Grund für Nichtwählen ausdrückt. Mit zunehmender Häufigkeit der Wahlteilnahme steigt auch das Vertrauen in die Politiker. Befragte mit einer Präferenz für das repräsentative Demokratiemodell vertrauen den Politikern eher als Befragte, die

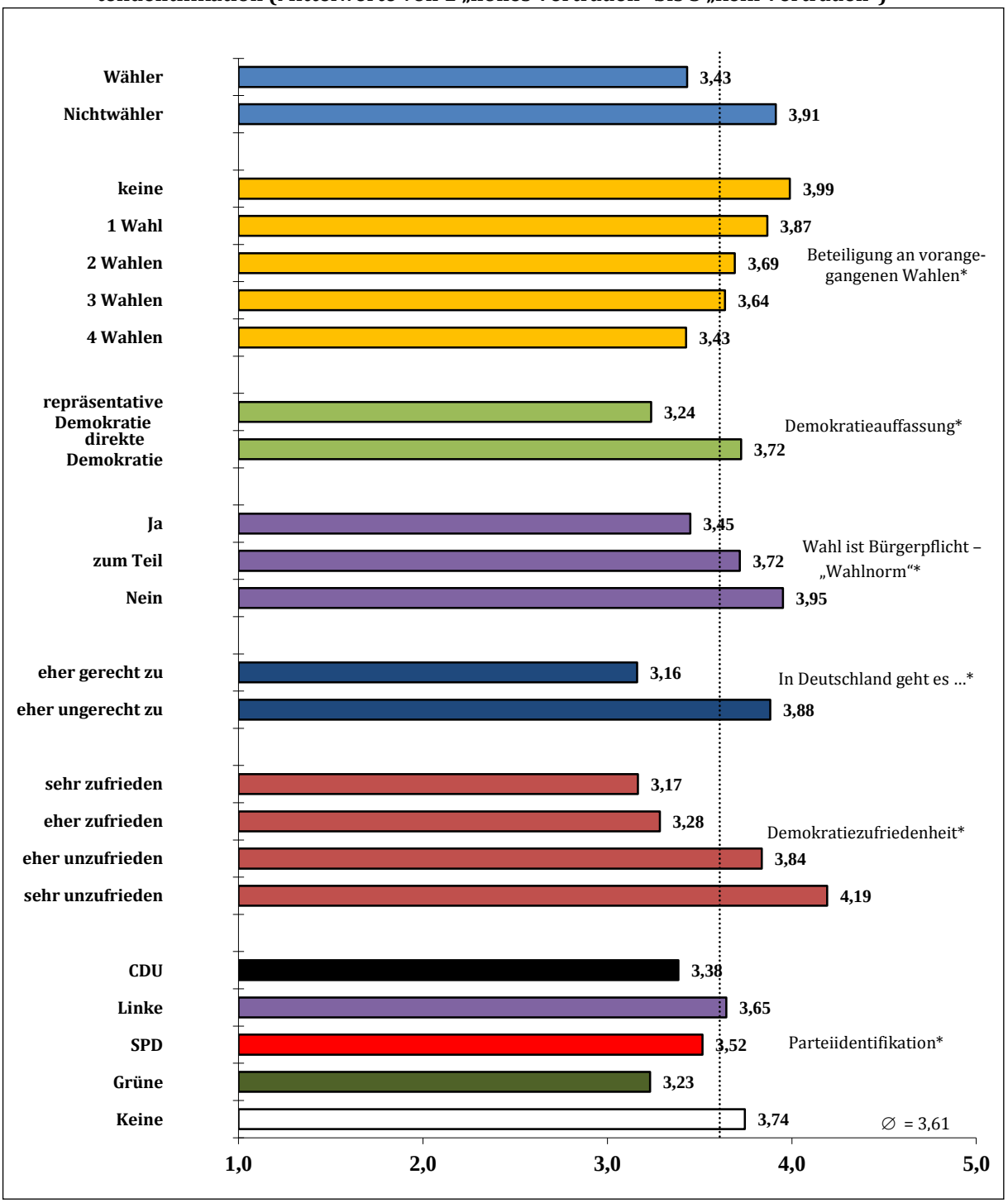
der direktiven Demokratie anhängen. Auch hat größeres Vertrauen in die Politiker, wer den Gang zur Wahlurne als eine Bürgerpflicht ansieht.

Nicht unbedingt zu erwarten war, dass Befragte mit geringem politischem Interesse Politikern deutlich mehr vertrauen als politisch Interessierte (hier nicht abgebildet). Das mag daran liegen, dass diejenigen, die sich mit Politik näher befassen, zu dieser auch ein stärker kritisches Verhältnis ausbilden – was für eine lebendige Demokratie prinzipiell kein Nachteil ist. In gewisser Weise widerspricht dieses Ergebnis jedoch den Annahmen zur politischen Involvierung, denen zufolge Bürger, die über höhere politische Kompetenz verfügen und größeres politisches Interessezeigen, stärker in politische Institutionen vertrauen als Andere.

Generell und deutlich sinkt das Vertrauen auch mit geringer werdender Demokratiezufriedenheit. Die Mittelwertdifferenz zwischen den sehr Zufriedenen und den sehr Unzufriedenen beträgt hier 1,02 Punkte.

Auch die Parteiidentifikation (PI) übt einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen gegenüber Politikern aus. Während vor allem Anhänger der Bündnisgrünen (3,23 Punkte), aber auch der CDU (3,38 Punkte) und der SPD (3,52 Punkte) Politikern noch überdurchschnittlich vertrauen, fällt das Vertrauen bei Parteigängern der Linken (3,65 Punkte) etwas geringer aus als der Landesdurchschnitt. Hierfür könnte die von der Linken seit langem eingenommene Position als Oppositionspartei und die damit einhergehende politisch kritischere Grundeinstellung gegenüber dem wesentlich von der Regierungspolitik geprägten politischen Sektor eine Erklärung sein. Nicht überraschend ist, dass Befragte, die keiner Partei zuneigen, mit 3,74 Punkten das geringste Maß an Vertrauen in Politiker setzen.

Abb. 5 Vertrauen in Politiker[12] nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Demokratieauffassung, Wahlnorm, Gerechtigkeitsempfinden, Demokratiezufriedenheit, Parteiidentifikation (Mittelwerte von 1 „hohes Vertrauen“ bis 5 „kein Vertrauen“)

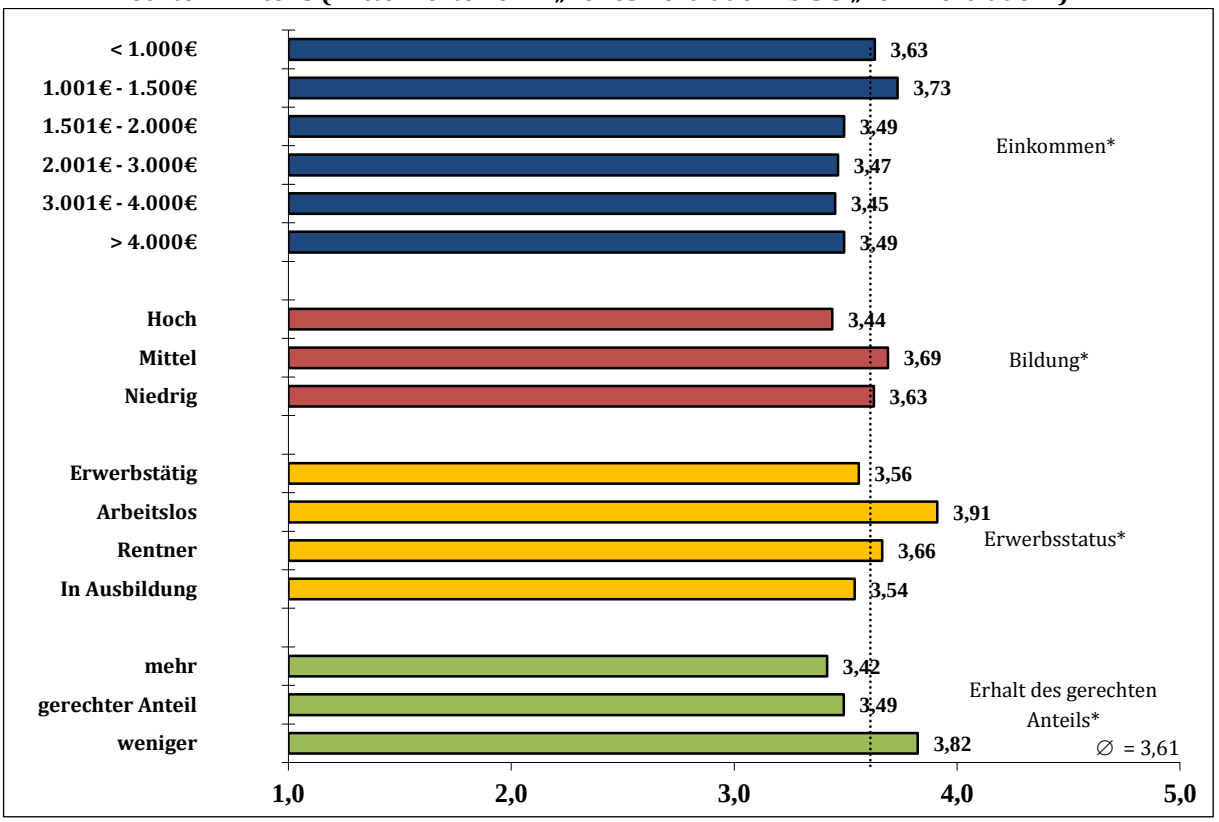


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

12 Der Index „Politikervertrauen“ (external efficacy) oder auch politische Responsivität setzt sich aus der Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgenden Fragepunkten zusammen: Frage 6e & f: Die Politiker machen ihre Sache ordentlich. Da muss ich mich nicht auch noch einschalten. Ich habe grundsätzlich Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker, Probleme zu lösen. Frage 19a, c & e. Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht (gedreht). Politiker kümmert, was einfache Leute denken. Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

Im Vergleich zu den politischen Einstellungen, stellen sozioökonomische Merkmale einen vergleichsweise geringen Einflussfaktor für den Aufbau von Vertrauen dar (vgl. Abb. 6).

Abb. 6 Vertrauen in Politiker nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten" Anteils (Mittelwerte von 1 „hohes Vertrauen" bis 5 „kein Vertrauen")



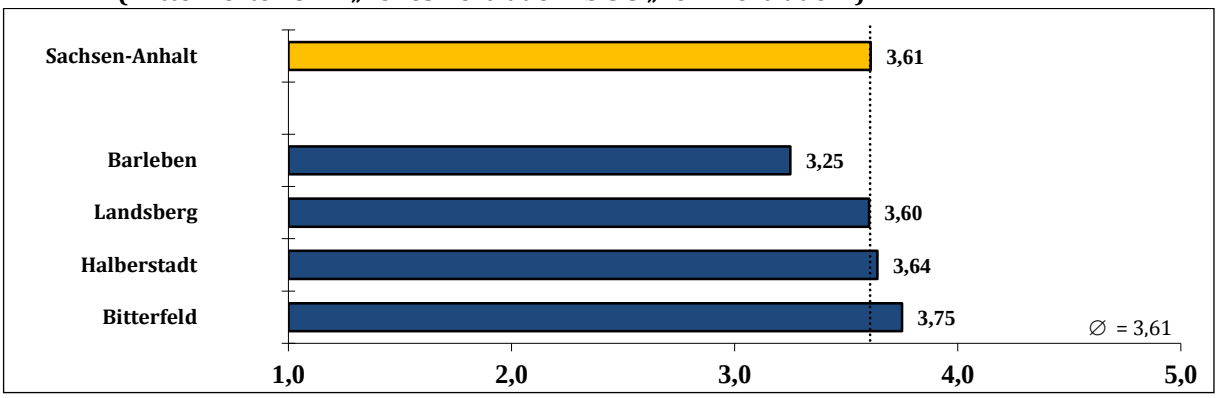
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Gleichwohl geben die Daten Hinweise auf einen Zusammenhang von fehlender Vertrauensbildung und geringem Einkommen, niedrigem Bildungsgrad und auch sozialer Deprivation. Letzteres heißt, dass diejenigen, die sich in der Gesellschaft zu kurz gekommen oder benachteiligt fühlen, auch weniger Vertrauen in die politischen Akteure haben. Das gilt erkennbar ebenso für Arbeitslose oder auch diejenigen, die angeben, im Vergleich mit Anderen weniger zu bekommen als ihnen zusteht. Im Gegenzug steigt das Vertrauen in Politiker mit höherem Einkommen *nicht* linear an. Auch Angehörige der einkommensstärkeren gesellschaftlichen Mitte liegen, was die Größenordnung des Politikern entgegengebrachten Vertrauens betrifft, nur leicht über dem Durchschnitt der Landesbevölkerung.

Nimmt man zusätzlich zur Betrachtung des gesamten Landes die vier Gemeinden mit der jeweils höchsten und niedrigsten Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen in den Blick, so erhärtet sich die Vermutung, dass zwischen Vertrauen in Politik(er) und der Bereitschaft zu wählen ein Zusammenhang besteht: Die Gemeinde Barleben, die 2011 die höchste Wahlbeteiligung aufwies, zeigt einen vergleichsweise guten Vertrauenswert an (Abb. 7). Hingegen fällt das aggregierte Vertrauensniveau in Bitter-

feld, der Gemeinde mit der seinerzeit geringsten Wahlbeteiligung, überdurchschnittlich niedrig aus.

Abb. 7 Vertrauen in Politiker nach Gemeinde (Mittelwerte von 1 „hohes Vertrauen“ bis 5 „kein Vertrauen“)



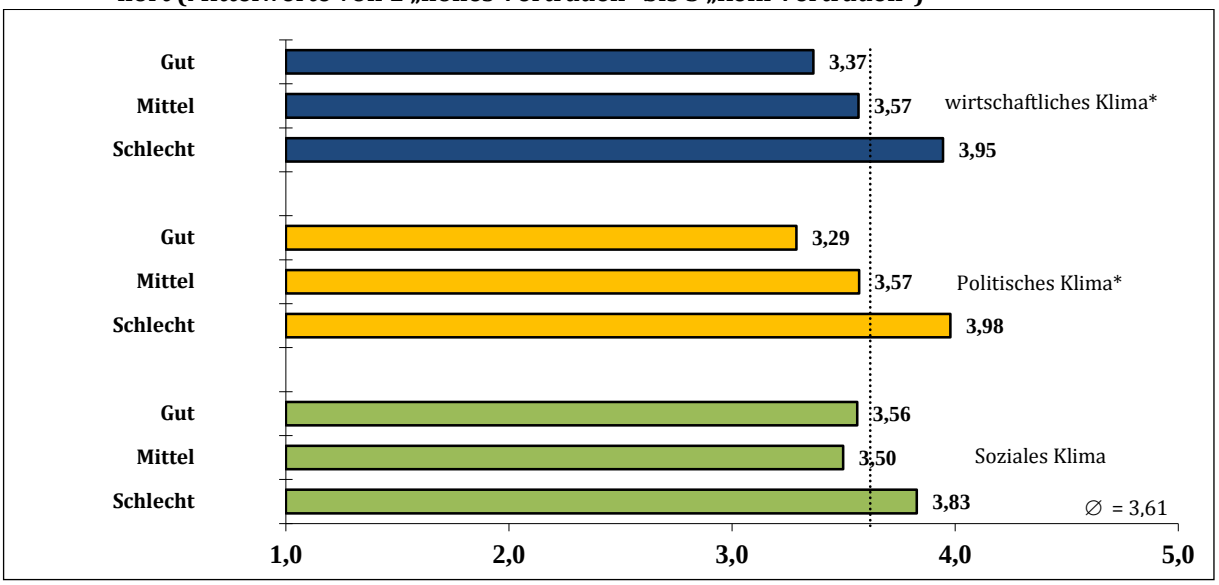
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Betrachten wir das Vertrauen in Politiker nach dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Klima[13], das am Wohnort herrscht (vgl. Abb. 8), so zeichnet sich für diese drei Umfeldgrößen ein ähnlicher Effekt ab. Je besser das wirtschaftliche, das politische oder das soziale Klima am Wohnort bewertet werden, desto mehr Vertrauen wird den Politikern entgegengebracht. Am auffälligsten zeichnet sich dieser Zusammenhang bei der Bewertung des politischen Klimas ab. Das ist insofern nicht verwunderlich, als Politiker in ihrem angestammten örtlichen Wirkungskreis folgerichtig als klimabildend wahrgenommen werden. Ähnlich fällt das Meinungsbild bei der Einschätzung des wirtschaftlichen Klimas aus: Auch hier ist politisches Vertrauen an die vor Ort wahrgenommene wirtschaftliche Situation gekoppelt. Dies lässt darauf schließen, dass eine (Mit)Verantwortung der Politik für regionale bzw. kommunale Wirtschaftsförderung sowie deren Erfolge oder Fehlschläge in das Bild von Politik durchaus mit einbezogen werden.

Vergleichsweise schwach wirkt sich das empfundene soziale Klima, das im näheren Lebensumfeld herrscht, auf den Grad des politischen Vertrauens aus. Das engere gesellschaftliche Umfeld wird, nachvollziehbar, von allen drei situativen Faktoren am wenigsten mit dem Handlungsfeld des Politischen in Beziehung gesetzt.

13 Der Index den Lebensbedingungen setzt sich aus der Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgenden Fragepunkten zusammen: „wirtschaftliches Klima“, Frage 4a, f, g & h: In meinem Wohnort ist es leicht, einen Arbeitsplatz zu finden. In meinem Wohnort gibt es ein vielfältiges Freizeitangebot. Unserem Wohnort geht es wirtschaftlich gut. In meinem Wohnort gibt es viele Einkaufsmöglichkeiten. „politisches Klima“, Frage 4b, c &e In meinem Wohnort gibt es ein lebendiges Vereinsleben. Meine Stadt/ meine Gemeinde, beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen. Meine Stadt/ meine Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um. „Soziales Klima“ Frage 5 a-e: F5a: Die Leute hier kommen gut miteinander aus. Die Menschen hier helfen sich gegenseitig. Man kann den Menschen hier vertrauen. Ich kenne die meisten Leute in meiner Nachbarschaft. Wenn es darauf ankommt, halten die Menschen hier zusammen.

Abb. 8 Vertrauen in Politiker nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort (Mittelwerte von 1 „hohes Vertrauen“ bis 5 „kein Vertrauen“)

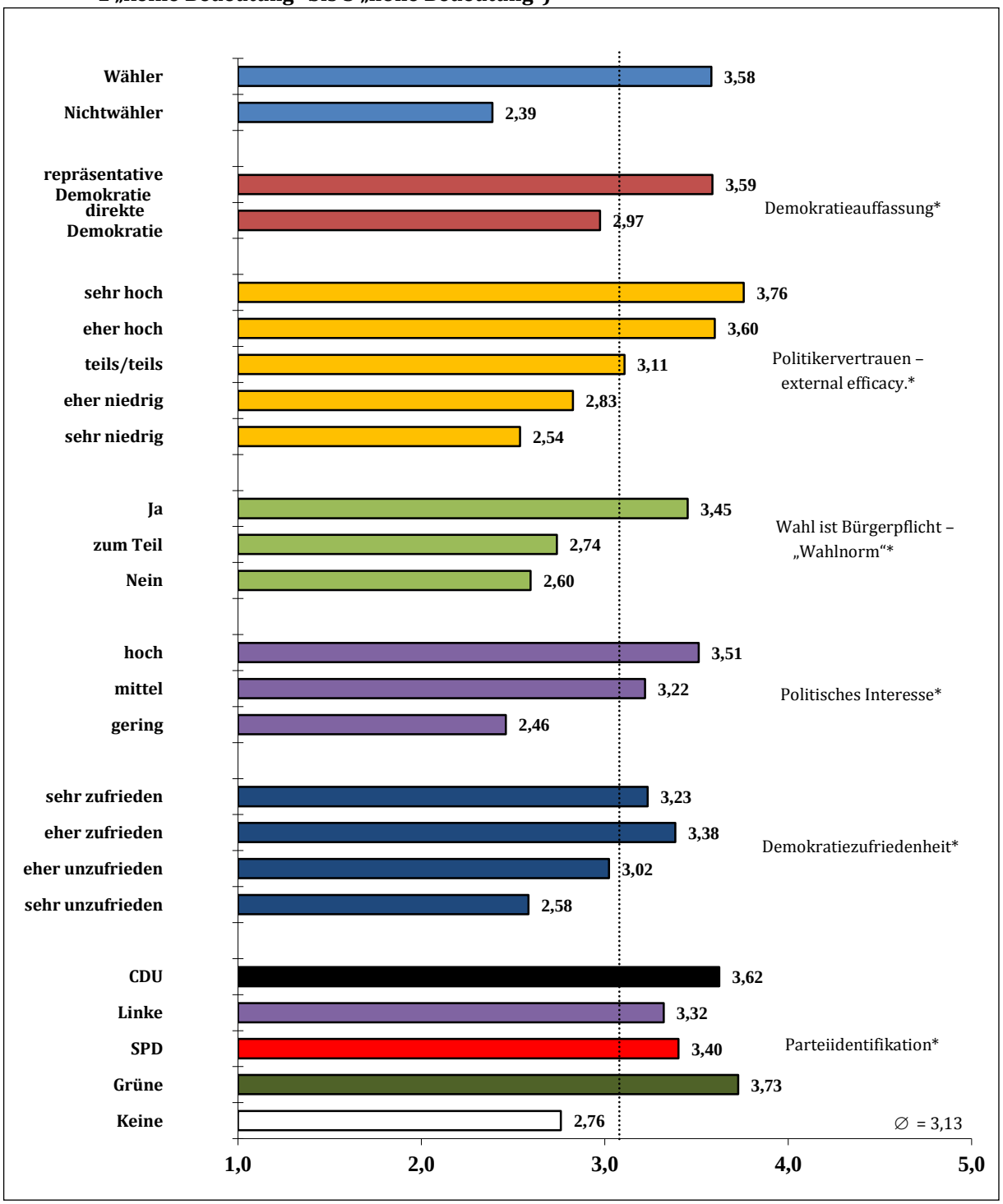


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die individuelle Bedeutung der Landtagswahl für die Bürger des Landes ist eng verknüpft mit der Partizipationsentscheidung für die anstehende Wahl 2016. Wer beabsichtigt, zur Wahl zu gehen, hält die Landtagswahl für bedeutsamer als erklärte Nichtwähler (Abb. 9). Dieses voneinander abweichende Meinungsbild spiegelt sich auch in der Demokratievorstellung wider: Diejenigen, welche das repräsentative Modell bevorzugen, halten auch in überdurchschnittlichem Maße die Landtagswahl für bedeutsam. Wer hingegen für die direkte Demokratie optiert, schätzt die Bedeutung der Wahl geringer ein. Allerdings liegt der Mittelwert für letztere Teilgruppe nur leicht unter dem Durchschnitt des gesamten Elektorats, was sich dadurch erklärt, dass hier Nichtwähler *und* Wähler mit direktdemokratischen Vorlieben gleichermaßen erfasst werden.

Ebenso besteht zwischen dem Vertrauen, das in Politiker gesetzt wird, und der subjektiven Wichtigkeit der Landtagswahl ein signifikanter Zusammenhang. Eine geringe Vertrauensrate färbt negativ auf die der Wahl beigemessene Bedeutung ab. Der gleiche evaluative Effekt geht von der Wahlnorm aus: Wer verinnerlicht hat, dass Wählen eine Bürgerpflicht ist, misst auch der Landtagswahl überdurchschnittlich große Bedeutung bei. Dieselbe Wirkung geht auch von hohem bzw. geringem politischen Interesse aus. Im Grundmuster kehrt dieses Bedeutungsgefälle in der Einschätzung der Landtagswahl ebenso in Verbindung mit der Demokratiezufriedenheit wieder, allerdings mit einer aufschlussreichen Ausnahme: Es sind *nicht* die mit der Demokratie sehr Zufriedenen, für welche die Landtagswahl die höchste Priorität hat. Dies ist erklärungsbedürftig: Man darf vermuten, dass für diese Befragten die Parlamentswahl lediglich *ein* - wenngleich nicht unwichtiges – Element in dem Gesamtbild einer als leistungsfähig anerkannten Demokratie darstellt.

Abb. 9 Bedeutung der Landtagswahl[14] nach Wahlabsicht, Demokratieauffassung, Politikervertrauen, Wahlnorm, Politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit, PI (Mittelwerte von 1 „keine Bedeutung“ bis 5 „hohe Bedeutung“)



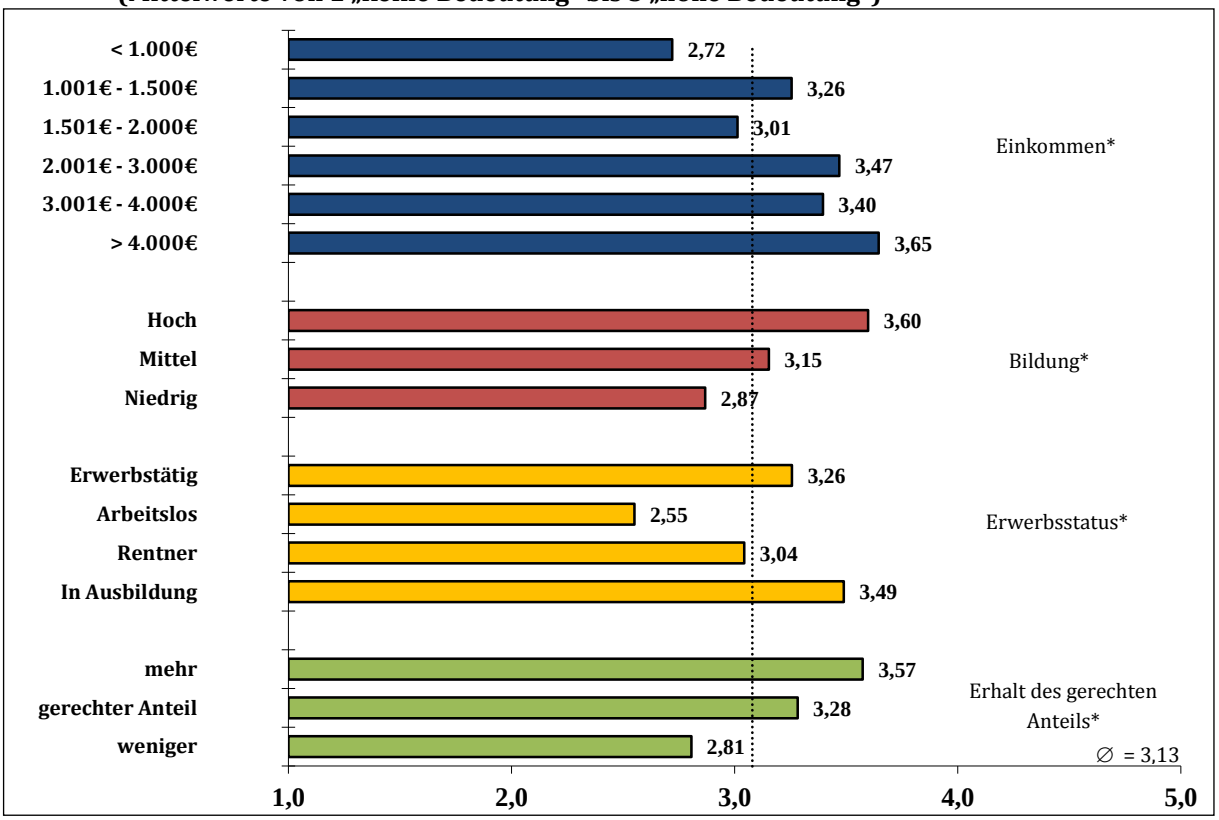
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

14 Der Index „Bedeutung der Landtagswahl“ setzt sich aus aus der Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgenden Fragepunkten zusammen: Frage 6a, Im Grunde ist es mir egal, wie die Landtagswahl (im nächsten Frühjahr?) ausgeht. 6b: Die Landespolitik in Sachsen-Anhalt hat keinen Einfluss auf mein Leben. 6c: Die Parteien in Sachsen-Anhalt unterscheiden sich so wenig voneinander, das es eigentlich egal ist, ob ich wählen gehe oder nicht. 6d: Der Ausgang der Landtagswahl steht im Grunde schon fest. 6g:Im Gegensatz zur Bundestagswahl hat die Landtagswahl für mich eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

Dass, schließlich, eine vorhandene Parteiidentifikation den subjektiven Stellenwert der Landtagswahl steigert und umgekehrt eine fehlende längerfristige Bindung an eine politische Partei die Wahl weniger wichtig erscheinen lässt, ist schlüssig. Denn wer sich mit einer Partei identifiziert, sieht in dieser folgerichtig auch einen wichtigen Mitspieler auf der parlamentarischen Bühne.

Wiederum zeigt sich, dass die sozioökonomischen Faktoren im Vergleich zu den politischen Einstellungen einen geringeren Einfluss ausüben (Abb. 10).

Abb. 10 Bedeutung der Landtagswahl nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten" Anteils (Mittelwerte von 1 „keine Bedeutung" bis 5 „hohe Bedeutung")



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

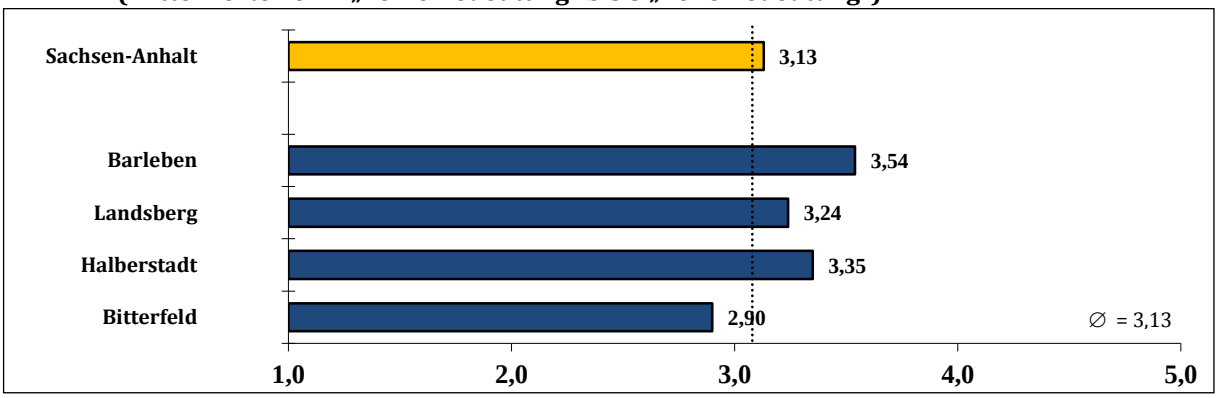
Deutlich ist immerhin: Besserverdienende, Höhergebildete und Erwerbstätige messen der Landtagswahl vergleichsweise größere Bedeutung zu. Ebenso zeigen sich auch bei dem sozialen Profilvergleich Effekte von sozialer Deprivation: Diejenigen, die sich in der Gesellschaft benachteiligt fühlen, messen der Landtagswahl deutlich geringere Bedeutung bei.

Aufschlussreich ist, dass die Landtagswahl sich für in Ausbildung befindliche Befragte durchaus als bedeutsam darstellt. Hier handelt es sich ganz überwiegend um die Altersgruppe der Jung- und Erstwähler. Dieser Befund relativiert zumindest die These

einer weitgehend unpolitischen oder teilnahmslosen politischen Kultur der jüngeren Generation[15].

Wechselt man die Untersuchungsebene und geht vom Land auf die Gemeinden, so sticht erneut die Differenz zwischen Barleben als einem Ort mit hoher und Bitterfeld mit niedriger Wahlbeteiligung (LTW '11) hervor (Abb. 11): Die der Wahl subjektiv zugemessene Bedeutung reguliert offenbar lokale Schwankungen beim Gang zu den Wahlurnen.

Abb. 11 Bedeutung der Landtagswahl nach Gemeinde (Mittelwerte von 1 „keine Bedeutung" bis 5 „hohe Bedeutung")

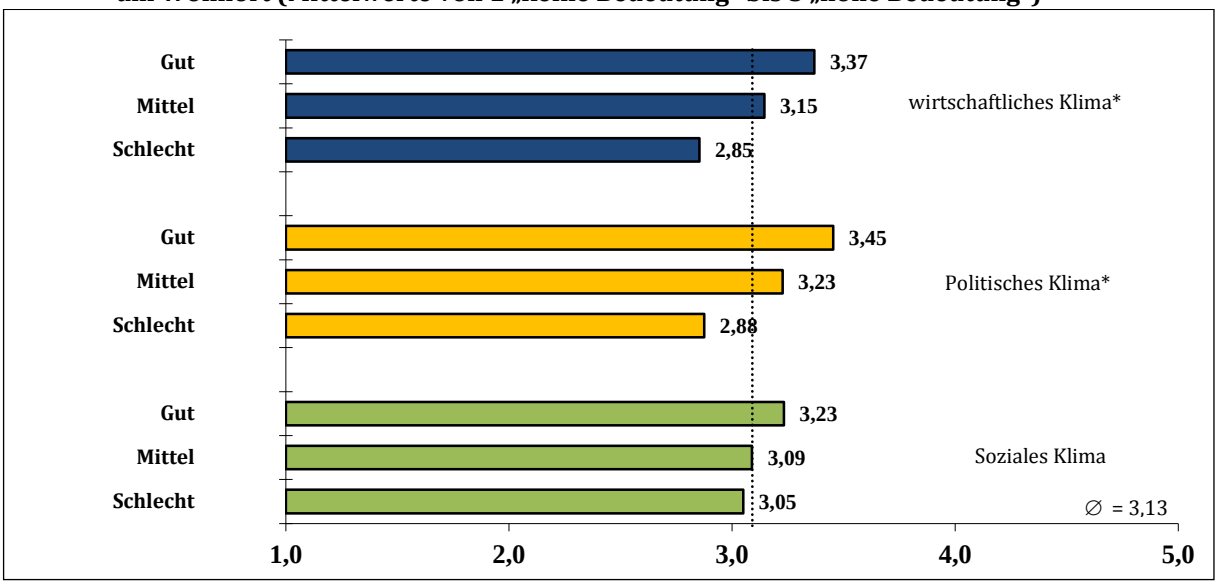


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Ein als gut empfundenes wirtschaftliches, politisches und soziales Klima am Wohnort lässt die individuelle Bedeutung der Landtagswahl steigen (Abb. 12). Am deutlichsten wirkt sich ein gefühlter „Klimaunterschied" bei der politischen Dimension aus, mit einer gut/schlecht- Differenz von 0,57 Punkten, gefolgt von der wirtschaftlichen Lagebeurteilung (0,52). Der soziale Zusammenhalt erweist sich auch hier als weniger erklärungskräftig.

15 Spiegel-Online – Unispiegel, 28.10.2014: Campus-Studie: Wanka sorgt sich um politisches Desinteresse von Studenten. http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wanka-findet-studenten-zu-unpolitisch-a-999749.html, abgerufen am 08.09.2015

Abb. 12 Bedeutung der Landtagswahl nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort (Mittelwerte von 1 „keine Bedeutung“ bis 5 „hohe Bedeutung“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

4 Beteiligung an Wahlen und die Sicht auf Demokratie

Bei der Analyse der Beweggründe für Wahlenthaltung spielt das Ausmaß der Identifikation mit dem politischen System eine wichtige Rolle. Die Signatur als parlamentarische Demokratie ist das kennzeichnende Merkmal unserer politischen Ordnung auf Bundes- und Landesebene. Wir gehen von der Annahme aus, dass Bürgerinnen und Bürger, welche sich nicht mit der Demokratie im Allgemeinen und ihrer spezifisch deutschen Ausprägung identifizieren können, auch weniger bereit sind, an allgemeinen Wahlen teilzunehmen. Hier einzuordnen ist auch kommunizierte Unzufriedenheit mit der Verfassungswirklichkeit im Land (vgl. Westle 1979: 170ff.).

Um die verschiedenen Objekteben von demokratischer Identität und Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie (Niedermayer 2009: 383) abbilden zu können, haben wir ein von Dieter Fuchs entwickeltes Modell herangezogen, bei dem 3 Ebenen unterschieden werden (Fuchs 1997, S.83ff):

1. die Werteebene,
2. die Strukturebene, und
3. die Performanzebene.

Die Werteebene bezieht sich ganz allgemein auf die Grundeinstellung zur Idee der Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsideen. Wie diese Grundhaltung in Sachsen-Anhalt ausgeformt ist, wird in der folgenden Tabelle erkennbar (Tab. 1):

Tab. 1 Demokratie als Staatsidee – Werteebene (Nennungen in Prozent)

Sind Sie ...?	Sachsen-Anhalt (∅)	Untersuchte Gruppen				
		Nichtwähler	Arbeitslose	polit. rechte Orientierung	HH-Einkomm. < 1000€	Hauptschul-abschluss
entschieden für Demokratie	52	47	24	45	37	47
eher für Demokratie	39	37	35	39	37	34
eher gegen Demokratie	8	13	33	7	26	15
entschieden gegen Demokratie	2	4	8	9	0	4

Fragewortlaut: Zunächst geht es nicht um die Bewertung von tatsächlich bestehenden Demokratien, sondern um die Bewertung der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?
Fehlende Werte zu bzw. über 100 %: rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Wie schon die voran gegangenen Veröffentlichungen des Sachsen-Anhalt-Monitors und wie auch andere Studien gezeigt haben, wird die Idee der Demokratie von fast allen Bürgern des Landes mehr oder weniger entschieden befürwortet. Nur ein marginaler Anteil von zehn Prozent der Befragten spricht sich eher oder ganz eindeutig gegen diese Staatsform aus. Unter erklärten Nichtwählern liegt der demokratiekritische bzw. –feindliche Anteil mit insgesamt 17 Prozent höher. Aber auch in dieser Gruppe identifi-

zieren sich mehr als vier von fünf Befragten mit der Idee der Demokratie. Überdurchschnittlich ausgeprägt ist Distanz zur Demokratie in unteren Einkommensgruppen (26 %), bei Personen mit Hauptschulabschluss (19 %), mit politisch rechter Gesinnung (16 %) und insbesondere auch Arbeitslosen (41 %).

Die strukturelle Demokratiefrage bezieht sich auf die spezifische Form der Demokratie, wie sie durch die Landesverfassung bzw. das Grundgesetz (Deutschland) festgelegt ist. Die Verteilung der Frage und ihrer konstituierenden Faktoren sind in der nachfolgenden Tabelle abgetragen (Tab. 2). Die Zustimmung auf der Strukturebene fällt deutlich geringer aus. Dass sich auf der Strukturebene die Zustimmungsquote abschwächt, ist nicht überraschend, weil auf dieser Ebene auch Demokratiekritik mit einfließt, die zwar an bestimmten Strukturelementen des existierenden politischen Systems – etwa an der Unterausstattung mit Instrumenten direkter Demokratie auf Bundesebene – geübt wird, jedoch grundsätzlich systemverträglich ist.

Zwar zeigt sich immer noch eine Mehrheit von 60 Prozent eher bzw. sehr zufrieden, doch sind dies gut 30 Prozentpunkte weniger als bei der Idee der Demokratie. Zudem zeigen sich hier nur noch neun Prozent sehr zufrieden; auf der Werteebene hingegen wies die stärkste Zustimmung einen Anteil von 52 Prozent auf.

Überdurchschnittlich unzufrieden sind wiederum Nichtwähler und Befragte, die sich sozial benachteiligt wähnen (vgl. Tab. 2). Überdurchschnittlich hoch fällt die Abstandshaltung auch unter Befragten aus, die keine Parteiidentifikation angeben (45 %). Diese Gruppe ist unter Nichtwählern überproportional hoch.

Tab. 2 Demokratie in Deutschland – Strukturebene (Nennungen in Prozent)

Sind Sie …?	Sachsen-Anhalt (∅)	Untersuchte Gruppen			
		Nichtwähler	Sozial depriviert (Gefühl von Benachteiligung)	HH-Einkomm. < 1000€	Keine PI
Sehr zufrieden	9	7	4	8	7
eher zufrieden	51	42	44	43	49
Eher unzufrieden	32	38	43	41	35
Sehr unzufrieden	2	13	9	9	10

Fragewortlaut: Nun geht es um die Demokratie in Deutschland. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit …?
Fehlende Werte zu bzw. über 100 %: rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Auf der Performanz-Ebene wird die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland gemessen. Hier geht es also um die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Demokratie in ihrer alltäglichen Ausprägung. Im vorliegenden Monitor haben wir die kontinuierlich erhobene Frage um zwei untere Bewertungsebenen erweitert, nämlich die des Landes und die der Gemeinde.

Für die Ebene der Bundespolitik zeigt sich, dass die Zustimmungsraten auf der Performanzebene noch etwas negativer ausfallen als auf der strukturellen Ebene der Demokratie. Jedoch schwächt sich der Grad an Unzufriedenheit von der Bundes- zur Lan-

desebene und abermals von dort zur kommunalen Ebene deutlich ab, nämlich von 54 über 46 auf 38 Prozent (Tab. 3). Die für Nichtwähler gemessenen negativen Performanzeinschätzungen liegen jeweils rund zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt, d.h. bei 65 Prozent (Bund), 56 Prozent (Land) und 48 Prozent (Gemeinde).

Zusammenhangsanalysen zeigen zwar, dass die Zufriedenheit mit der Demokratieperformanz auf der Bundesebene die politischen Einstellungen der Bürger stärker bestimmt als diejenige auf Landes- und Gemeindeebene. Mit Blick auf die für Sachsen-Anhalt erhobenen Daten ist dies mit Blick auf die Nichtwähler insofern bedeutsam, als diese auch die Performanz der Bundespolitik kritischer bewerten als das Gros der Landesbevölkerung. Zwischen wahrgenommenen Performanzmängeln der Politik und der Neigung zur Wahlenthaltung besteht jedenfalls ein Zusammenhang.

Im Übrigen erweisen sich für die Bewertung der Performanz die gleichen Faktoren als erklärungskräftig wie schon auf den beiden anderen Ebenen. Es sind vor allem sozial Deprivierte, welche mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind.

Tab. 3 Demokratie in Deutschland – Performanzebene (Nennungen in Prozent)

Frage10 a-c	Sachsen-Anhalt (∅)	Untersuchte Gruppen			
		Nichtwähler	Sozial depriviert (Gefühl von Benachteiligung)	HH-Einkomm. < 1000€	Keine PI
Deutschland					
Sehr zufrieden	3	4	2	5	4
eher zufrieden	43	32	27	30	35
Eher unzufrieden	42	45	53	44	46
Sehr unzufrieden	12	20	18	20	15
Sachsen-Anhalt					
Sehr zufrieden	5	5	3	3	5
eher zufrieden	49	39	41	44	43
Eher unzufrieden	37	41	44	40	41
Sehr unzufrieden	9	15	12	12	10
Stadt / Gemeinde					
Sehr zufrieden	9	6	6	4	7
eher zufrieden	53	46	46	47	49
Eher unzufrieden	29	32	35	31	33
Sehr unzufrieden	9	16	13	18	12

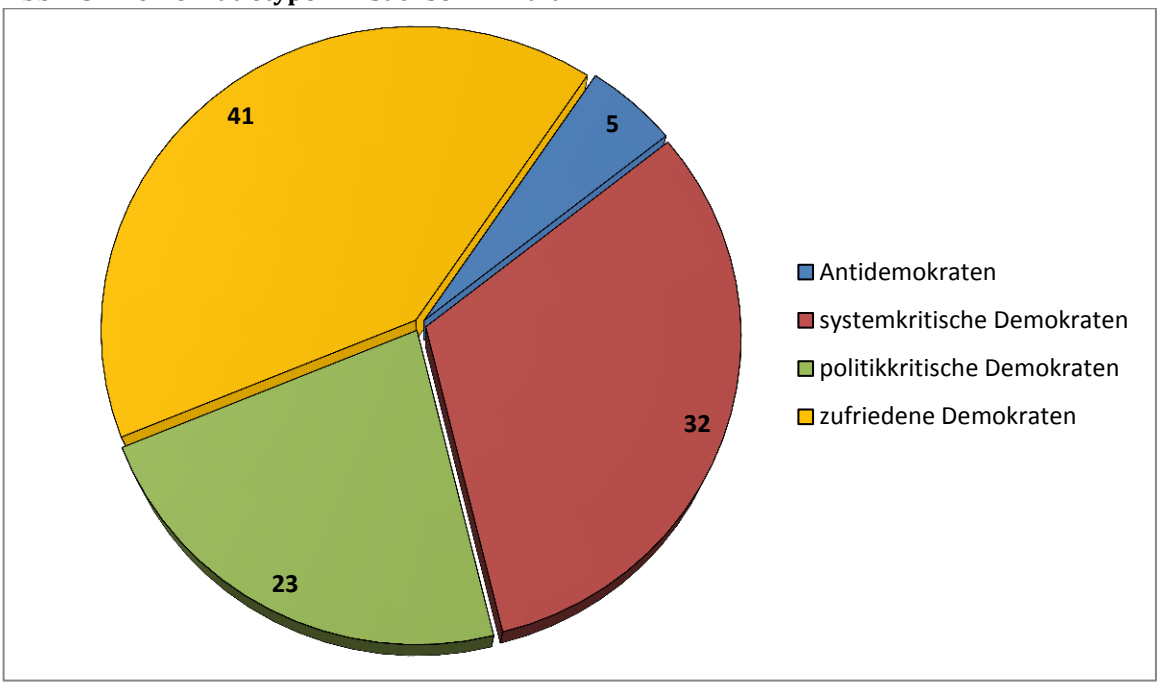
Fragewortlaut: Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie in Deutschlandfunktioniert? Und wie ist das in Ihrem Bundesland, Sachsen-Anhalt? Und in Ihrer Stadt bzw. ihrer Gemeinde?

Einer Kategorienbildung von Oskar Niedermayer (2005, 2009) folgend, werden nachstehend vier Typen demokratischer Einstellungen abgebildet, in welche die unterschiedlich ausfallenden Bewertungen für alle drei Demokratiedimensionen Eingang finden (Abb. 13).

Als „Antidemokraten“ werden jene Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Dazu zählen

in Sachsen-Anhalt aktuell fünf Prozent. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber mit ihrer in Deutschland existierenden Form sowie ihrer Performanz hadern (32 %). Der „politikkritische“ Typus schließt jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind (23 %). Als „zufriedene Demokraten“ firmieren jene, die alle drei Dimensionen positiv bewerten (41 %).

Abb. 13 Demokratietypen in Sachsen-Anhalt



Quelle: Eigene Berechnungen – Datensatz -NWM 2016

Im interregionalen Ost-West-Vergleich wird dreierlei deutlich:

- In Ostdeutschland ist der Anteil von „Antidemokraten“ etwa doppelt so hoch wie im Westen. Allerdings handelt es sich hier wie dort um eine kleine Minderheit.
- Auch die Teilgruppe „systemkritischer Demokraten“ ist in Ostdeutschland erheblich höher. Umgekehrt ist das dritte Segment „zufriedener Demokraten“ erkennbar geringer.
- Im Zeitverlauf werden Tendenzen der Annäherung (Konvergenz) erkennbar: In Westdeutschland verschiebt sich die Typusstruktur zur demokratiekritischen Seite hin, während die Verteilung in Ostdeutschland nahezu gleich bleibt.

Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die bundesweiten Daten 2002 und 2008 erhoben worden sind und folglich für die Gegenwart nur bedingt aussagekräftig sind. Insoweit verbietet sich ein Vergleich dieser älteren Daten mit den von uns aktuell für Sachsen-Anhalt gemessenen Einstellungen (Tab. 4). Mit aller gebotenen Vorsicht lässt sich immerhin sagen: Die im Land derzeit gehegte Grundhaltung zur Demokratie bedeutet für die Teilnahme oder Nichtteilnahme an Wahlen offenkundig keine unüberwindbare Barriere. Denn auch jene gut 50 Prozent Bürgerinnen und Bürger, die systemkritisch

oder politikkritisch gestimmt sind, dürften für politische Ansprache erreichbar und für politische Angebote grundsätzlich aufgeschlossen sein

Tab. 4 Eine Typologie demokratischer Orientierungen (Nennungen in Prozent)

	Orientierung gegenüber der …			Westdeutschland		Ostdeutschland		Sachsen-Anhalt
	Idee	Verfassung	Funktion	2002	2008	2002	2008	2015
Antidemokraten	-	-	-	3	3	5	6	5
Systemkritische Demokraten	+	-	-	11	15	35	27	32
Politikkritische Demokraten	+	+	-	23	31	31	30	23
Zufriedene Demokraten	+	+	+	50	42	24	26	41

Quelle: Eigene Abbildung nach Niedermayer 2005; 2009

4.1 Wahl als Bürgerpflicht – die verinnerlichte „Wahlnorm“

Ein wichtiges Element zur Erklärung von Wahlbeteiligung ist laut der Literatur zur Wahlforschung die internalisierte (verinnerlichte) „Wahlnorm“ (vgl. Kühnel/ Fuchs 2000). Diese ist nicht zu verwechseln mit einer gesetzlich verankerten Wahlpflicht, sondern sie beschreibt ein im Laufe der Sozialisation subjektiv angeeignetes Pflichtgefühl, welches besagt, dass „Wählen gehen“ in einer Demokratie zu den Verpflichtungen eines guten Staatsbürgers gehört.

Eine solcherart internalisierte Wahlnorm fällt je nach Sozialisation, individuellen Ressourcen oder auch Wohnort unterschiedlich hoch aus. Je weniger stark diese Norm individuell verankert ist, desto geringer fällt die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Beteiligung an Wahlen aus. Erklären lässt sich dieser Effekt unter anderem mit Einflüssen des sozialen Umfelds sowie mit dem Rational Choice-Modell des Wahlverhaltens. Gemäß letzterem Modell der rationalen Wahl (rational choice) nimmt der/die Wahlberechtigte einen persönlichen Kosten-Nutzen-Abgleich vor: Wenn die Kosten für Partizipation (Zeit, Weg, Kosten für ÖPNV oder Benzin etc.) den „Nutzen“, konstituiert durch die Wahlnorm, übersteigen, fällt die Entscheidung zuungunsten einer Teilnahme an der Wahl aus. Je geringer nun die Wahlnorm verinnerlicht ist, desto schneller übersteigen die „Kosten“ diese Normschwelle. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung, dass unter den von aktuell erhobenen Motiven der Nichtwahl der Beweggrund „keine Zeit/ keine Lust“ vergleichsweise häufig genannt wird (vgl. Kap. 3.1, S. 42).

Möglich ist andererseits: Ist die Wahlnorm nur gering verankert, wird jedoch andererseits im sozialen lokalen Umfeld eine wahlförderliche Erwartungshaltung aufgebaut, kann ein externer Anpassungsdruck entstehen, der eine Teilnahme an der Wahl befördert.

Die Determinanten der Wahlnorm werden im Folgenden dargestellt und untersucht (Abb. 14). Die Skala „Wahlnorm“ wird aus 3 Fragepunkten (vgl. Frage 7 des Fra-

gebogens) konstruiert, welche im engeren und weiteren Sinne mit der Zustimmung zu politischer Teilhabe als Bürgerpflicht gleichgesetzt werden können:

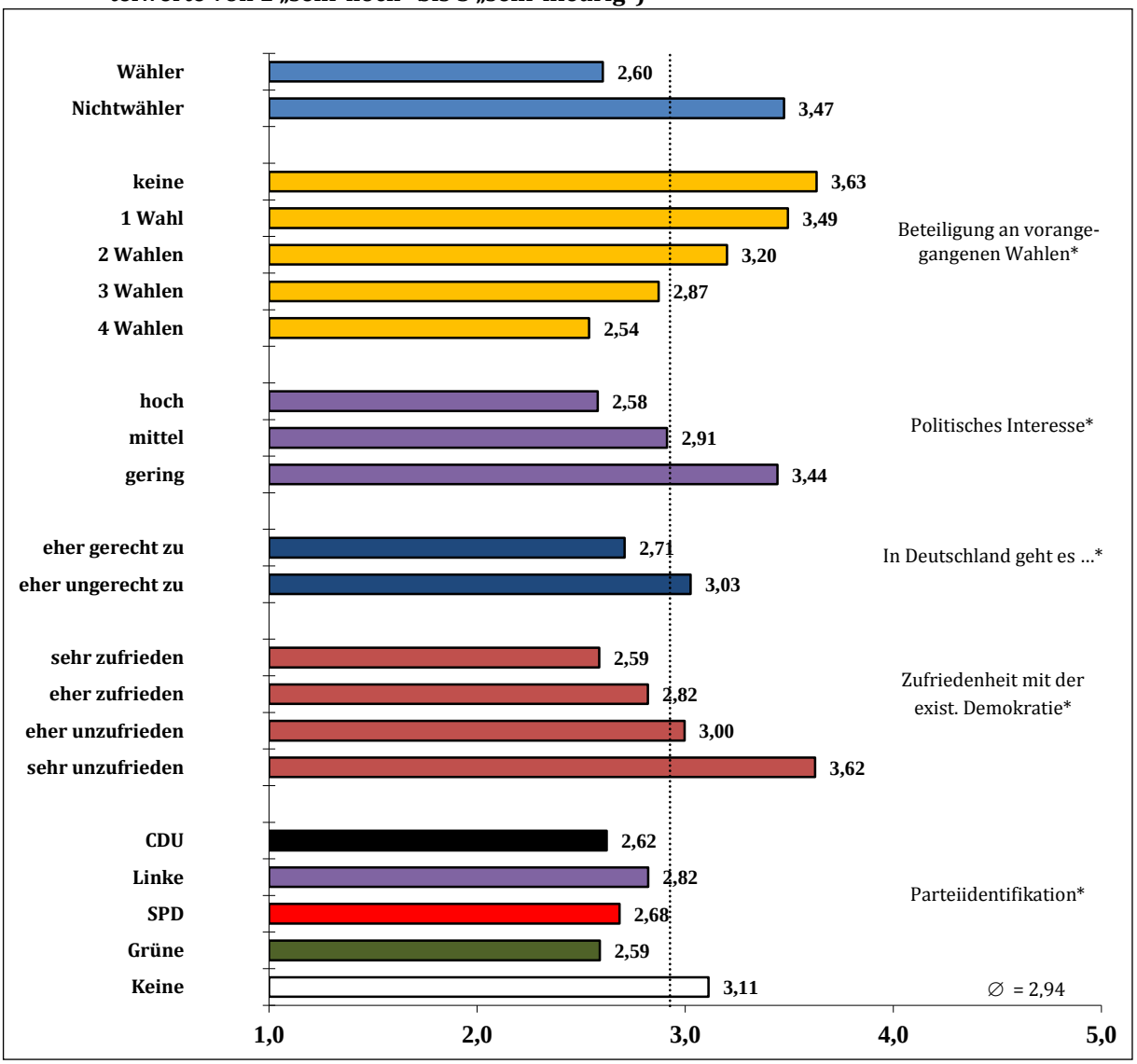
Es ist eine Bürgerpflicht,

- an Wahlen teilzunehmen,
- in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein, sowie
- politisch aktiv zu sein.

Die individuelle Bindekraft der Wahlnorm und die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen, stehen in einem klaren Zusammenhang (Abb. 14). Erklärte Nichtwähler haben sich in überdurchschnittlichem Maße von der verpflichtenden Bindung dieser staatsbürgerlichen Norm abgelöst. Aber auch unter Wählerinnen und Wählern ist diese traditionelle moralische Überformung einer Wahlteilnahme insgesamt nicht besonders stark handlungsleitend.

Unter Nichtwählern lässt der handlungsleitende Lenkungseffekt der Wahlnorm in dem Maße nach, wie das Nichtwählen zur Gewohnheit wird. Und: Je größer das politische Interesse ausfällt, je höher die Zufriedenheit mit der in Deutschland existierenden Demokratie ist und je mehr Befragte das Gefühl haben, dass es hierzulande alles in allem gerecht zugeht, desto bereitwilliger wird die Wahl als eine Bürgerpflicht anerkannt. Das trifft ebenso auf jene Landesbewohner zu, die sich mit einer politischen Partei identifizieren. Am relativ schwächsten tritt dieser Effekt bei Parteigängern der Linken und am deutlichsten bei Anhängern der Bündnisgrünen zutage.

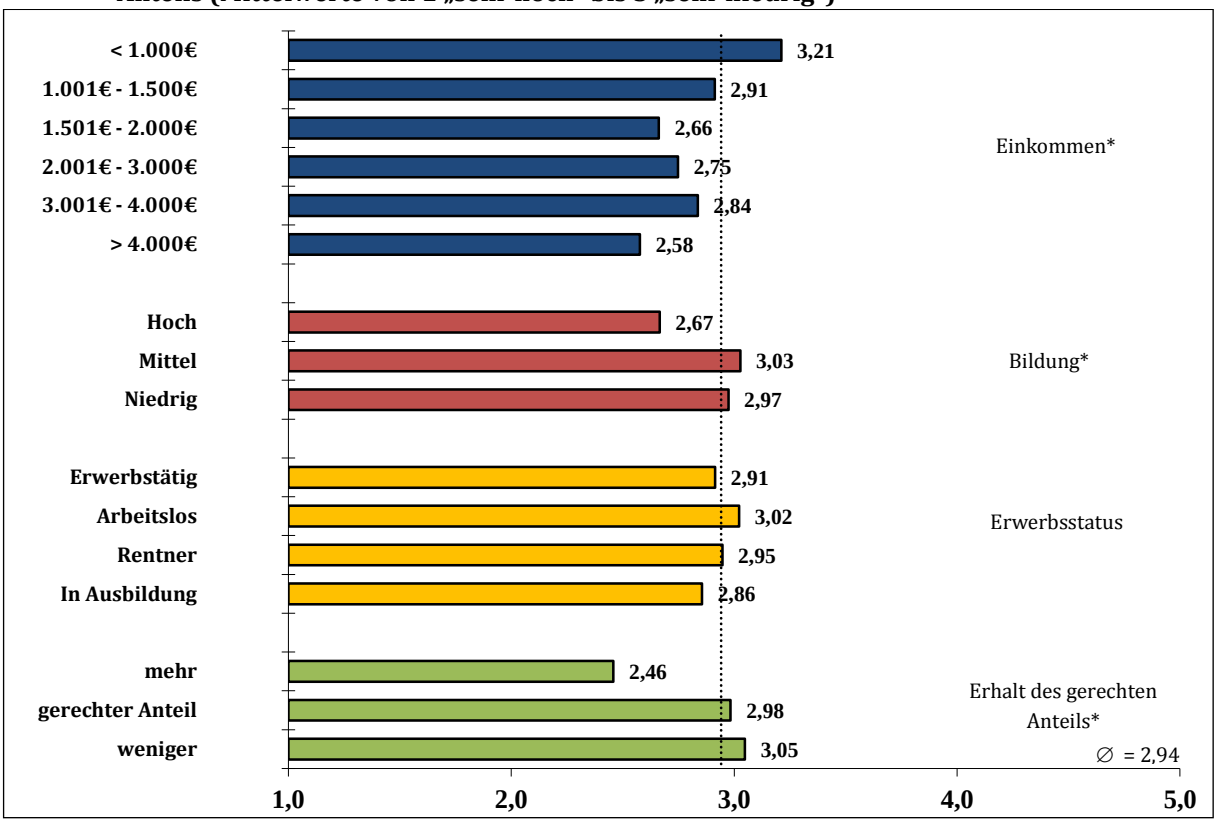
Abb. 14 Wahlnorm nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Politischem Interesse, Gerechtigkeitsempfinden, Zufriedenheit mit der existierenden Demokratie, PI (Mittelwerte von 1 „sehr hoch“ bis 5 „sehr niedrig“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Deutlich schwächer sind die die Effekte, die von sozialstrukturellen Faktoren auf die Resonanz der Wahlnorm abstrahlen (Abb. 15). Höhergebildete, einkommensstarke und in der Ausbildung befindliche Personen fühlen sich zwar der Wahlnorm ehestens verpflichtet und erhärten somit ein weiteres Mal die systemstabilisierende Wirkkraft, die mit einer hohen persönlichen Ressourcenausstattung bei Bildung und Einkommen einhergeht. Doch ist die Schwankungsbreite der Normbindung zwischen dem ressourcenstarken und dem ressourcenschwachen Pol nicht eben groß. Ein stärkerer Zusammenhang ergibt sich mit dem Grad empfundener sozialer Benachteiligung: Wer meint, seinen „gerechten Anteil“ zu erhalten, hängt auch häufiger der Wahlnorm an.

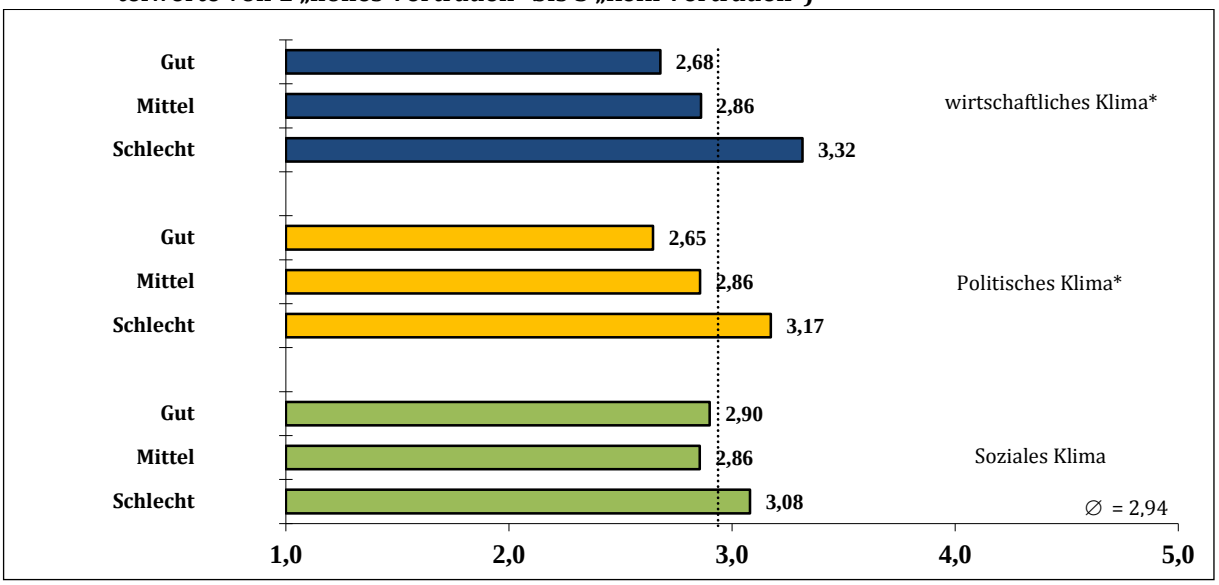
Abb. 15 Wahlnorm nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten" Anteils (Mittelwerte von 1 „sehr hoch" bis 5 „sehr niedrig")



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Lokale Umfeldbedingungen spielen für die Signalwirkung der Wahlnorm eine Rolle. Wer das wirtschaftliche und das politischen Klima am Wohnort günstig einschätzt, fühlt sich der Maxime, dass Wählen ein staatsbürgerlicher Akt ist, eher verpflichtet (Abb. 16). Ein vergleichbar klarer Effekt des wahrgenommenen sozialen Umfelds am Wohnort ist hingegen nicht erkennbar. Daraus kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass das gesellschaftliche Umfeld als ein Faktor, welcher die Geltung der Wahlnorm nahebringt oder sie im Gegenteil zusätzlich abschwächt, generell ausscheidet. Diesen Gedanken greifen wir später nochmals auf.

Abb. 16 Wahlnorm nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort (Mittelwerte von 1 „hohes Vertrauen“ bis 5 „kein Vertrauen“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

5 Politische Involvierung: das Gefühl, politisch etwas bewegen zu können

5.1 Einbindung der Bürger in die Politik

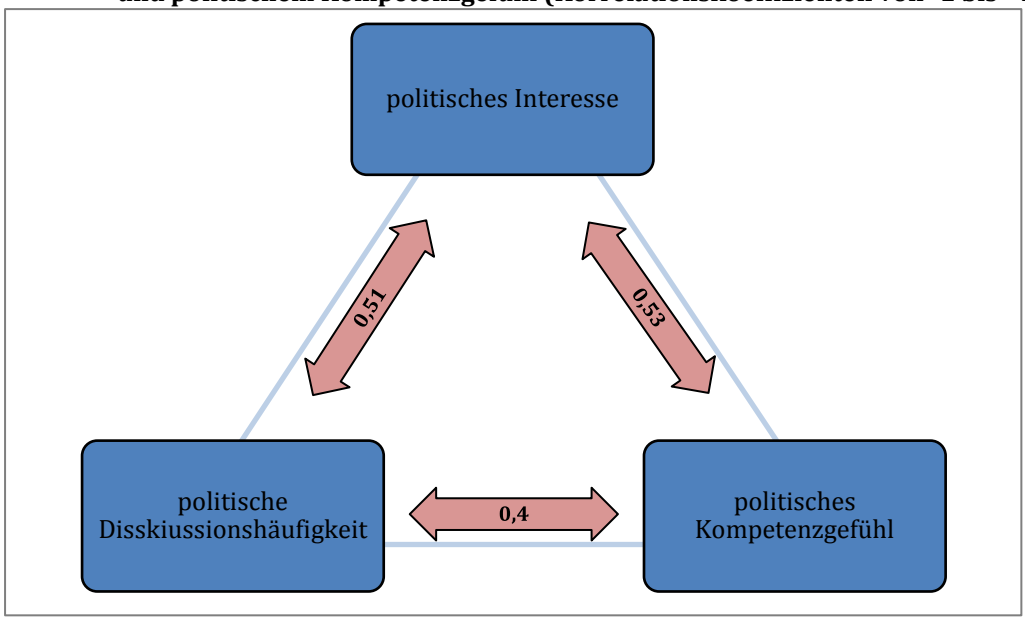
Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 hatten wir den folgenden programmatischen Gedanken ausgeführt: Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der „politischen Involvierung" beschrieben. Dieses politisch-kulturelle Muster setzt sich zusammen aus Einstellungen wie dem politischen Interesse, ferner dem Gefühl, politisch selbst etwas bewirken zu können, und politischer Diskussionsbereitschaft.

Die politische Involvierung ist in einer Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die eigenständige Durchsetzung der Interessen der Bürger, für eine praktizierte Offenheit des politischen Systems („Responsivität") gegenüber den Wählern und für die Kontrolle der politischen Entscheider. Diese Möglichkeitsfenster politischer Einflussnahme öffnen sich für die Bürgern jedoch nur dann, wenn sie sich für Politik interessieren und überzeugt sind, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen sowie gegebenenfalls beeinflussen zu wollen. Schaltet sich die Bevölkerung nur sporadisch in das politische Geschehen ein, wächst das Risiko, dass sich die politische Führungsschicht vom Volk entfernt. Ein Korrektiv für verantwortungsvolles Handeln der Herrschenden sind folglich Bürger, welche die Folgen politischer Entscheidungen einschätzen können und die politisch aktiv werden, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürgernahe Politik.[16]

Dass alle drei genannten Indikatoren (Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl) auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eng miteinander zusammenhängen, lässt sich empirisch nachweisen (vgl. die aktualisierte Abb. 17). Insbesondere zwischen dem Politikinteresse und der politischen Diskussionshäufigkeit einerseits und dem Politikinteresse und dem politischen Kompetenzgefühl andererseits besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl. Nach wie vor gilt: Nicht jeder, der oft über Politik redet, ist politisch selbstbewusst (kompetent). Und ebenso gilt umgekehrt: Nicht jeder, der politisch kompetent ist, diskutiert viel über Politik.

16 Vgl. Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, O. W./ Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg, S. 457-522: 470.

Abb. 17 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl (Korrelationskoeffizienten von -1 bis +1)



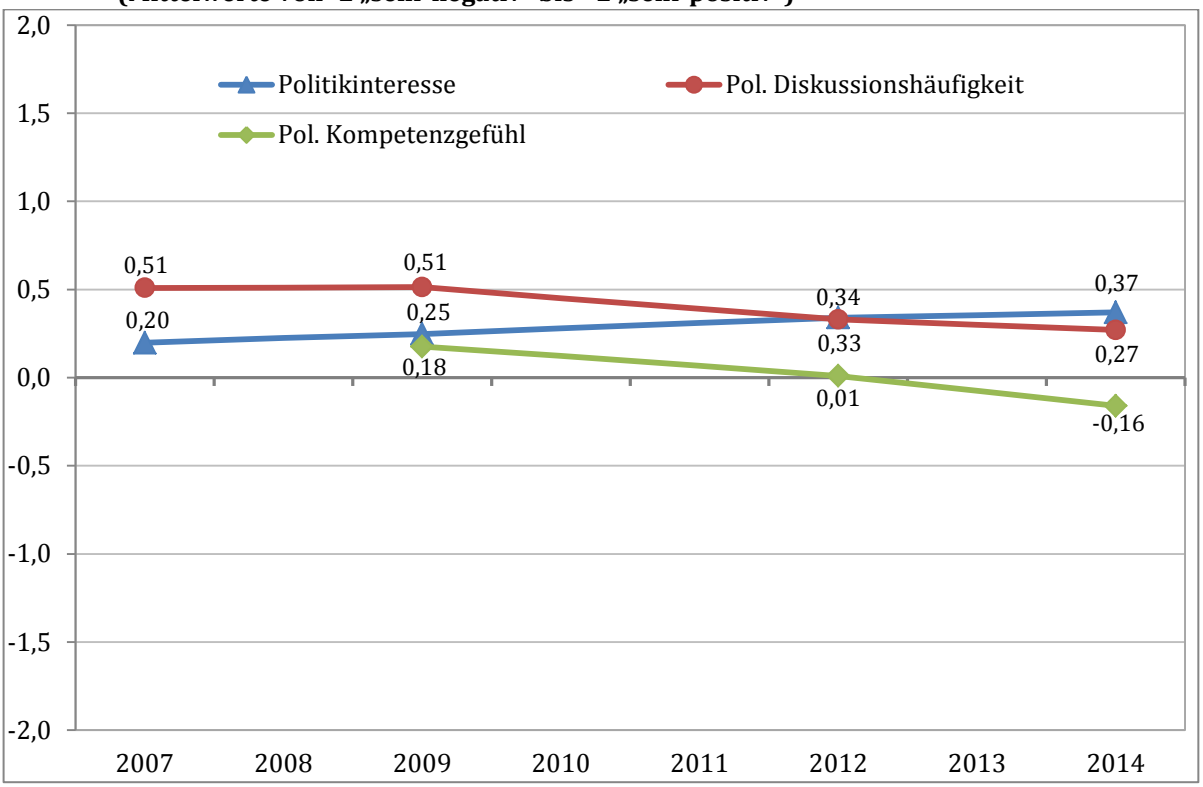
-1 = perfekter negativer Zusammenhang, 0 = gar kein Zusammenhang,
1 = perfekter positiver Zusammenhang.

Die Frage stellt sich, in welchem Ausmaß die Bürger in Sachsen-Anhalt politisch involviert sind. Wie die von uns für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2014 erhobenen und ausgewerteten Daten zeigen, fällt die politische Involvierung je nach Indikator unterschiedlich aus. Insgesamt zeigten sich im Sommer letzten Jahres 41 Prozent der Befragten stark oder sehr stark an Politik interessiert. Nur eine Minderheit von 13 Prozent gab an, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren.

Ein etwas anderes Muster zeigte sich bei der politischen Diskussionshäufigkeit. Zwar diskutiert knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Allerdings sagte vor gut einem Jahr auch etwa jeder Dritte, dass er sich seltener als mehrmals im Monat oder nie über Politik austausche. Und jeder zweite Befragte fühlte sich nicht imstande, politische Sachverhalte zu verstehen und sich darüber ein Urteil zu bilden. Lediglich ein Drittel der Sachsen-Anhalter schätzte sich selbst als politisch kompetent ein. Insgesamt ergab sich vor Jahresfrist ein geteiltes Bild, was die politische Involvierung der Bürger in Sachsen-Anhalt angeht. Pointiert haben wir das Einstellungsmuster zusammenfassend wie folgt beschrieben: politisch interessiert, aber nur bedingt politisch kompetent.

Im Zeitverlauf betrachtet, hat sich die politische Involvierung der Bürger Sachsen-Anhalts bis zum Messpunkt 2014 nur geringfügig geändert (vgl. Abb. 18). Während das politische Interesse zwischen 2007 und 2014 leicht angestiegen ist, haben die politische Diskussionshäufigkeit und das Gefühl politischer Kompetenz leicht abgenommen.

Abb. 18 Entwicklung der politischen Involvierung und der Responsivität von 2007 bis 2014, (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



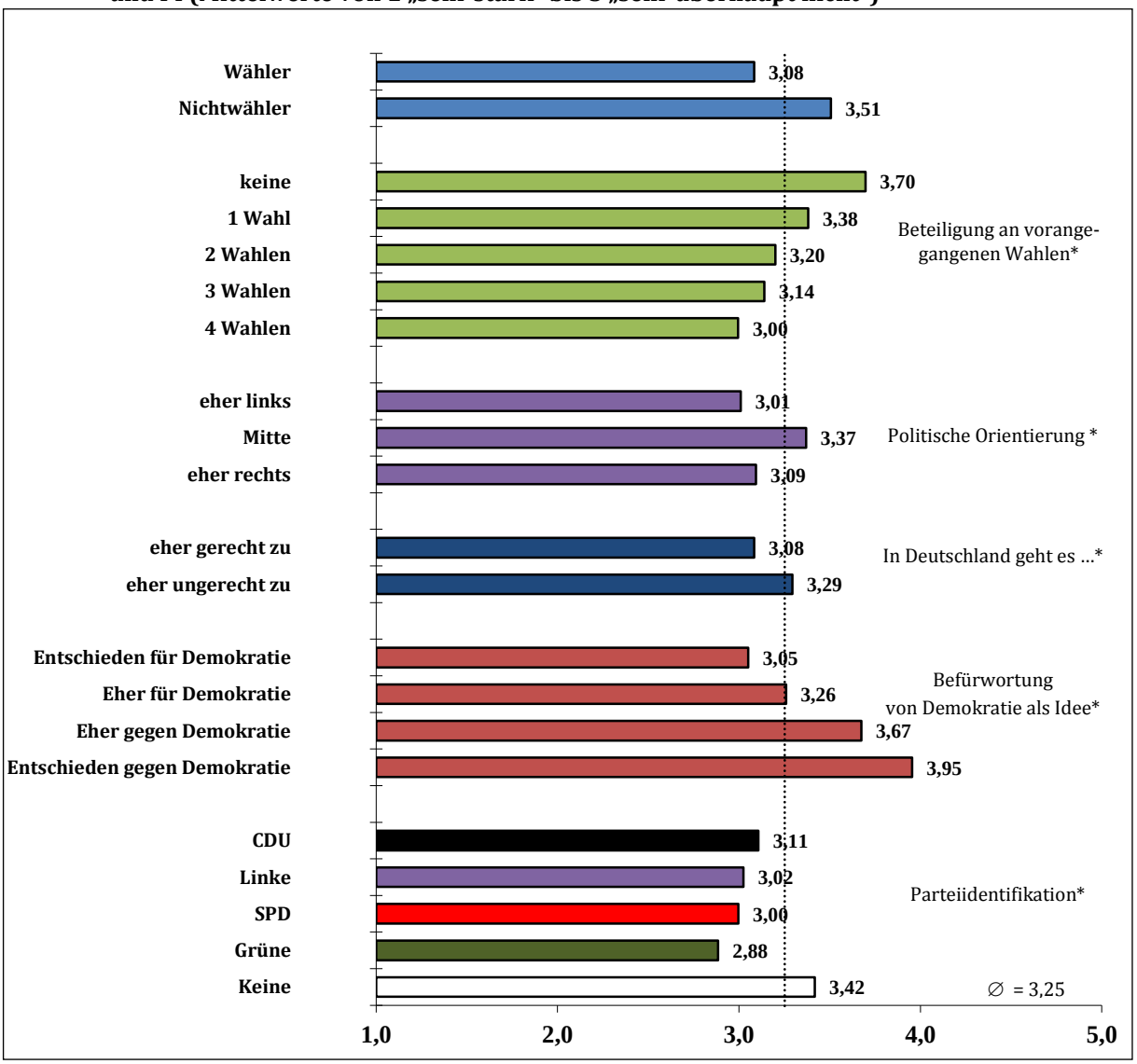
Quelle: Sachsen-Anhalt-Monitor 2014

Um die Frage zu beantworten, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere, wurde wie 2014 auch jetzt ein Index „politische Involvierung“ gebildet, der sich ebenfalls aus den Variablen Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl zusammensetzt. In der folgenden Abbildung 19 werden diejenigen Einstellungs-Indikatoren aufgenommen, die mit politischer Involvierung in einem Zusammenhang stehen.

Erkennbar wird: Politische Involvierung korreliert mit der Wahlabsicht. Nichtwähler haben deutlich weniger als Wähler das Gefühl, politisch selbst etwas bewegen zu können. Über ein solches politisches Selbstwertgefühl verfügt am wenigsten, wem Wahlabstinenz zur Gewohnheit geworden ist. Im Übrigen wird mit Blick auf die Mittelwerte auch deutlich, dass in der Bevölkerung allgemein – und damit ebenso unter Bürgern, die konstant zur Wahl gehen – das Bewusstsein politischer Involvierung nicht stark entwickelt ist.

Und weiter: Die geringe Selbstzuschreibung politischer Einflussmöglichkeiten ist bei Personen besonders ausgeprägt, welche die Demokratie prinzipiell eher oder entschieden ablehnen. Wer eine Parteibindung bestätigt, ist ausnahmslos mehr politisch involviert als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dabei liegen die Mittelwerte für alle derzeit im sachsen-anhaltischen Landtag vertretenen Parteien eng beieinander.

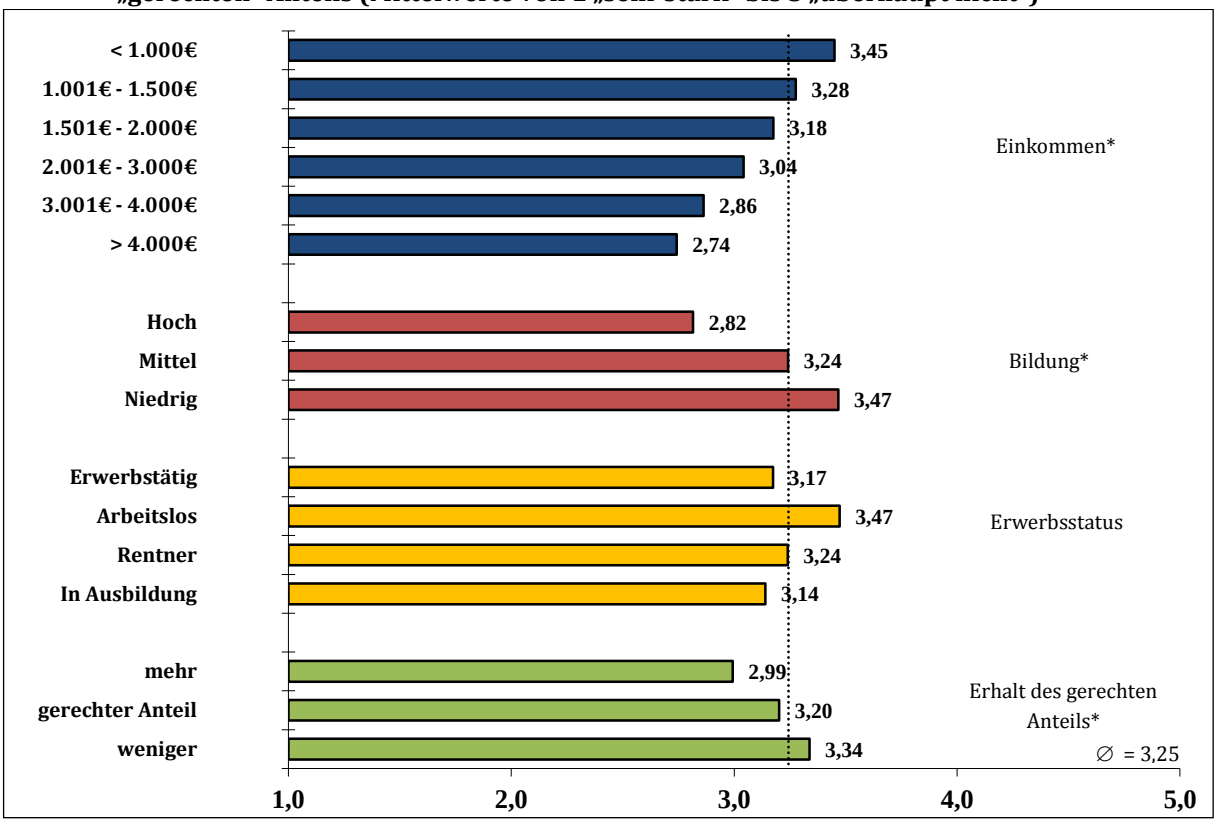
Abb. 19 Politische Involvierung nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Politische Orientierung, Gerechtigkeitsempfinden, Befürwortung der Idee der Demokratie und PI (Mittelwerte von 1 „sehr stark“ bis 5 „sehr überhaupt nicht“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bei einigen sozialstrukturellen Faktoren zeigen sich klare Zusammenhänge mit der politischen Selbsteinschätzung (Abb. 20). Die Stärke politischer Involvierung erhöht sich linear mit steigendem Einkommen und dem Grad formaler Bildung. Dasselbe auf- bzw. absteigende Muster tritt auf, je nachdem, ob sich jemand mehr als gerecht, gerecht oder weniger als gerecht behandelt fühlt.

Abb. 20 Politische Involvierung nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten" Anteils (Mittelwerte von 1 „sehr stark" bis 5 „überhaupt nicht")



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Auf der lokalen Kontextebene zeigen sich nur minimale (und daher hier nicht grafisch dargestellte) Zusammenhänge. Lediglich eine als vorteilhaft empfundene ökonomische Lage am Wohnort geht mit einer leicht höheren politischen Kompetenz nieder. Nehmen wir die Gemeindeebene in Augenschein, so bestätigen sich die bisher schon beobachteten Unterschiede: Barleben, der Ort mit der 2011 landesweit höchsten Wahlbeteiligung, weist die durchschnittlich stärkste Kompetenz auf, und Bitterfeld, das seinerzeitige Schlusslicht der Wahlbeteiligung, die niedrigste.

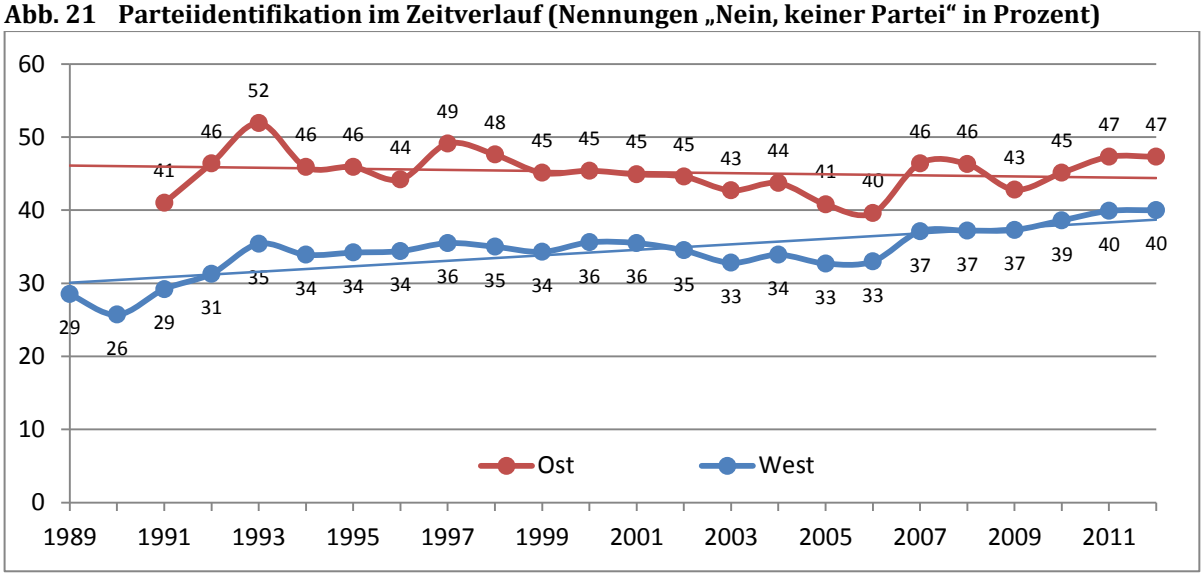
6 Die Parteiidentifikation - eine schwindende Grundlage der Wahlbeteiligung?

Dass die Parteiidentifikation (PI) neben dem Kandidatenfaktor und der einer Partei zugeschriebenen Kompetenz, die wichtigen politischen Probleme des Landes zu lösen, ein drittes wesentliches Motiv der Wahlentscheidung ist, stellt eine gesicherte Erkenntnis der Wahlforschung dar (vgl. Infratest Dimap, Wahlreport Bundestagswahl 2013: 49). Umgekehrt ist die Annahme schlüssig, dass eine *fehlende* längerfristige affektive Bindung an eine politische Partei die Teilnahme an Wahlen zwar nicht generell blockiert, jedoch in Verbindung mit anderen Faktoren die Bereitschaft zu wählen abschwächen kann.

Der Längsschnittvergleich der Daten seit der deutschen Einigung zeigt, dass die Zahl derer, die *keiner Partei* zuneigen, in Ostdeutschland beständig über den für Westdeutschland gemessenen Werten liegt (Abb. 21). Deutlich wird auch, dass sich die Kurvenverläufe beider Teile des Landes stetig einander annähern: Betrug die Ost-West-Differenz im Jahr 1991 noch 12 Prozentpunkte, so waren es im Jahr 2011 nur noch sieben Prozent.[17] Desungeachtet kommt der wahlmotivierende Effekt einer Parteiidentifikation, trifft obige Zuschreibung einer generell der Teilnahme an Wahlen förderlichen Wirkung zu, in Ostdeutschland schwächer zum Tragen als im Westen.

17 Eine aktuelle Auswertung der Daten der beim DIW angesiedelten Langzeitstudie Sozioökonomisches Panel (SOEP) bestätigt diesen Befund: „Die Analysen zeigen, dass die Parteienbindung im Westen Deutschlands deutlich höher ist als im Osten, auch wenn der Abstand nach und nach abgenommen hat“(http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.513558.de, aufgerufen am 13. 09. 2015).

Abb. 21 Parteiidentifikation im Zeitverlauf (Nennungen „Nein, keiner Partei“ in Prozent)

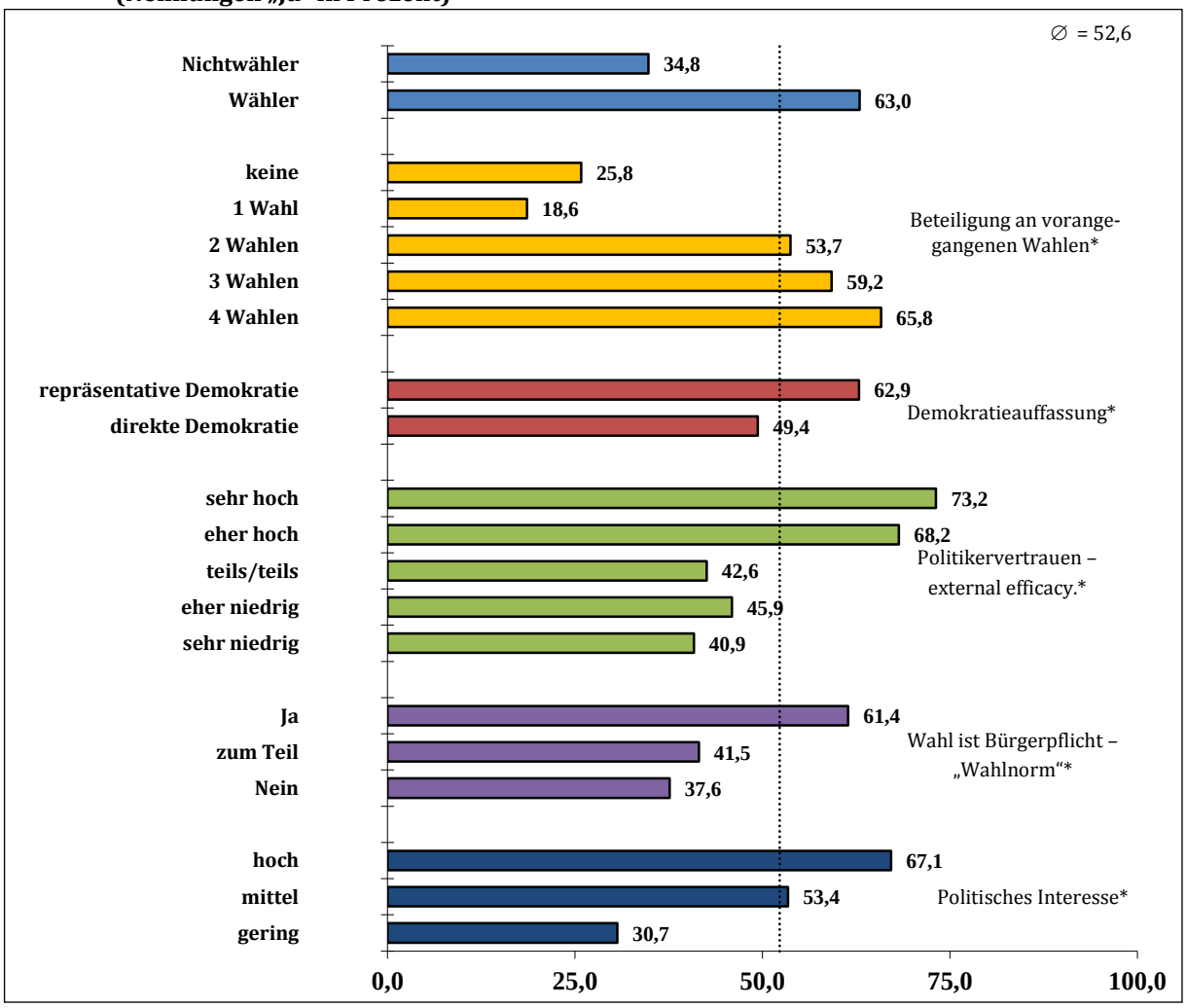


Quelle: eigene Berechnungen nach Daten des Politbarometers[18]

In Sachsen-Anhalt gaben im Juni/Juli 2015 mehr als 55 Prozent der Befragten an, sich mit keiner Partei zu identifizieren (Tab. 5). Wie erwartet, liegt die Zahl der Personen ohne längerfristige Parteibindung unter erklärten Nichtwählern mit 71 Prozent deutlich höher als unter Wählern (45,5 %). Aufgeschlüsselt nach Parteien zeigt sich, dass die drei größeren Parteien auch deutlich größere Kontingente an Parteiidentifizierern hinter sich scharen: Bezogen auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren sind dies 16,5 Prozent bei der CDU, 11,4 Prozent bei der SPD und 10,6 Prozent bei der Linken (Tab. 5). Die Bündnisgrünen kommen auf 2,5 Prozent. Rechnet man die gut 55 Prozent ohne Parteiidentifikation heraus, bleibt trotzdem die Reihenfolge unverändert: In der Gesamtheit der Personen mit stabiler Parteibindung erreichen die CDU 37,2 Prozent, die SPD 25,6 Prozent und die Linke 23,9 Prozent. Bündnis 90/ Die Grünen liegen bei 5,5 Prozent.

18 Der Fragwortlaut wird in der vorliegenden Studie analog verwendet - F.20: Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei zu?

Abb. 22 Parteiidentifikation nach Wahlabsicht, Beteiligung an vergangenen Wahlen, Demokratieauffassung, Politikervertrauen, Wahlnorm und politischem Interesse (Nennungen „Ja“ in Prozent)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Personen mit Parteibindung verkörpern, das zeigen die in Abbildung 22 dargestellten politischen Einstellungen dieses Bevölkerungsteils, ein personelles Stützkorsett der Parteiendemokratie: Sie sind unter Wählern, Befürwortern des Modells der repräsentativen Demokratie, unter Personen, die an allen vier abgefragten früheren Wahlen teilgenommen haben, ferner unter politisch stark Interessierten, unter jenen, welche Wahlen als eine staatsbürgerliche Pflicht ansehen, sowie unter denen, die großes Vertrauen in Politiker haben, klar überdurchschnittlich vertreten.

Soziodemografische Merkmale beeinflussen die Parteiidentifikation nur in geringem Maße. So steigt die PI mit zunehmendem Alter leicht an; besonders in der jüngeren Alterskohorte (18 bis 29 Jahre) ist sie gering ausgeprägt. In dieser Altersgruppe fühlt sich nur ein reichliches Drittel (35 %) einer Partei verbunden. Des Weiteren zeigt sich auch bezüglich der Parteibindung der Effekt von sozialer Deprivation: Diejenigen, die sich benachteiligt fühlen, also glauben, im Vergleich mit anderen Bürgern zu kurz zu kommen, sehen sich weniger zu einer politischen Partei hingezogen (42 %). Einflüsse gemeindespezifischer Gegebenheiten oder einer unterschiedlichen Wahrnehmung des

sozialen, ökonomischen und politischen Klimas im eigenen Umfeld (Kontextdimension) auf die PI sind in unseren Daten nicht erkennbar.

Die Verteilung der Personen mit Parteineigungen auf die beiden Gruppen der Wähler und Nichtwähler ist bei den drei größeren Parteien in etwa ähnlich. Allerdings zeigen sich leichte Abweichungen. So fällt bei der SPD die Differenz zwischen den beiden Gruppen mit annähernd sieben Prozent mehr Identifizierern unter ihren Wählern am größten aus. Hingegen hat die Linke unter den Nichtwählern mit 23,3 Prozent hinter der CDU und vor der SPD den zweitgrößten Anteil an beständigen Anhängern. Insbesondere kleinere und vor allem Rechte Parteien verzeichnen im Gegensatz zu den dem Landtag derzeit angehörenden Parteien unter bekennenden Nichtwählern eine größere Anhängerschaft als unter Wählern. Festzuhalten ist aber eben auch, dass sich der bei weitem größte Anteil (annähernd 56 %) der Bevölkerung mit keiner der antretenden Parteien in Sachsen-Anhalt identifizieren mag (vgl. Tab. 5).

Um die motivationalen Voraussetzungen für Wählen oder Nichtwählen in Sachsen-Anhalt auszuloten, sind zwei untersuchungsleitende Fragen wegweisend: (1) Stellt Parteiidentifikation ein wahlaktivierendes Moment dar? (2) Gibt es, gemessen an den Anteilen von Befragten mit Parteiidentifikation, auch unter den Nichtwählern für Parteien ein Potential, das aufgrund seiner gegebenen Parteinähe als für (partei)politisches Werben nicht völlig unzugänglich eingeschätzt werden kann?

Die Auswertung der Daten beantwortet die erste Frage für die derzeit im Landtag vertretenen Parteien positiv: Unter Befragten, welche sich mit CDU, SPD, Linkspartei oder Bündnis90/Die Grünen jeweils identifizieren, sind solche mit Wahlabsicht häufiger vertreten. Dabei schöpfen vor allem Bündnis90/Die Grünen, aber auch die SPD die wahlaktivierende Schubwirkung einer vorhandenen Parteiidentifikation vergleichsweise stärker aus als CDU und Linke. Genau umgekehrt stellt sich das Bild für die Kleinparteien im Mitte-Rechts-Spektrum des Parteiensystems in Sachsen-Anhalt dar: Für die FDP und die AFD sowie insbesondere die extreme Rechte sind die Anteile derer, die sich zu diesen Parteien jeweils bekennen, unter Nichtwählern um ein Mehrfaches höher als unter Wählern (Tab. 5).

Tab. 5 Parteiidentifikation nach Wahlabsicht –(Nennungen in Prozent)

Parteiidentifikation	Sachsen-Anhalt (∅)	Nichtwähler	Wähler
CDU	16,5	10,1	20,7
SPD	11,4	6,0	14,9
Die LINKE	10,6	6,8	13,1
Bündnis '90/Die Grünen	2,5	1,0	3,4
FDP	1,0	1,4	0,8
AFD	0,9	1,4	0,6
Rechte	0,9	2,1	0,1
Andere	0,6	0,4	0,8
keiner Partei	55,6	71,0	45,5
Basis: ohne keiner Partei = 100 %			
CDU	37,2	34,7	38,1
SPD	25,6	20,7	27,4
Die LINKE	23,9	23,3	24,1
Bündnis '90/Die Grünen	5,5	3,3	6,3
FDP	2,2	4,7	1,4
AFD	2,1	4,7	1,2
Rechte	2,1	7,3	0,2
Andere	1,4	1,3	1,4

Fehlende Werte zu bzw. über 100 %: rundungsbedingt
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Damit ist bereits angedeutet, dass auch die Antwort auf die zweite analytische Frage positiv ausfällt: Nicht nur die Kleinparteien, sondern auch CDU, SPD und Linke halten unter *Nichtwählern mit Parteibindung* nennenswerte Anteile, und zwar nach dieser Reihenfolge von 34,7 Prozent, 20,3 Prozent und 23,3 Prozent (Tabelle 5). Die Bündnisgrünen, die ihr PI-Segment schon für die Wahlabsicht vergleichsweise gut mobilisieren, halten dementsprechend weniger parteigebundene Nichtwähler (3,3 %).

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, dass eine festgestellte Parteiidentifikation weder mit der Wahlabsicht („Sonntagsfrage") noch der tatsächlichen Wahlentscheidung unbesehen gleichgesetzt werden darf. Andererseits sind die Auswirkungen der PI als ein das Wahlverhalten beeinflussender Faktor nicht vernachlässigbar. Zumindest führt dessen Gewicht unseren Daten zufolge in Sachsen-Anhalt nicht dazu, dass sich die Höhe der Wahlbeteiligung – genauer gesagt: der landesweit gemessene Nichtwähleranteil - auf die Wahlchancen speziell der einen oder anderen derzeit im Landtag vertretenen Partei klar nachteilig auswirkt.[19]

19 Einen solchen asymmetrischen Effekt von niedriger Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen hat Armin Schäfer (2012) zum Nachteil der SPD für westdeutsche Großstädte festgestellt. Laut Schäfer ist die SPD indessen „die einzige Partei, bei der dieser Trend sich zwischen ost- und westdeutschen Großstädten unterscheidet". Für Ostdeutschland sei, was unsere Daten auf der Landesebene für Sachsen-Anhalt bestätigen, ein derartiger Zusammenhang nicht nachweisbar (2012: 256).

Hier schließt gleichwohl eine analytisch tiefer ansetzende Schlüsselfrage an, die sowohl für die langfristige Festigung der parlamentarischen Demokratie als auch für die kurzfristigen Mobilisierungsstrategien der einzelnen Parteien bei kommenden Wahlen von Bedeutung ist: Unterscheiden sich die politischen Einstellungsprofile von parteigebundenen Nichtwählern je nach Partei? Und falls ja: Liefert ein solcher Befund Hinweise dafür, inwieweit Parteiidentifizierer, die laut eigener Aussage nicht wählen wollen, für die jeweilige Partei leichter oder schwieriger rückholbar sind, d.h. zum Wählen bewogen werden können?

Für die Klärung dieser Fragen geben die in Abbildung 23 zusammengefassten Auswertungen der Daten eine Hilfestellung:

Abb. 23 Nichtwähler mit PI für die drei großen Landesparteien nach ausgewählten Faktoren (Mittelwerte)

PI	Politiker-vertrauen (von 1 sehr hoch bis 5 sehr niedrig)	Anzahl beteiligter Wahlen (von 0 bis 4)	Wahlnorm (von 1 stark - 5 schwach)	Bedeutung der Landtagswahl (von 1 geringe Bedeutung bis 5 hohe Bedeutung)	wirtschaftliches Klima (1 sehr gut - 5 sehr schlecht)	politisches Klima (1 sehr gut - 5 sehr schlecht)	Politische Involviertheit (von 1 stark bis 5 überhaupt nicht)	Zufriedenheit mit Funktionieren Demokratie in Deutschland
SPD	3,95	2,00	3,14	2,64	3,62	2,83	3,00	2,82
CDU	3,54	2,00	3,33	2,90	3,61	2,81	3,30	2,67
LINKE	4,06	1,50	3,42	2,44	3,82	3,24	3,24	2,80

Quelle: Eigene Berechnungen

Erkennbar wird, dass die Voraussetzungen für die CDU, unter parteinahen Nichtwählern erfolgreich „nachzufassen“, relativ am günstigsten sind: Im Vergleich der drei größeren Landtagsparteien sind Nichtwähler mit CDU-Identifikation mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener; ferner vertrauen sie Politikern mehr und sie stufen auch die Bedeutung der Landtagswahl am höchsten ein (Abb. 23). Am schwersten tut sich die Linke mit ihr nahe stehenden Nichtwählern: Deren Politikervertrauen ist am geringsten, und die Bindewirkung der Wahlnorm ist hier am schwächsten. Zur Linken neigende Nichtwähler schätzen außerdem das wirtschaftliche und politische Klima in ihrer Umgebung am schlechtesten und die Bedeutung der Landtagswahl subjektiv am geringsten ein. SPD-Parteigänger unter Nichtwählern lassen sich auf einer Mittellage zwischen CDU und Linkspartei verorten: Mit CDU-Anhängern sind sie sich bei den Klimafragen einig, ihre Einschätzungen hinsichtlich des Politikervertrauens und der Bewertung des Funktionierens der Demokratie rücken sie wiederum nahe an Parteigänger der Linken heran. So gesehen, lässt sich die in der Literatur zu findende Aussage, „dass die SPD-affinen Nichtwähler „politikferner“ sind als diejenigen, die Affinitäten zu

anderen Parteien aufweisen“ (Güllner 2013: 28), in dieser Eindeutigkeit für Sachsen-Anhalt nicht bestätigen.

Aus Sicht der Parteien stellt sich vor dem Hintergrund dieser Daten „final“ die Frage, wie sie „ihre“ Nichtwähler zur Wahlteilnahme bewegen können. Soll eher auf die Zugkraft der KandidatInnen gesetzt oder stärker auf die Problemlösungskompetenz der Partei abgehoben werden? - Hierüber geben die Daten keine schlüssige Auskunft. Jedoch ist die unter einem Teil der Nichtwähler nachweisbar vorhandene Parteiidentifikation durchaus ein möglicher Ansatzpunkt: Wenn man unterstellt, dass eine längerfristige Parteibindung vornehmlich auf der *Werteebene* verankert ist, dann spricht dies dafür, Wahlkampagnen so anzulegen, dass Parteien sich ganz bewusst auch als politische Wertegemeinschaften präsentieren – dergestalt, dass sie ihre jeweilige und in der allgemeinen Wahrnehmung vertraute wertbezogene „Kennung“ (als Ordnungskraft, als Sachwalterin einer florierenden Wirtschaft, als Garantin sozialer Gerechtigkeit, als Sprachrohr von Bildung, als Anwältin von Bürgerrechten etc.) in den Vordergrund rücken und mit entsprechenden programmatischen Angeboten verknüpfen.

7 Kontexteffekte – ermutigende und verunsichernde Einflüsse des näheren Umfelds

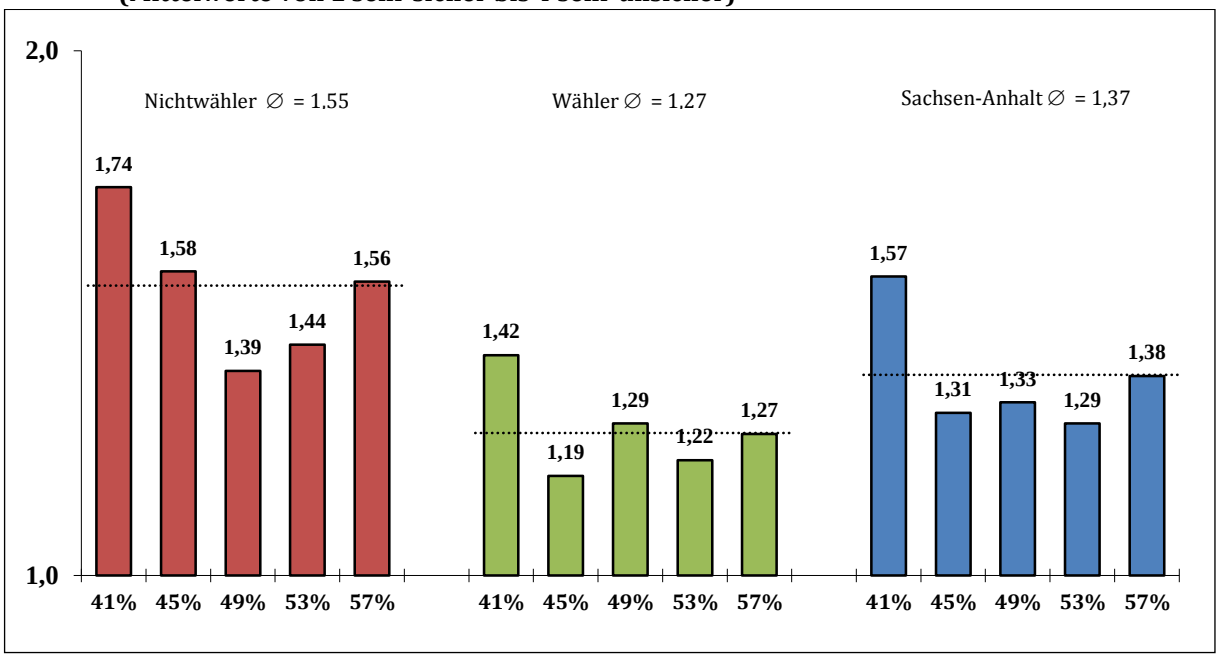
Die bisher vorgestellten Auswertungen unserer Daten haben schon gezeigt dass sich Wahlbeteiligung – neben anderen Bestimmungsfaktoren – auch auf das jeweilige Umfeld von Befragten zurückführen lässt. So liegt beispielsweise die Bereitschaft, an der nächsten Landtagswahl teilzunehmen, in einem Wohnumfeld, dessen wirtschaftliche und politische Situation als negativ empfunden wird, deutlich, nämlich gut 20 Prozentpunkte, niedriger (vgl. Kap. 8.1, Abb. 28). Der Einfluss des sozialen Klimas bzw. sozialen Zusammenhalts am Wohnort ist ebenfalls vorhanden, aber wesentlich schwächer ausgeprägt. Die „klimatischen" Bedingungen zeichnen ein subjektives Einschätzungs- und Stimmungsbild der wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten im unmittelbaren Wohnumfeld[20].

Verknüpft man die amtliche Wahlstatistik mit den von uns erhobenen Individualdaten, so tritt ein für die Schwankungen der Wahlbeteiligung folgenreicher Kontexteffekt zutage. In Gebieten mit einer stark *unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung*, d.h. im landesweit unteren Fünftel (Quintil), wird die Absicht, wählen oder auch nicht wählen zu gehen, von einer *vergleichsweise großen Unsicherheit* begleitet (Abb. 24). Das bedeutet konkret: Personen die angeben, bei der nächsten Landtagswahl wählen zu wollen, sind sich in einem „wahlprüden" Umfeld Ihrer Entscheidung häufig nicht sicher. Die Wahrscheinlichkeit, dass infolge eines solchen kontextbedingten indirekten Anpassungsdrucks ein Entscheidungswechsel hin zu Nichtwahl erfolgt, ist hier folglich gegeben.

Für verunsichernde Umfeldeffekte anfällig sind Nichtwähler vergleichsweise häufiger als Wähler (Abb. 24). Aber auch der gegenteilige, die Wahlbeteiligung stabilisierende Effekt ist möglich, dass nämlich zur Nichtwahl Neigende, die in Gebieten mit überdurchschnittlicher Beteiligung wohnen, ihre Verhaltensunsicherheit zugunsten des Zur-Wahl-Gehens auflösen. Demnach können vor allem Gebiete mit unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung als ein Feld für wahlaktivierende Maßnahmen erschlossen werden. Hier stellen sich (Nicht)Wahlabsichten weniger verfestigt dar und sind somit empfänglicher für externe Ansprachen.

20 Die genaue Konstruktion der Skalenbildung ist in Fußnote 13 in Kapitel 3 beschrieben.

Abb. 24 Sicherheit der Wahlentscheidung nach Wahlbeteiligungsquote* (LTW '11) (Mittelwerte von 1 sehr sicher bis 4 sehr unsicher)

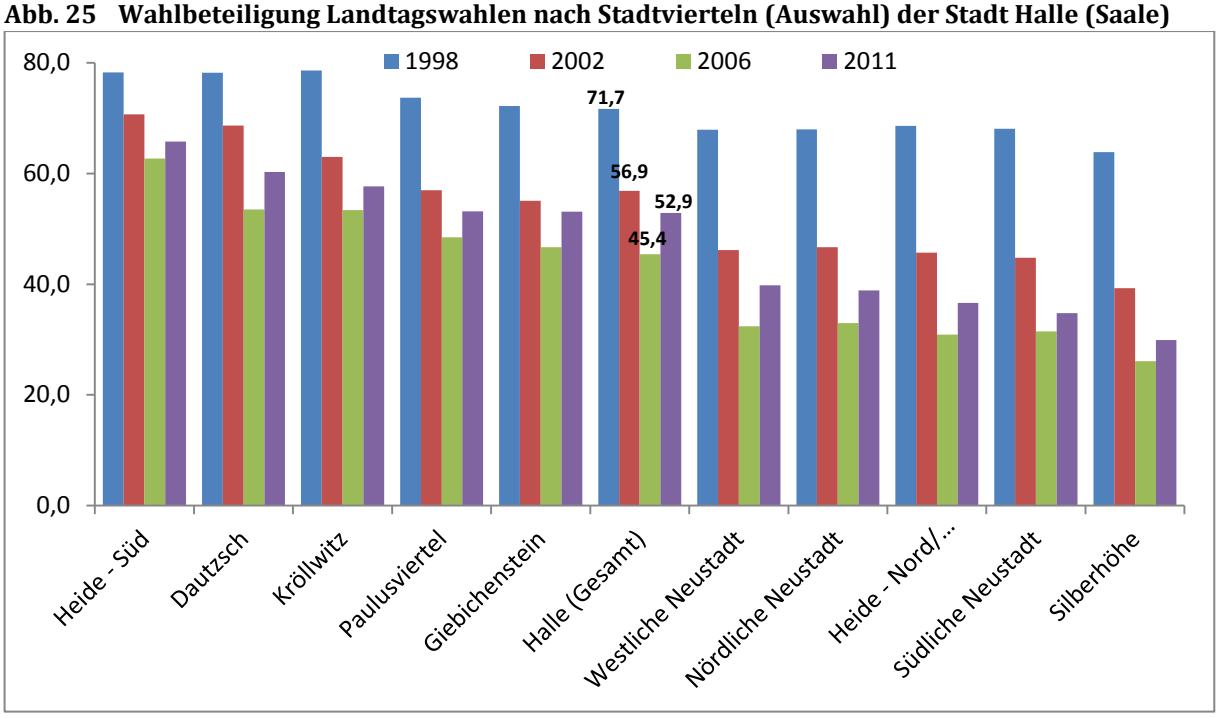


Frage 2: Wie sicher sind Sie sich, dass es bei dieser Entscheidung bleibt? Sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder sehr unsicher?

Insoweit findet die von Armin Schäfer formulierte These „dass sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis beeinflusst", eine sozialräumliche Bestätigung (Schäfer 2012: 240 ff.). Schäfer weist in seiner Studie nach, dass in kleinräumlichen Gebieten die Schwankungsbreite der Wahlbeteiligung in Quartieren mit einem hohen Nichtwähleranteil deutlich höher ist (Ebenda: 250).

Die Untersuchung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt zeigt zwar, dass sich die Wahlbeteiligung zwischen den einzelnen Gebieten signifikant unterscheidet, die Differenzen auf der Gemeindeebene aber moderat ausfallen. Das tatsächliche Ausmaß „stiller" kontextueller Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung wird erst deutlich, wenn wir den räumlichen Radius der Analyse noch kleinräumiger ziehen, nämlich beispielsweise Wohnquartiere oder Wahlbezirke (Wahllokalebene) betrachten. Anhand von Daten, die im Rahmen der Bürgerumfrage Halle erhoben und ausgewertet wurden, lässt sich zeigen, dass ein verdichtetes Auftreten von bestimmten sozioökonomischen Faktoren, wie beispielsweise Bildung und Einkommen in bestimmten Quartieren, hervorgerufen durch die bekannten Prozesse sozialer Entmischung (Segregation) und „Landnahme" durch vermehrten Zuzug ressourcenstarker Bewohner (Gentrifizierung), einen nachgelagerten Effekt auf politische Einstellungen oder Verhaltensweisen wie die Wahlbeteiligung haben kann (vgl. Abb. 25).

Abb. 25 Wahlbeteiligung Landtagswahlen nach Stadtvierteln (Auswahl) der Stadt Halle (Saale)



Quelle: Statistische Jahrbücher der Stadt Halle

Abbildung 25 veranschaulicht zum einen, wo die politisch-sozialen „Brennpunkte“ mit niedriger Wahlbeteiligung liegen. Zum anderen wird erkennbar, dass sich in den letzten 17 Jahren der Einfluss des Wohnumfeldes erheblich gesteigert hat. Betrachtet man die Spannweite der Wahlbeteiligungsraten um den Mittelwert zwischen den Vierteln, so zeigt sich, dass diese Varianz deutlich zugenommen hat. Dieser Spreizungseffekt wird noch deutlicher wenn die Zeitreihe bis zur ersten Landtagswahl nach der Wiedervereinigung zurück verlängert wird.

Das heißt: Wahlbeteiligung hängt inzwischen zunehmend auch vom unmittelbaren Wohnumfeld ab, während dieser Umstand zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht bedeutsam war. Diese Einflüsse sind zwar auch das Ergebnis einer sozialräumlichen Konzentration von individuellen Ressourcen, aber auch durch die Veränderung des politischen Klimas in sublokalen Lebenswelten bestimmt (vgl. zu Kontextanalysen u.a. auch Blasius/Friedrichs/ Klöckner 2008, Bühlmann 2006, Friedrichs/Triemer 2009, Schäfer 2012).

8 Wähler und Nichtwähler – zwei zusammenfassende Profilbeschreibungen

8.1 Wähler und ihre Merkmale

Als Wähler werden im Folgenden Personen mit Wahlabsicht bezeichnet, also Befragte die angeben, bei der bevorstehenden Landtagswahl ihre Stimme abgeben zu wollen. Die aktuelle Bereitschaft, wählen zu gehen, wird in hohem Maße durch eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung an vorangegangenen Wahlen vorherbestimmt: Wer an allen vier vorherigen Wahlen teilgenommen oder nur eine davon versäumt hat, will sich zu rund 84 bzw. 90 Prozent an der Landtagswahl im März 2016 beteiligen (Abb. 26).

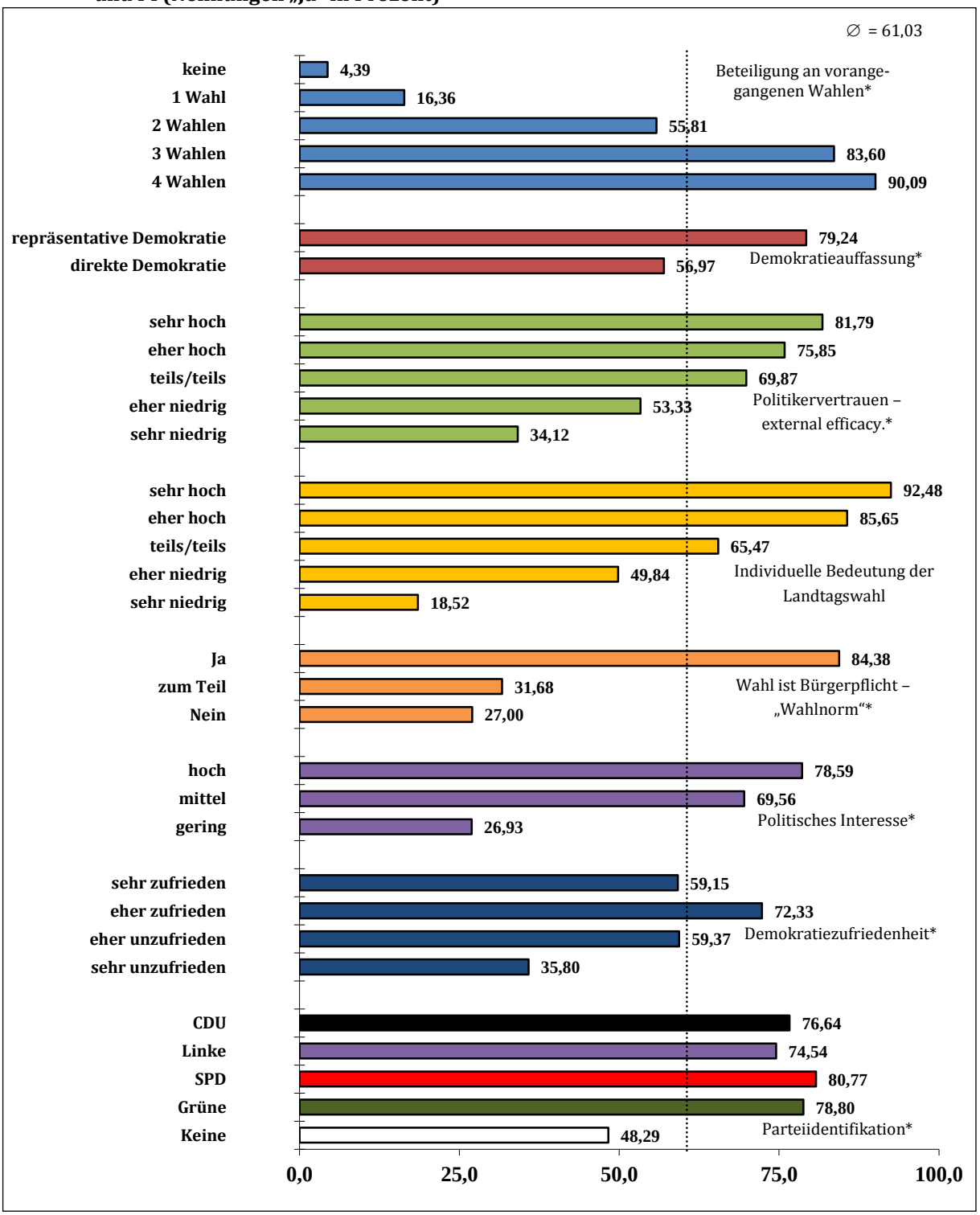
Der Einfluss des bevorzugten Demokratiemodells (repräsentativ versus direkt) ist statistisch zwar signifikant, aber verglichen mit anderen Variablen weniger von Gewicht. Erkennbar ist, dass Personen, die der direkten Demokratie anhängen, eine im Schnitt geringere Wahlabsicht äußern (ca. 57 %) als Befürworter der repräsentativen Demokratie (79 %). Dies ist insofern bedeutsam, als die Präferenz für volksunmittelbare Demokratie in Sachsen-Anhalts Bevölkerung mit 76 Prozent die klare Mehrheitsmeinung darstellt. Erhärtet wird somit auch die eingangs geäußerte Vermutung, dass zumindest ein Teil der Anhänger der direkten Demokratie diese Form politischer Partizipation nicht als Ergänzung des repräsentativen Prinzips, sondern als ein Gegenmodell ansieht.

Dass je nach großer oder geringer individueller Bedeutung der Landtagswahl auch die bekundete Wahlabsicht hoch oder niedrig ausfällt, überrascht nicht. Auch die verpflichtende Kraft der Wahlnorm stellt eine wahlfördernde bzw. wahlverhindernde politische Wasserscheide dar: Wer den Wahlakt als Bürgerpflicht begreift, will zu rund 85 Prozent wählen gehen; unter denen, die eine solche moralische Bindewirkung für sich verneinen, ist nur gut jede(r) Vierte (27 %) wahlwillig.

Das Politikern entgegengebrachte oder verweigerte Vertrauen stützt bzw. hemmt die Wahlabsicht in hohem Maße: Zwischen rund 84 und 92 Prozent jener Bürgerinnen und Bürger, welche den Politikern einen großen oder sehr großen Vertrauensbonus einräumen, wollen zur Wahl gehen. Unter denjenigen, welche Politikern nur gering oder gar nicht vertrauen, sinkt die Zahl der erklärten Wählerinnen und Wähler auf rund 53 bzw. 34 Prozent ab. Ein vergleichbar partizipationssteuernder Effekt geht auch von einer vorhandenen Parteiidentifikation aus: Wer eine Parteibindung bekundet, will zu 75 bis 80 Prozent an der Wahl teilnehmen.

Mit zunehmender Demokratiezufriedenheit steigt auch die Bereitschaft, an der kommenden Landtagswahl teilzunehmen. Mit einer bemerkenswerten Ausnahme: Wer mit der Demokratie „sehr zufrieden“ ist, will nicht häufiger wählen gehen als jemand, der „eher unzufrieden“ ist (jeweils ca. 59 %). Für diesen „Ausreißer“ gibt es eine naheliegende Erklärung: Hohe Zufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie kann auch bewirken, dass die Stimmabgabe als entbehrlich angesehen wird.

Abb. 26 Wahlabsicht LTW '16[21] nach Beteiligung an vergangenen Wahlen[22], Demokratieauffassung, Politikervertrauen, Wahlnorm, Politischem Interesse, Demokratiezufriedenheit, und PI (Nennungen „Ja" in Prozent)



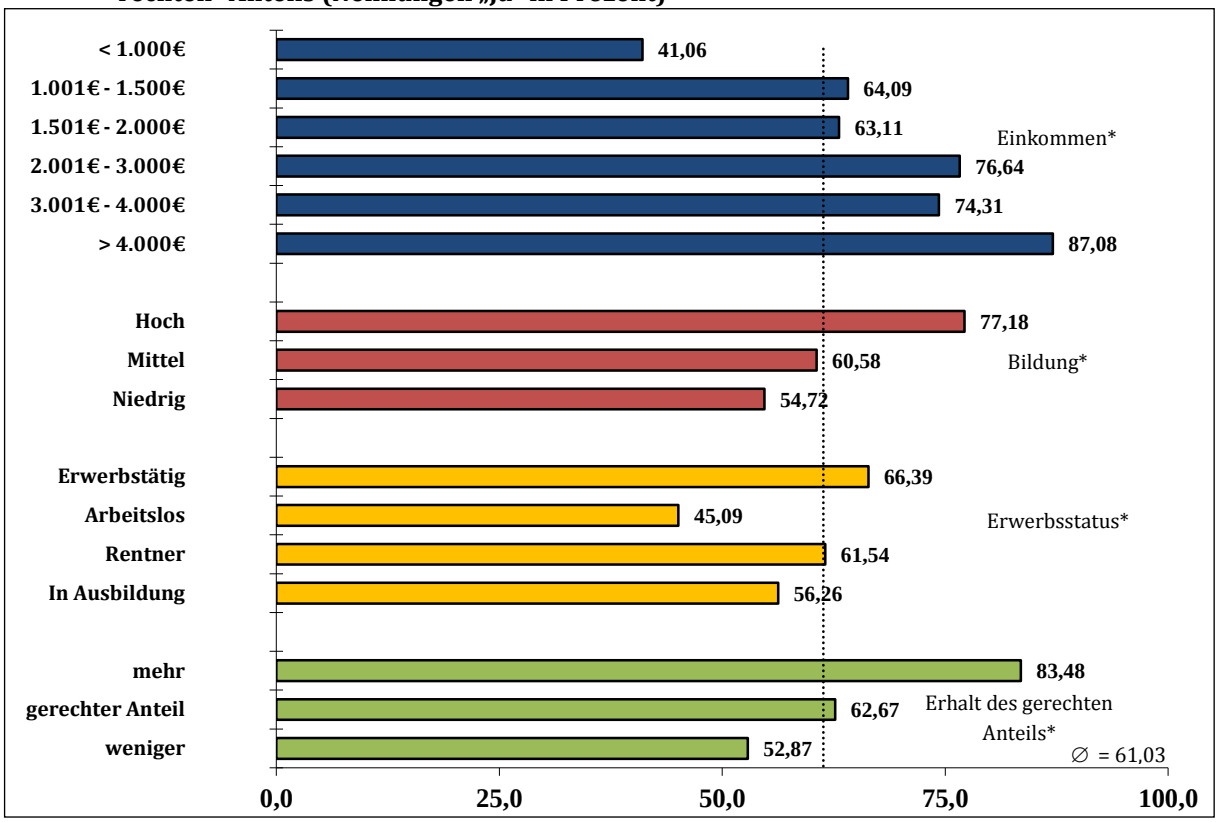
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

21 Auf Grund des „Overreporting-Problems" bei berichteter Wahlbeteiligung werden für die hier operationalisierte Wahlbeteiligungsvariable diejenigen herrausgerechnet, die zwar angeben, wählen gehen zu wollen, sich ihrer Entscheidung aber eher bzw. sehr unsicher sind.

22 Wird operationalisiert über die Frage, ob der Proband an der letzten Bundestags-, Landtags-, Kommunal - und Europawahl teilgenommen hat.

Im Vergleich zu den politischen Einstellungen fällt die Einflussstärke der sozioökonomischen Faktoren für die Wahlabsicht geringer aus (Abb. 26). Die Wählerdichte nimmt mit steigendem Einkommen von rund 41 Prozent in der Einkommensklasse unter 1000 Euro monatlich bis auf rund 87 Prozent unter denjenigen, die mehr als 4000 Euro verdienen, zu. Unter formal Höhergebildeten liegt der Anteil derer, die wählen wollen, um rund 25 Prozent über der Wahlabsicht von Personen mit niedrigem Bildungsabschluss. Erwerbstätige und Rentner gehen öfter zur Wahl als Arbeitslose und Auszubildende. Wer sich „gerecht behandelt" sieht, äußert eine Wahlabsicht in einem Maße, die in etwa dem Durchschnitt aller Befragten entspricht.

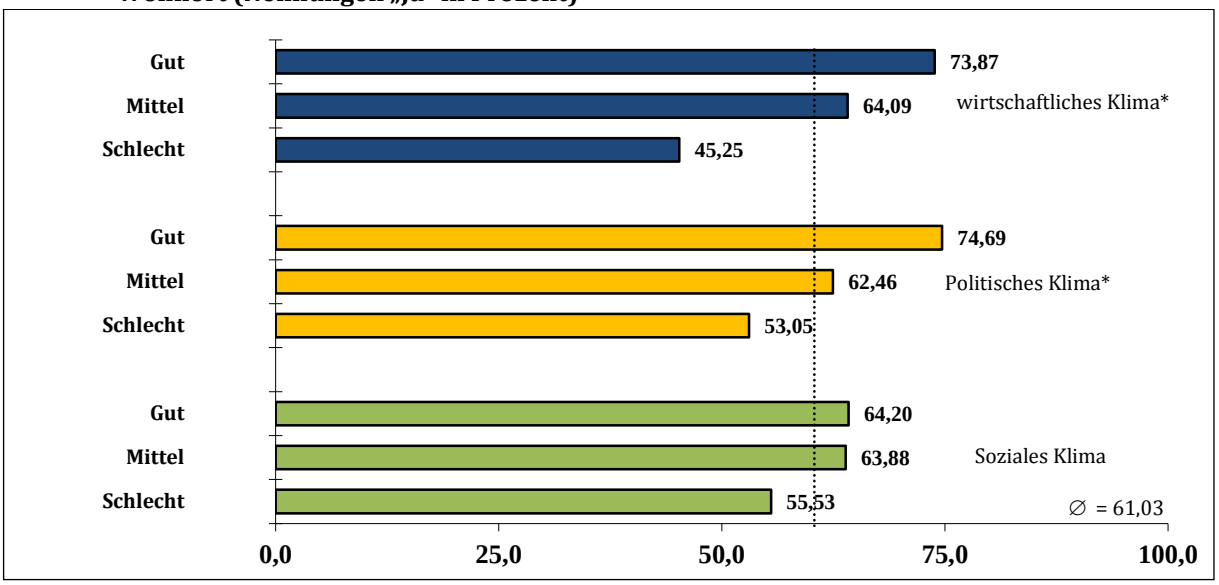
Abb. 27 Wahlabsicht LTW '16 nach Einkommen, Bildung, Erwerbstatus und dem Erhalt des „gerechten" Anteils (Nennungen „Ja" in Prozent)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die Verteilung in den gesondert untersuchten Gemeinden wird hier nicht dargestellt, weil die jeweilige Wahlbeteiligung zum einen die Auswahlvorrausetzung war und zum anderen als Quotenvorgabe für die Stichprobenziehung galt.

Abb. 28 Wahlabsicht LTW '16 nach wirtschaftlichem, politischem und sozialem Klima am Wohnort (Nennungen „Ja" in Prozent)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Die subjektive Wahrnehmung von Politik, Wirtschaft und sozialem Leben im Wohnumfeld wirkt sich auf die Wahlabsicht klar aus: Wer das wirtschaftliche und politische Klima vor Ort als gut empfindet, will zu rund 75 Prozent an der nächsten Wahl teilnehmen (Abb. 28). Bei negativer Bewertung der lokalen Politik und Wirtschaft sinkt die Teilnahmebereitschaft auf rund 45 bzw. 53 Prozent. Wie schon bei anderen hier untersuchten Indikatoren aufgezeigt, spielt das soziale Klima für die Wahlabsicht eine deutlich geringere Rolle. Aber auch hier ist ein gewisser Kontexteffekt erkennbar.

8.2 Nichtwähler und ihre Merkmale

Die spezielle Stichprobenziehung mit der Quotenvorgabe des realen Nichtwähleranteils und der dadurch erhöhten Fallzahl innerhalb dieser Gruppe ermöglicht uns, tiefere Einblicke in „den Nichtwähler" zu gewinnen. So lässt sich beispielsweise eine Typologie erstellen, mit welcher mehrere Typen von Wählern bzw. Nichtwählern identifiziert werden können.

Bei der Konstruktion dieser Typenbildung orientieren wir uns an der von Manfred Güllner entwickelten Klassifikation von Nichtwählern (Güllner 2013:16 f.). Da im Rahmen des sachsen-anhaltischen Nichtwählermonitors sowohl Wähler als auch Nichtwähler im Fokus der Untersuchung stehen, enthält die hier vorgenommene Typisierung auch „den Wähler" als Vergleichsgruppe. Ein weiterer Unterschied zur FES-Studie ist die Einbeziehung aller Wahlebenen. Anders als Güllner nehmen wir nicht nur die Bundestagswahl in den Blick, sondern auch die Beteiligung an europäischen und kommunalen Urnengängen sowie vor allem, dem regionalen Untersuchungsansatz gemäß, auf der Landesebene. Auf der Basis der erhobenen Daten schälen sich neben dem Wähler folgende Nichtwählertypen heraus (Abb. 29):

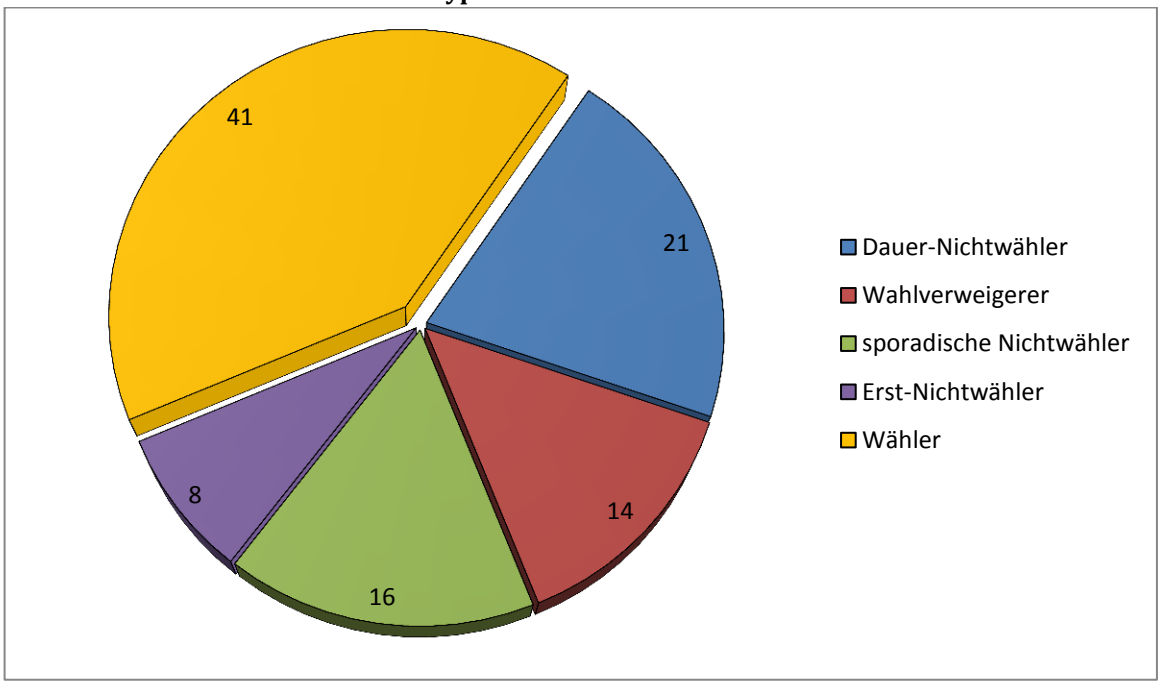
1. *der „Dauer-Nichtwähler“*

Zu dieser Gruppe gehören Personen, die sich nach eigenen Angaben an allen in den letzten Jahren stattgefundenen Wahlen nicht beteiligt haben. Diese Serie von Wahlen schließt die letzte Europa-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl ein[23]. Zu dieser Gruppe von Nichtwählern gehören etwa 21 Prozent der Bevölkerung des Landes.

2. *der partielle „Wahlverweigerer“*

Der partielle Wahlverweigerer nimmt im Schnitt nur an 25 bis 50 Prozent der Wahlen teil. Dabei tendiert er dazu, so genannte Nebenwahlen wie Kommunal- und Europawahlen auszusparen. Eher nimmt er an Bundestags-, aber auch Landtagswahlen teil. Diese Teilgruppe von Nichtwählern macht ca. 14 Prozent der Befragten aus.

Abb. 29 Wähler- bzw. Nichtwählertypen in Sachsen-Anhalt



Quelle: Eigene Berechnungen – Datensatz -NWM 2016

3. *der „sporadische Nichtwähler“*

Sporadische Nichtwähler haben laut eigener Aussage nur eine der vier vergangenen Wahlen versäumt. In der Regel ist das die Nebenwahl mit der geringsten persönlichen Bedeutung (überwiegend die Europawahl). Diese Teilgruppe stellt unter den Nichtwählern mit 16 Prozent die zweitgrößte Gruppe.

4. *der „Erst-Nichtwähler“*

Erst-Nichtwähler umfassen mit gerade einmal acht Prozent aller Befragten zwar die kleinste, aber auch eine aus der Sicht wahlkämpfender Parteien bedeutsame Gruppe. Handelt es sich doch zum einen um Personen die bisher immer wählen gegangen sind,

23 In der Klassifikation nach Güllner wäre die Voraussetzung zur Gruppe der Dauer-Nichtwähler zu zählen, eine Nicht-Beteiligung an den letzten vier Bundestagswahlen usw..

dies in Zukunft – also bei der kommenden Landtagswahl – aber nicht mehr tun wollen. Zum anderen gehören zu dieser Teilgruppe Erstwähler, welche seit der letzten Landtagswahl wahlberechtigt geworden sind und bei der kommenden Landtagswahl zur Wahlenthaltung neigen[24].

8.3 Wähler und Nichtwähler im Profilvergleich

Dieses Kapitel abschließend, werden in der folgenden Tabelle 6 kennzeichnende Merkmale und Einstellungen für Wähler und die verschiedenen Nichtwählertypen in komprimierter Form vergleichend angeordnet. Im Stenogrammstil zusammengefasst, zeigt sich:

- Nichtwähler sind jünger als Wähler, ferner häufiger als diese im einkommensschwachen Bevölkerungssegment angesiedelt.
- Unter Nichtwählern aller Typen sind häufiger Hauptschulabsolventen anzutreffen. Mit einer Ausnahme: Unter Erst-Nichtwählern hat etwa jede(r) fünfte Abitur bzw. einen Universitätsabschluss.
- Nichtwähler sind häufiger erwerbstätig und seltener als Wähler bereits im Rentenalter.
- Unter *Dauernichtwählern* sind Arbeiter überrepräsentiert. In derselben Typusgruppe fühlen sich die meisten (59 %) „ungerecht behandelt".
- Jeder zweite Wähler zählt zum Typus der „zufriedenen Demokraten". Unter *Dauernichtwählern* dominieren hingegen die „systemkritischen" und „politikkritischen Demokraten". Unter *Wahlverweigerern* ist der Typus des „systemkritischen Demokraten" noch häufiger anzutreffen. Unter *Erst-Nichtwählern* halten sich „systemkritische" und „zufriedene Demokraten" mit jeweils 38 Prozent die Waage. Zumindest letztere dürften für die (Rück)Verwandlung zu Wählern nicht von vornherein verloren sein.
- Mehr als ein Drittel der Wähler bevorzugt die repräsentative Demokratie, Nichtwähler aller typisierten Varianten tun dies nur zwischen zehn und 20 Prozent.
- Dass die Wahlnorm eine individuelle Bindewirkung entfaltet, wird von Nichtwählern aller Typen häufiger abgelehnt als von Wählern. Vor allem *Dauernichtwähler* (54 %) und *Erst-Nichtwähler* (44 %) distanzieren sich von der Maxime, Wählen sei eine Bürgerpflicht.
- Personen mit einer Parteibindung sind unter Wählern mehrheitlich anzutreffen. Unter Nichtwählern aller Typen, mit Ausnahme der *sporadischen Nichtwähler*, stellen Befragte, die eine Parteiidentifikation bejahen, eine Minderheit dar.
- Für Wähler ist die Landtagswahl bedeutsamer als für Nichtwähler. Am wenigsten Bedeutung messen *Dauernichtwähler* der Landtagswahl bei.

24 Als Kriterium für „noch nicht wahlberechtigt" diente hier die letzte Landtagswahl.

Tab. 6 Wähler- bzw. Nichtwählertypen im Vergleich

Eigenschaften	Wähler	Dauer-Nichtwähler	Wahlverweigerer	sporadischer Nichtwähler	Erst-Nichtwähler
Alter Ø	53	47	42	45	39
Einkommen <1.000€	17%	44%	25%	17%	19%
>3.000€	27%	6%	14%	15%	17%
Bildung	Realschule (42%) Abi, Uni (30%)	Hauptschule (49%) Realschule (42%)	Realschule (52%) Hauptschule (29%)	Realschule (47%) Hauptschule (40%)	Hauptschule (49%) Realschule (27%) **Abi, Uni (21%)**
Erwerbstatus	Erwerbstätig (50%) Rentner (31%)	Erwerbstätig (46%) Arbeitslos (24%)	Erwerbstätig (60%)	Erwerbstätig (65%)	Ausbildung (33%) Erwerbstätig (30%)
Berufsgruppe	Angestellte (63%) Arbeiter (23%)	Angestellte (47%) Arbeiter (43%)	Angestellte (74%) Arbeiter (18%)	Angestellte (72%) Arbeiter (22%)	Angestellte (51%)
Familienstand	Verheiratet (55%) Ledig (23%)	Ledig (40%) Verheiratet (37%)	Ledig (53%) Verheiratet (35%)	Ledig (46%) Verheiratet (42%)	Ledig (53%) Verheiratet (40%)
soz. Deprivation „ungerecht behandelt“	31%	59%	32%	51%	38%
Geschlecht	Frauen (57%)	Frauen (54%)	Männer (53%)	Männer (57%)	Frauen (57%)
Teilnahme Landtagswahl 2016 „Ja“	93,2	5,7	37,2	85,00	-*
Demokratie-typen	zufriedene Demokraten (50%)	systemkritische (36%) & politikkritische (24%) Demokraten	systemkritische (49%) & zufriedene (37%) Demokraten	politikkritische (30%) & zufriedene (42%) Demokraten	systemkritische (38%) & zufriedene (38%) Demokraten
Demokratieauf-fassung „für repräsenta-tive Demokratie“	37,2	10,5	11,0	19,7	14,7
Wahl ist Bürger-pflicht „Nein“	8%	54%	36%	18%	44%
Partei-identifikation „Nein“	34%	71%	65%	41%	63%
Vertrauen in Politiker 1 hoch –5 niedrig Ø	3,4	4,0	3,8	3,6	3,8
Politische Invol-viertheit 1 hoch –5 niedrig Ø	3,0	3,7	3,3	3,1	3,3
Bedeutung LTW 1 keine – 5 hohe Ø	3,7	2,2	2,8	3,3	2,6
Wirtschaftliches Klima 1 sehr gut -5 sehr schlecht	3,1	3,6	3,5	3,2	3,5
Politisches Klima 1 sehr gut -5 sehr schlecht	2,6	3,2	3,0	3,0	2,8
Soziales Klima 1 sehr gut -5 sehr schlecht	1,9	2,4	2,3	2,1	1,8

*Nichtteilnahme ist Bedingung für Gruppenzugehörigkeit „Erst-Nichtwähler“

- Nichtwähler haben geringeres Vertrauen in Politiker sowie weniger das Gefühl, selbst politisch etwas bewirken zu können (politische Involviertheit).
- Nichtwähler bewerten das politische, wirtschaftliche und soziale Klima in ihrem Wohnumfeld durchwegs schlechter ein; einzig *Erst-Nichtwähler* ziehen bei der Frage nach dem sozialen Klima mit Wählern gleich.

8.3.1 Wahlbeteiligung in der Theorie des geplanten Verhaltens

Alle bisher vorgestellten Ergebnisse unserer Untersuchung lassen sich in einem kognitionspsychologischen Modell der Wahlbeteiligung als geplantes Verhalten zusammenfassend abbilden. Bei der Erstellung des Erhebungsinstruments wurde auch darauf geachtet, alle einzelnen Elemente des Modells berücksichtigen zu können.

Als wichtigster Prädiktor für künftiges Verhalten gilt die Ausformung einer Verhaltensabsicht (Intention). Gemäß der Theorie des geplanten Verhaltens (Fishbein & Ajzen 2010) werden Verhaltensabsichten wiederum stark von den Einstellungen, den eigenen Kontrollerwartungen und den im Umfeld wahrgenommenen Normen bestimmt. In Anlehnung an dieses Modell wurden daher auch die Zusammenhänge zwischen der Absicht, wählen zu gehen (Wähler), und folgenden psychologischen Dispositionen überprüft:

- den positiven Einschätzungen einer Person, wie zum Beispiel, dass die Landtagswahl von persönlicher Bedeutung ist (Einstellungen),
- der Erwartung einer Person, dass Wählen gehen bzw. sich politisch zu beteiligen zu den Pflichten eines „guten“ Bürgers gehört (Norm),
- und dem Zutrauen einer Person in ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, sich politisch beteiligen zu können (wahrgenommene Kontrolle bzw. Selbstwirksamkeit) (vgl. Abb. 30).

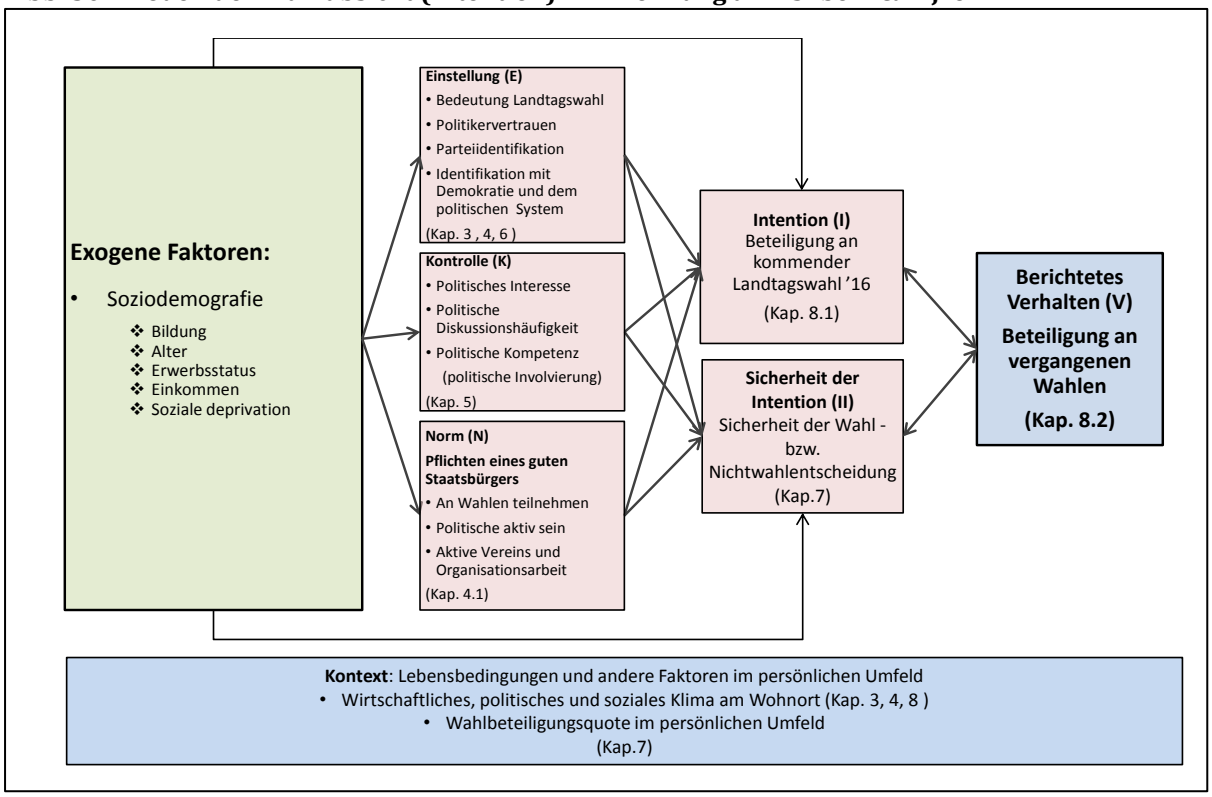
In früheren Analysen konnte nachgewiesen werden, dass alle untersuchten Dimensionen des theoretischen Modells auf die geplante Wahlbeteiligung einwirken. Im Rahmen des Nichtwählermonitors haben wir das ursprüngliche Modell um soziodemografische und kontextuelle Faktoren erweitert, welche sich ebenfalls als erklärungskräftig für Wahlbeteiligung erweisen.

Diesen Befund zu einer verdichteten Aussage zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bereitschaft wählen zu gehen höher ist, wenn Personen davon ausgehen, dass sie über die hinreichende Selbstkontrolle verfügen und zudem annehmen, dass ihr Umfeld die Partizipation an Wahlen befürwortet oder sogar erwartet. Auch eine höhere durchschnittliche Wahlbeteiligung wirkt sich positiv auf die eigene Verhaltensabsicht aus und steigert die eigene Sicherheit der getroffenen Entscheidung.

Zudem geht von positiven Einstellungen ein die Wahlteilnahme positiv steuernder Lenkungseffekt aus, wie der Auffassung, dass die Landtagswahl individuellen Nutzen

bringt, und das Gefühl vorhanden ist, den gewählten politischen Akteuren vertrauen zu können. Eine überdurchschnittliche Ausstattung mit sozioökonomischen Ressourcen (höherer formaler Bildungsrad, gehobenes Einkommensniveau, Erwerbstätigkeit) und das Gefühl gerechter Teilhabe wirken sich ebenfalls positiv auf die Intention (Beteiligung Landtagswahl) aus.

Abb. 30 Modell der Wahlabsicht (Intention) in Anlehnung an Fishbein & Aijzen



Quelle: Eigene Abbildung

9 Fragbogen „Nichtwählermonitor“

Frage 1. Im nächsten Frühjahr, wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Werden Sie an dieser Landtagswahl im März 2016 teilnehmen?

(Bei Nachfragen: Es ist egal ob Briefwahl oder im Wahllokal uns interessiert nur die Stimmabgabe bzw. die Partizipation an sich.) INT: Antwortmöglichkeiten (nicht vorlesen)

(1) Ja -> **anschließende Frage zur Sicherheit dieser Entscheidung (F2)**
(2) Nein -> **anschließende Frage zur Sicherheit dieser Entscheidung (F2)**
(8) nicht wahlberechtigt -> **Ende des Interviews**
(9) **weiß nicht **keine Angabe -> **Ende des Interviews**

Frage 2. Wie sicher sind Sie sich, dass es bei dieser Entscheidung bleibt?

(1) sehr sicher
(2) eher sicher
(3) eher unsicher -> weiter mit F3 (Wenn F1 = 1)
(4) sehr unsicher -> weiter mit F3 (Wenn F1 = 1)

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 3. (wenn F1 = 1 & F2 =3|4)
Sie sind sich unsicher, ob Sie bei der kommenden Landtagswahl Ihre Stimme abgeben wollen. Was sind die Gründe dafür?
(wenn F1 = 2)
Sie wollen bei der kommenden Landtagswahl Ihre Stimme nicht abgeben. Was sind die Gründe dafür?

INT: (Nicht vorlesen – einordnen (wenn möglich und notieren - Mehrfachnennungen möglich)

Politische Gründe:

(1) Parteien und Politiker im Land sind nicht vertrauenswürdig
(2) Parteien und Politiker im Land sind alle gleich. Es macht kein Unterschied, wer regiert.
(3) Die Wahl war vorher schon entschieden, es hatte keinen Sinn zu wählen.
(4) „meine Stimme zählt eh nicht“, hat sowieso keinen Zweck zu wählen.
(5) Sonstige politische Gründe und zwar: …

Persönliche Gründe:

(6) „keine Zeit“
(7) „keine Lust“
(8) gesundheitliche/physische Gründe
(9) sonstige persönliche Gründe und zwar: …
(10) sonstige Gründe und zwar: …
(11) keine Aussage

(99) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 4. **Nun lese ich Ihnen einige Aussagen zu ihrem Wohnort vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen bzw. ablehnen eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?**
(Randomisieren)

F4a: In meinem Wohnort ist es leicht, einen Arbeitsplatz zu finden.
F4b: In meinem Wohnort gibt es ein lebendiges Vereinsleben.
F4c: Meine Stadt/ meine Gemeinde, beteiligt die Bürger an kommunalen Planungen.
F4d: Die Ausländer, die hier leben, sind gut integriert.
F4e: Meine Stadt/ meine Gemeinde geht mit öffentlichen Geldern verantwortungsbewusst um.
F4f: In meinem Wohnort gibt es ein vielfältiges Freizeitangebot.
F4g: Unserem Wohnort geht es wirtschaftlich gut.
F4h: In meinem Wohnort gibt es viele Einkaufsmöglichkeiten.

(1) stimme voll und ganz zu
(2) stimme eher zu
(3) teils/teils
(4) stimme eher nicht zu
(5) stimme überhaupt nicht zu

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 5. **Wenn Sie an die Menschen in Ihrer Nachbarschaft denken, wie sehr würden Sie den folgenden Aussagen zustimmen? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.** *(Randomisieren)*

F5a: Die Leute hier kommen gut miteinander aus.
F5b: Die Menschen hier helfen sich gegenseitig.
F5c: Man kann den Menschen hier vertrauen.
F5d: Ich kenne die meisten Leute in meiner Nachbarschaft.
F5e: Wenn es darauf ankommt, halten die Menschen hier zusammen.

(1) stimme voll und ganz zu
(2) stimme eher zu
(3) teils/teils
(4) stimme eher nicht zu
(5) stimme überhaupt nicht zu

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 6. **Nun möchte ich Ihnen noch ein paar Aussagen zur Politik im Land vorlesen. Bitte sagen Sie mir, in wieweit Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen bzw. ablehnen eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?** *(Randomisieren)*

F6a: Im Grunde ist es mir egal, wie die Landtagswahl (im nächsten Frühjahr?) ausgeht.
F6b: Die Landespolitik in Sachsen-Anhalt hat keinen Einfluss auf mein Leben.
F6c: Die Parteien in Sachsen-Anhalt unterscheiden sich so wenig voneinander, das es eigentlich egal ist, ob ich wählen gehe oder nicht.
F6d: Der Ausgang der Landtagswahl steht im Grunde schon fest.
F6e: Die Politiker machen ihre Sache ordentlich. Da muss ich mich nicht auch noch einschalten.
F6f: Ich habe grundsätzlich Vertrauen in die Fähigkeit der Politiker, Probleme zu lösen.
F6g: Im Gegensatz zur Bundestagswahl hat die Landtagswahl für mich eine vergleichsweise geringe Bedeutung.

(1) stimme voll und ganz zu
(2) stimme eher zu
(3) teils/teils
(4) stimme eher nicht zu
(5) stimme überhaupt nicht zu

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 7. **Es gibt ja verschiedene Meinungen darüber, was einen „guten Bürger“ ausmacht. Ich möchte Sie deshalb bitten, die folgenden Aussagen zu bewerten. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen bzw. ablehnen eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?** *(Randomisieren)*

Es ist eine Bürgerpflicht:

F7a: Menschen zu unterstützen, denen es schlechter geht als einem selbst
F7b: an Wahlen teilzunehmen
F7c: immer die Gesetze und Verordnungen zu befolgen
F7d: sich unabhängig von anderen eine eigene Meinung zu bilden
F7e: in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein
F7f: politisch aktiv zu sein
F7g: die eigenen Interessen zurückstellen, wenn es um das Gemeinwohl geht.

(1) stimme voll und ganz zu
(2) stimme eher zu
(3) teils/teils
(4) stimme eher nicht zu
(5) stimme überhaupt nicht zu

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 8. **Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie. Zunächst geht es nicht um die Bewertung von tatsächlich bestehenden Demokratien, sondern um die Bewertung der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?**

(1) entschieden für Demokratie
(2) eher für Demokratie
(3) eher gegen Demokratie
(4) entschieden gegen Demokratie

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 9. **Nun geht es um die Demokratie in Deutschland. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit ...?**

(1) Sehr zufrieden
(2) Eher zufrieden
(3) Eher unzufrieden
(4) Sehr unzufrieden

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 10. **Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie...**

F10a: in *Deutschland* funktioniert?
F10b: und wie ist das in Ihrem Bundesland, *Sachsen-Anhalt*?
F10c: und in Ihrer *Stadt*/ ihrer *Gemeinde*?

(1) sehr zufrieden
(2) eher zufrieden
(3) eher unzufrieden
(4) sehr unzufrieden

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 11. **Nun lese ich Ihnen noch zwei verschiedene Auffassungen über die Demokratie vor. Bitte sagen Sie mir, welcher dieser Aussagen Sie eher zustimmen.**
(keine Randomvorlage)

Die erste Aussage lautet: ...
(1) Ich bin für eine repräsentative Demokratie, also dafür, dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt.

Die zweite Aussage lautet: ...
(2) Ich bin für eine direkte Demokratie, also dafür dass möglichst viele Entscheidungen von den Bürgern direkt und für alle verbindlich in Volksabstimmungen getroffen werden.

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 12. Was würden Sie sagen, wie häufig diskutieren Sie über politische Themen:

F12a: in der Familie?
F12b: mit Nachbarn?
F12c: mit Freunden und Bekannten?
F12d: mit anderen Bürgern in Ihrer Stadt/ ihrer Gemeinde?
F12e: mit anderen hier nicht genannten Personengruppen?

(1) täglich
(2) mehrmals in der Woche
(3) mehrmals im Monat
(4) seltener
(5) nie

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 13. Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

(1) sehr stark
(2) ziemlich stark
(3) mittelmäßig
(4) weniger stark
(5) überhaupt nicht

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 14. Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken, wo würden Sie sich einordnen?

Links				**<-**	**Mitte**	**->**				**Rechts**
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 15. Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?

(1) eher gerecht
(2) eher ungerecht

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 16. **Mal ganz allgemein gefragt: im Vergleich damit, wie andere (Menschen) in Deutschland leben: Finden Sie, dass Sie persönlich den gerechten Anteil erhalten oder sehr viel mehr, etwas mehr bzw. etwas weniger oder sehr viel weniger als diesen?**
(Bei Nachfragen: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, dass man das bekommt was einem zusteht)

(1) erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
(2) erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
(3) erhalte gerechten Anteil *(Mittelkategorie)*
(4) erhalte etwas weniger als gerechten Anteil
(5) erhalte sehr viel weniger als gerechten Anteil

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 17. **Nun noch einige Fragen zur Beteiligung an Wahlen. Habe Sie an der letzten ... teilgenommen?**

F17a: Kommunalwahl
F17b: Landtagswahl (2011) **-> F19**
F17c: Bundestagswahl (September 2013)
F17d: Europawahl (Mai 2014)

(1) Ja **-> (F17b) ->F19**
(2) Nein **-> F18**
(8) war noch nicht wahlberechtigt

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 18. **Sie sind bei der letzten Landtagswahl nicht wählen gegangen. Was waren denn die Gründe dafür?**

INT: (Nicht vorlesen – einordnen, notieren und nachfragen- Mehrfachnennungen möglich)

Politische Gründe:

(1) Parteien und Politiker im Land sind nicht vertrauenswürdig
(2) Parteien und Politiker im Land sind alle gleich. Es macht kein Unterschied, wer regiert.
(3) Die Wahl war vorher schon entschieden, es hatte keinen Sinn zu wählen.
(4) „meine Stimme zählt eh nicht“, hat sowieso keinen Zweck zu wählen.
(5) Sonstige politische Gründe und zwar: ...

Persönliche Gründe:

(6) „keine Zeit“
(7) „keine Lust“
(8) gesundheitliche/physische Gründe
(9) sonstige persönliche Gründe und zwar: ...
(10) sonstige Gründe und zwar: ...
(11) keine Aussage

(99) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 19. **Ich lese Ihnen nun noch mal einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils zustimmen bzw. ablehnen eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?** *(Randomisieren)*

F19a: Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht. (ee)
F19b: Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.(ie)
F19c: Politiker kümmert, was einfache Leute denken.(ee)
F19d: Die ganze Politik ist so kompliziert, dass normale Bürger nicht verstehen, was vorgeht.(ie)
F19e: Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.(ee)
F19f: Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.(ie)

(1) stimme voll und ganz zu
(2) stimme eher zu
(3) teils/teils
(4) stimme eher nicht zu
(5) stimme überhaupt nicht zu

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 20. **Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei zu?** *(Antwortmöglichkeiten nicht vorgelesen)*

(1) ja **-> F21**
(2) nein

(9) **weiß nicht **keine Angabe

Frage 21. **(Filter: Wenn zuvor „ja“ angegeben) Welcher Partei neigen Sie denn zu?**
INT: Antwortmöglichkeiten nicht vorgelesen

(1) SPD
(2) CDU
(3) FDP
(4) Bündnis 90/Grüne
(5) Die LINKE
(6) AfD
(7) DVU/Republikaner/NPD
(8) Andere
(9)weiß nicht/keine Angabe

Literaturverzeichnis

Ajzen, Icek/ Fishbein, Martin (1980): Understanding attitudes and predicting social behavior, Prentice Halle. New Jersey

Ajzen, Icek/ Fishbein, Martin. (2010): Predicting and changing behavior: The reasoned action approach. New York: Psychology Press (Taylor & Francis).

Bertelsmann Stiftung (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Stadtbericht Halle, Gütersloh (www.bertelsmann-stiftung.de).

Blasius, Jörg/ Friedrichs, Jürgen/ Klöckner, Jennifer (2008): Doppelt Benachteiligt, VS, Wiesbaden.

Bödecker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland (WZB Brief Zivilengagement 05/April).

Bühlmann, Marc (2006): Politische Partizipation im kommunalen Kontext, Haupt, Bern • Stuttgart • Wien.

Easton, David (1967): A Systems Analysis of Political Life, New York u.a., 2.Auflage.

Friedrichs, Jürgen/ Triemer, Sascha (2009): Gespaltene Städte? VS. Wiesbaden.

Gabriel, Oscar W. (1997): Das Plebiszit auf dem Vormarsch in den Kommunen: Bürgerentscheide als Konkurrenz zu den lokalen Parteien und als Motor der politischen Aktivitäten: in: Ders./Franz-Ludwig Knemeyer/Klaus Peter Strohmeier, Neue Formen politischer Partizipation – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (KAS – Interne Studien Nr. 136), St. Augustin, S. 65 – 125.

Gabriel, Oscar W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard (Hrsg.), Handbuch Politisches System, Oldenbourg, München. S.457-522.

Güllner, Manfred (2013): Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin, hrsg. von Dietmar Molthagen, Berlin.

Habig, Markus (2015): Wahlverhalten in der Stadt Bremen nach Alter und Geschlecht, in: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.), Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 in Bremen (Statistische Mitteilungen 119), S. 35 – 43.

Holtmann, Everhard/ Gabriel, Oscar W./ Maier, Jürgen/ Maier, Michaela/ Jaeck, Tobias, Leidecker, Melanie (2015): Deutschland 2014. 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Endbericht des Forschungsprojekts für die Beauftragte für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Halle und Berlin.

Kaase, Max/Marsh, Alan (1979): Political Action Repertory: Changes over Time and a new Typology, in: Samuel H. Barnes/Max Kaase u.a., Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills and London, S. 137 – 166.

Kühnel, Steffen/ Fuchs, Dieter (2000): Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung, in: Klein, Markus/ Jagodzinski, Wolfgang/ Mochmann, Ekkehard/ Ohr, Dieter (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Opladen, S. 340 – 360.

Neu, Viola (2012): „Dann bleib ich mal weg". Der Mythos der „Partei" der Nichtwähler (Forum Empirische Sozialforschung der Konrad Adenauer Stiftung), St. Augustin/ Berlin.

Niedermayer, Oskar (2009):Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S. 383-397.

Norris, Pippa (Ed.) (1999): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford usw.

Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*. Cambridge.

Sachsen-Anhalt-Monitor (2014): Festigung der Demokratie. Im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet von Everhard Holtmann, Tobias Jaeck und Kerstin Völkl, Halle und Magdeburg.

Schaefer, Armin(2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Heft 4, S. 131 – 156.

Schäfer, Armin (2012): Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 53, Heft 2, S. 240 – 265.

Schäfer, Armin/ Vehrkamp, Robert/ Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015): Bürgerschaftswahl (Landtag) am 10. Mai 2015 in Bremen (Statistische Mitteilungen 119), Bremen.

Töller, Annette Elisabeth/Pannowitsch, Sylvia/Kuschek, Céline/Mennrich, Christian (2011): Direkte Demokratie und Schulpolitik. Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, S. 503 – 523.

Zmerli, Sonja/ Hooghe, Marc (eds.) (2011): political trust. why context matters, Essex.

Autorenverzeichnis

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH e.V.) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

http://www.zsh-online.de/

Prof. Dr. Everhard Holtmann
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
http://www.zsh-online.de/index.php?id=89

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
http://www.zsh-online.de/index.php?id=96